Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

19. Dezember 1977
Jg. 5 Nr. 51

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19   Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfennig
D 21060 C

Streik der US-Stahlarbeiter erfolgreich beendet

1.500 Erzgrubenarbeiter feierten auf einer Kundgebung der US-Stahlarbeitergewerkschaft in Hibbing, Minnesota, am 17. Dezember den erfolgreichen Abschluß ihres 4 1/2-monatigen Streiks. Die Stahlkonzerne müssen ab 1. November 1979 den Arbeitern übertarifliche Lohnzulagen von ca. 55 Cents pro Stunde bezahlen. Weiter wurden eine Reihe betrieblicher Forderungen erfüllt, die gefährliche und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen, medizinische Versorgung bei Arbeitsunfällen, Bedingungen der Beschäftigung älterer Arbeiter u.a.m. betreffen. Damit ist nur ein Teil der Forderungen der Arbeiter erfüllt. Aber die Tatsache, daß der Streik viereinhalb Monate trotz härtester Entbehrungen (70 DM Streikgeld pro Woche, Sozialhilfe nur für sehr arme und kinderreiche Familien) geschlossen durchgehalten wurde, und daß die Kapitalisten schließlich gezwungen waren, mit den Streikführern zu verhandeln, hat die Arbeiterbewegung im Erzrevier in Minnesota einen großen Schritt vorangebracht. Über 20 Gewerkschaften und Organisationen übergaben auf der Versammlung Spenden von mehr als 20000 Dollar. Die Minenarbeiter erhalten erst im Januar wieder einen Lohn. 2888 Dollar sowie zahlreiche Solidaritätserklärungen, die in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Hochschulen in der BRD gesammelt und verabschiedet worden waren, wurden von einem Mitglied der Zelle Klöckner Bremen des KBW unter stürmischem Applaus übergeben.

Die Farmer in den USA streiken

In ca. 20 Bundesstaaten der USA streiken ab 14. Dezember über 800000 Farmer gegen die Agrargesetzgebung der Carter-Regierung, wonach 20% der Anbaufläche für Getreide brachgelegt werden muß, da sonst Steuererleichterungen und geringfügige Subventionen gestrichen werden. Es verringert den Ernteertrag der Farmer erheblich, und die Großgrundbesitzer spekulieren auf freiwerdendes Land.

Die Farmer haben Streikposten vor den Lebensmittelkonzernen aufgestellt und wollen solange keine Agrarprodukte anbauen und ihnen verkaufen, bis die Aufkaufpreise erhöht und festgelegt werden.

Die Farmer sagen: „Niemand macht mehr Geld, jeder beleiht sein Land. Entweder wir streiken oder wir müssen an die Monopole verkaufen."

US-Imperialisten erpressen Zaire mit Getreidesperre

US-Imperialisten erpressen Zaire mit Getreidesperre

Das US-Getreidemonopol Continental Grain hat 1975 die Weizenlieferung für die einzige Getreidemühle Zaires gesperrt, um die Zahlung von 16 Mio. Dollar Schulden zu erzwingen. US-Landwirtschaftsattaché Williams dazu: Die Mehllieferungen an die Bäckereien seien „nur langsam gedrosselt worden, um Druck auszuüben." Sie haben der zairischen Regierung ein Abkommen abgepreßt, künftige Weizenlieferungen in bar und von den Schulden monatlich 1 Million Dollar zu zahlen.

Der „Pariser Club", zu dem sich die Hauptgläubiger Zaires zusammengerottet haben, hat der Regierung von Zaire „angeboten", 85% der Zinsen für die 2,1 Milliarden Dollar Schulden zu stunden, wenn sie ihre „Stabilisierungsbemühungen" künftig „im erwarteten Umfang" vorantreibt. „Stabilisierung" bedeutet Entschädigung enteigneter Imperialisten und Zulassung neuer ausländischer Kapitalanlagen zur Ausplünderung des Landes.

Indien weist „Katastrophenhilfe" der Imperialisten zurück

Ein Zyklon verwüstete am 19./20.11. den über 400 km langen fruchtbaren Küstenstreifen der südindischen Provinzen Andra Pradesh und Tamil Nadu. Über 15000 Menschen wurden getötet, über 200000 obdachlos. Die gesamte Reis-, Zuckerrohr- und Bananenernte der Provinzen ist zerstört.

Als „Soforthilfe" wollten die westdeutschen Imperialisten am 25.11. mit Bundeswehrflugzeugen, beladen mit 30 Tonnen „Hilfs"gütern, in Indien landen. Doch sie blitzten ab, genau wie ihre britischen imperialistischen Konkurrenten, die bereits telefonisch „Wünsche" der indischen Regierung einholen wollten.

Demgegenüber erklärte die indische Regierung, Indien könne der Folgen des Unwetters allein Herr werden. Nur ausländische Geldspenden würden akzeptiert, wenn sie bedingungslos sind. Die westdeutsche Bourgeoisie ist empört – Geld „spenden" und auch noch „bedingungslos" ...

Durch die „skandalöse Politisierung der Sturmkatastrophe" verhindere die indische Regierung „wirksame Hilfsdienste", hetzt die westdeutsche Bourgeoisie.

Kapitalisten-Devise: Pfennigabschlüsse, besser gar nichts

Die politische Lage dafür soll durch Spaltung vorbereitet werden

Unter dem Schlachtruf „3,5% Lohnsteigerung! Dies aber nicht als Ausgangspunkt sondern als Abschlußpunkt! Es kommt darauf an, jetzt die Weichen für einen sich über Jahre erstreckenden Prozeß zu stellen, an deren Ende die gegenüber den 60ziger Jahren klaffende Lücke zwischen Personalkosten und Leistungsfähigkeit wieder geschlossen sein müßte!" ordnen die Kapitalisten ihre Reihen gegen die Lohnkämpfe der Arbeiterklasse.

Was sich hier auftut seitens des bayerischen Kapitalistenverbandes ist ein Angriff auf den Lohnstandard der Arbeiterklasse, der sich gewaschen hat. Nicht nur, daß sie möglichst niedrig abschließen wollen, die Arbeiterklasse soll derart niedergeschlagen werden, um langfristig, „über Jahre" den Lohnstandard auf den der 60er Jahre zu senken.

Die Regierung ist an deren Seite getreten: „Wir rechnen mit einer Zunahme der Bruttolohn- und Gehaltssumme im Jahre 1978 um 5,5%. Kluge Kommentatoren haben uns nachgerechnet, daß dies zu einer durchschnittlichen Tarifsteigerung um etwa 4,5% im Jahre 1978 führen müßte."

Seitens der sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaft hat Loderer jetzt den Wink gegeben, der die Kapitalisten ermutigen wird, von Anfang an auf niedrigste Abschlüsse zu gehen: „Die IGM braucht kein Kampfergebnis. Die erhobene Lohnforderung von höchstens 8% ist kein Ultimatum, aber die IGM hat Mitgliederinteressen zu vertreten, sie muß das Verhandlungsergebnis vertreten können." Andersherum gesagt bedeutet diese Absichtserklärung, niedrigen Abschlüssen oder Lohnstopp in der Stahlindustrie nichts in den Weg zu stellen, wenn sich unter der Arbeiterklasse eine Lage schaffen ließe, die durch die Spaltung der Einheit der Arbeiterklasse, Lohnstopp oder Abschlüsse von 2–3% ohne große Gegenwehr durchsetzen ließe. Ein Schritt dahin ist der wissenschaftlich lancierte Vorschlag des Kieler Weltwirtschaftsinstituts, 4%-Abschlüsse zu tätigen, verbunden mit der Möglichkeit, eventuell über eine „Nachbesse-

wirtschaftsinstituts, 4%-Abschlüsse zu tätigen, verbunden mit der Möglichkeit, eventuell über eine „Nachbesse-

rung" zu reden, wenn die „Überwindung der Stagnation" in der Mehrwertproduktion in der für die Kapitalisten entsprechenden Größenordnung verlaufen ist. Ein sicherlich akzeptabler Vorschlag für sozialdemokratisches Gedankengut in den Vorstandsetagen der Gewerkschaften. Für die Kapitalisten stellt sich nur die Frage, gelingt es, die Spaltung der Arbeiterklasse untereinander zu ermöglichen und sie gegenüber ihren Reserven, den Bauern und anderen Schichten des Volkes abzuspalten, dann löst sich auch die Frage einer „Nachbesserung" im Herbst. Sie ist gegessen!

Durch die Regierung, vermittels des Lohnplünderers Ehrenberg, ist jetzt die Absicht offenbart worden, bestimmte Teile des Lohns, wie Überstundenzuschläge und Nachtzulagen etc. der Bemessung zum Rentenbeitrag einzubeziehen, was bei den Stahlarbeitern ein Fünftel ihrer Lohnsumme ausmacht.

Wie sich der Lohnraubversuch Ehrenbergs als Spaltungslinie innerhalb der Arbeiterklasse auswirkt, verdeutlichte die „Süddeutsche Zeitung": „Dem Arbeiter, der nach der achten Arbeitsstunde noch eine neunte oder vielleicht eine zehnte nimmt, wird es nicht schmecken, wenn sein in Überstunden hart verdientes Zubrot netto weniger einbringt als bisher." Da es

(Fortsetzung Seite 2)

Der bewaffnete Befreiungskampf in Zimbabwe findet Unterstützung!



Am Wochenende sind die Mitglieder des Nationalen Exekutivkomitees und des Zentralkomitees der ZANU, K.M. Kangai und R. Kadungure in Westdeutschland eingetroffen. K.M. Kangai kommt über Österreich, wo er auf Einladung des Kommunistischen Bundes Österreichs an einer Reihe von Veranstaltungen teilgenommen hat. Das Bild zeigt die Veranstaltung in Innsbruck. Im Verlauf der letzten Monate sind in Österreich Mittel für zwei Landrover gesammelt worden. Dies Ziel wurde jetzt erreicht und übertroffen. Damit kann die ZANU Lücken schließen, die der heimtückische Bombenüberfall auf zwei ihrer Transitlager in Mozambique gerissen hat. R.M. Kangai und R. Kadungure werden in dieser Woche auf Versammlungen in Nürnberg, München, Hamburg, Westberlin, Düsseldorf und Frankfurt sprechen. R. Shava, Vertreter der ZANU in Westeuropa, dessen Einreise durch Visa-Schikanen zunächst behindert ist, wird sich der Delegation der ZANU anschließen. Mit den Veranstaltungen wird eine Kampagne zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA begonnen. Die Kampagne soll bis zum 1. Mai 1978 abgeschlossen werden können. Willkommen in Westdeutschland, Genossen der ZANU!

legation der ZANU anschließen. Mit den Veranstaltungen wird eine Kampagne zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA begonnen. Die Kampagne soll bis zum 1. Mai 1978 abgeschlossen werden können. Willkommen in Westdeutschland, Genossen der ZANU!

„Den Boden dem besseren Landwirt – für einen gesunden Hof müssen fünf bis acht andere sterben"

Neues Agrarkreditprogramm und Steuererhöhungen sollen das Bauernlegen beschleunigen

Unter diesem Motto geht die Bundesregierung derzeit daran, neue Maßnahmen einzuleiten, um die Vernichtung der Kleinbauern voranzutreiben und die der Mittelbauern umfassend in Angriff zu nehmen. Zu diesem Zweck hat sie vor drei Wochen das Agrarkreditprogramm beschlossen und im Frühjahr durch ihren Bundeswirtschaftsminister Ertl eine Bauernbesteuerungskommission einsetzen lassen, deren Aufgabe es ist, die Steuern vornämlich der Mittelbauern zu erhöhen.

Mit der notwendigen Industrialisierung der Landwirtschaft geht unter kapitalistischer Profitproduktion unvermeidlich einher die Konzentration – Akkumulation von Kapital aus Profit und Monopolbildung – unter den Bedingungen der kapitalistischen Konkurrenz.

Um in diesem mörderischen Kampf, der über die Konkurrenz ausgetragen wird, nicht sofort aufgerieben zu werden, sind die Bauern gezwungen, ihre Produktion umzustellen von vielseitiger Produktion auf Monokultur. Um dabei überhaupt in Konkurrenz zu dem kapitalistischen Großgrundbesitz treten zu können, müssen die Höfe aber auch eine bestimmte Mindestgröße haben. So sind die kleinen Bauern massenweise über die Kreditwirtschaft, das heißt die Zinsschuld, enteignet worden.

Zur Zeit rechnet sich die Bourgeoisie dabei in der Weizen- und Schweinefleischproduktion entsprechende Profitmöglichkeiten aus. Sie wird forciert. Das nennt sich dann Produktionsstrukturförderung, und vernichtet andere Zweige wie die Milchwirtschaft, indem die Bundesregierung Prämien für geschlachtete oder an EG-Länder verkaufte Milchkühe zahlt. So ist im Zeitraum 1971 bis 1974 eine Zunahme der Getreideanbaufläche um 1,5% bei 10% weniger Betrieben, und bei Mast- und Schlachtkühen eine Zunahme von 22,6% Tieren festzustellen, während die Anzahl der Kühe zur Milcherzeugung um 0,2% gesunken ist bei Abnahme der Betriebe um 13,4% (Agrarbericht 1977).

Freilich, die kleinen und mittleren Bauern lassen sich nicht so ganz einfach und vor allem nicht freiwillig enteignen. Während die jährliche Vernichtungsrate bei den Kleinbauern zum Beispiel 1966/67 minus 4,1% ausmachte, bei den Mittelbauern (20 bis 50 Hektar) ein Zuwachs von 2,9 und bei den Großbauern (50, 100 Hektar und mehr) ein Zuwachs von 4,25% von der Bourgeoisie verzeichnet wird, sinkt von 1975 auf 1976 sozusagen die „Vernichtungsquote" bei den Kleinbauern auf minus 2,46% pro Jahr und damit auch der Zuwachs vor allem bei den Mittelbauern auf plus 0,65%, während bei den Großbauern aber der Zuwachs lediglich von 4,25 auf 3,1% sinkt. Eine „Stockung", die nicht paßt ins Profitgeschäft. Diese Stockung ist aber nicht dadurch eingetreten, daß sich etwa die Situation der kleinen und mittleren Bauern gebessert hat. Nach wie vor sind die Klein- und Mittelbauern gezwungen, hohe Kredite aufzunehmen. Während die Mittelbauern größtenteils ihre Zinsen tilgen konnten, indem sie durch hohen Arbeitsaufwand den Betrieb modernisierten und gleichzeitig versuchten, nach § 13a des Einkommensteuergesetzes der Buchführungspflicht zu entgehen und dadurch kaum Steuern bezahlen brauchten, war für die Kleinbauern oft der einzige Ausweg, den Hof zu verkaufen oder zu verpachten und ihre Arbeitskraft an einen Kapitalisten zu verkaufen. Durch die hohe industrielle Reservearmee besteht diese Möglichkeit kaum. Der Bauer bleibt auf seinem Hof, trotz ständig steigender Arbeitszeit und versucht, immer den Pleitegeier im Rücken, den Hof zu halten.

Um diese Kleinbauern zügiger von ihrem Hof zu vertreiben, hat die Bundesregierung vor drei Wochen das Agrarkreditprogramm beschlossen. Kredite bis zu 60000 DM mit 2% Zinszuschuß von Seiten des Staates sind das Lockmittel, mit dem sie endgültig in die Fangarme der Banken getrieben werden sollen. Zwangsenteignung ist die absehbare Folge. Für die Mittelbauern, deren Betriebe zwischen 20 und 50 ha liegen, müssen erst die Bedingungen geschaffen werden, daß sie sich bei den Banken kräftiger verschulden.

Dazu sollen sie mittels hoher Steuern gezwungen werden. Die von Ertl eingesetzte Bauernbesteuerungskommission bereitet dies vor. Ideologisches Schützenfeuer erhalten sie von den Lumpenjournalisten des „Spiegel". In der Ausgabe 47/77 bilden sie

Auch die Bauern brauchen 1500 Mark steuerfrei im Monat!

Steuerberechnungsbeispiel eines Bauern mit einem 25-Hektar-Hof, nach den ab 1. Januar 1978 gültigen Steuersätzen:

Er ist einer der Bauern, die auf Grund des § 13a Einkommensteuergesetz nicht buchführungspflichtig sind und nach den derzeit geltenden Regeln auch keine Steuern zahlen müssen. Seine Arbeitsleistung hat nach diesem Paragraphen den Wert von 4400 DM im Jahr, die seiner Frau ein Fünftel davon! Die Arbeitsleistung eines Großbauern wird mit 4800 DM angerechnet, was diesem steuerliche Vorteile bringt.

Würde der o.g. nicht buchführungspflichtige Bauer größere Investitionen tätigen, müßte er Buch führen. Sein zu versteuernder Jahresgewinn (Umsatz minus Betriebskosten minus Sonderausgaben für Versicherungen) beträgt 50000 DM. Davon muß er tatsächlich noch zahlen: 2000 DM für Zinstilgung, 2000 DM für Zuwendungen an die Eltern, 4000 DM für Rücklagen und 23000 DM für Investitionen. Die zu zahlenden Steuern (nach der Splitting-Tabelle) bei 50000 DM betragen 11860 DM. Die Investitionen kann er steuerlich absetzen, bis zu 60% in den ersten drei Jahren. Bildet man den Durchschnitt seiner Abschreibungsmöglichkeiten über 10 Jahre, so ergibt sich eine jährliche Minderung des zu versteuernden Gewinns um 2300 DM. Dadurch vermindert sich die zu zahlende Steuer auf 10990 DM, also um 870 DM pro Jahr. Für die Bauern bedeutet diese Regelung einen Zwang zu Investitionen, der die Großbauern und Großgrundbesitzer begünstigt, die mittleren und kleinen Bauern aber ruiniert. Genau das will die Regierung, wenn sie jetzt die Abschaffung bzw. Einschränkung der Befreiung von der Buchführungspflicht plant.

Mit 1500 DM steuerfrei monatlich, das sind 18000 DM jährlich, wären die meisten dieser Bauern steuerfrei. Diese Forderung ist die richtige Antwort auf die Pläne der Finanzbourgeoisie. – (Z-Red.)

Pfennigabschlüsse oder gleich Lohnstopp

(Fortsetzung von Seite 1)
sich bei diesem Teil des Lohns weniger um „Zubrot“ handelt, als um den Teil des Lohns, um den der Normallohn zu niedrig ist, wird der Arbeiter weiterhin auf Überstunden angewiesen sein wie der Stahlarbeiter auf die Nacht- und Schichtzuschläge. Die Absicht Ehrenbergs ist es, die Wut der Arbeiter gegen die Rentner zu richten, die in den Kassen angeblich einen neuen „Schwächeanfall“ herbeigeführt haben. Sodann, schreibt die „Süddeutsche Zeitung“: „. . . würde der Minister dafür sorgen, daß es nicht mehr so ratsam wäre, Überstunden zu machen, also ein arbeitsmarktpolitischer Zweck,“ mit dem der sozialdemokratische Minister die Spaltung zwischen denen, die unbedingt auf Überstunden und Nachtzulagen angewiesen sind und den Teilen der Belegschaften, die aufgrund eines höheren Lohns auf Überstundenschinderei verzichten. Leicht auszumalen ist, in welchen Stufen sich die jeweiligen Spaltungen über die Absicht Ehrenbergs vertiefen würden, wenn die Lohnabschlüsse möglichst niedrig gedrückt werden.

Ohne daß die Arbeiter sich um die Forderung nach Zahlung der Beiträge zur Rentenversicherung durch die jeweiligen Kapitalisten und der Verwaltung der Rentenversicherungskassen und genauso der Arbeitslosenversicherung durch die Arbeiter zusammenschließen, ist man solch hinterhältig angelegten Spaltungsversuchen hoffnungslos ausgeliefert, umso stärker, je niedriger die Lohnabschlüsse gedrückt werden können.

Die gleiche Absicht hegt der hessische Sozialminister, der jetzt vorgetragen hat, daß ein arbeitsloser Arbeiter 18 500 DM kosten würde. „Wir haben deshalb nur die Alternative zwischen einem bezahlten Menschen, der in Arbeit steht, und einem bezahlten, der nicht arbeitet. Bezahlen müssen wir beide,“ hält er den im Lohnkampf stehenden Arbeitern vor. „Sollte die Lohnpolitik 1978 dem Ziel einer höheren Beschäftigung dienen, dann sollte der Tarifabschluß keinesfalls 4 % übersteigen“, hat das Institut zu Kiel gleich den Angriffsplan mitgeliefert, andernfalls die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu erhöhen oder das Arbeitslosengeld zu kürzen wenn sich die Arbeiter nicht unterwerfen. Darüber können sich die Arbeiter dann in die Haare bekommen und der Zweck ist erreicht, insofern es die Arbeiterklasse unterläßt, neben der Zahlung der Beiträge in die Versicherungskassen die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit zu fordern.

2,135 Millionen Arbeiter hat die Kapitalistenklasse offiziell in Arbeitslosigkeit gezwungen und im Verlauf des Jahres wieder eingestellt und jeweils in den Löhnen gedrückt. Mit weit über einer Million hat daneben die Arbeitslosigkeit im November ihren höchsten offiziellen Stand erreicht und besitzt die Bourgeoisie stets die Möglichkeit, durch Vertiefung der Spaltung ihre Reserven zu bilden, nicht nur als Druckmittel gegen Lohnerhöhungen, sondern sie kann auch die Mannschaften zusammenstellen zum direkten Streikbruch.

Was sich die Kapitalistenklasse mit dem Steuersystem schaffen ließ und sich als Spaltkeil stets bei den Lohnabzügen jeden Monat bemerkbar macht, versuchen Lumpenjournalisten aus Hamburg jetzt gegen eine angebliche „Unterbesteuerung“ der Bauern zu wenden, die sich auf Kosten der Verbraucher ein schönes Leben machten. Die Arbeiter, wütend über die Steuerausplünderung, sollen in eine Front mit der Bourgeoisie der ruinösen Besteuerungspolitik gegenüber der Bauernklasse wohlwollend gegenüberstehen, während in Wirklichkeit die Steuerausplünderung bei Arbeitern wie den Bauern leicht auflösbar ist durch die Anhebung des Steuerfreibetrags auf 1 500 DM.

Offensichtlich ist, daß bei der Zuspitzung des Kampfs um den Lohn ohne politische Forderungen die Spaltungen, die Tag für Tag von der Bourgeoisie betrieben und gesät werden, dieser nicht erfolgreich geführt werden kann und stattdessen die Reserven des Kampfs in die Fänge der Bourgeoisie getrieben werden.

Hat man vom Sozialdemokrat à la Loderer nur Verrat zu erwarten, so ist doch seine neuerliche Offenbarung im Zusammenhang mit einer Meldung aus Bremen für die Arbeiterklasse äußerst wichtig. Bekannt ist: Die Stahlarbeiter in den USA streiken. Auf der Vertrauensleutesitzung bei Klöckner ist es den sozialdemokratischen Reihen nicht gelungen, die Arbeiter für Sicherung der Arbeitsplätze im eigenen Land und gegen die streikenden US-Arbeiter zu gewinnen. Mehrheitlich wurde ein Solidaritätstelegramm verabschiedet und die Unterstützung des Kampfs bekräftigt.

Es gibt Leute die verbreiten, die Arbeiterklasse wäre nicht in der Lage, sich zusammenzuschließen. Stattdessen ist es so: gelingt es, den Kampf um den Lohn mit den nötigen politischen Forderungen zu verbinden, wird eine Lage in den Betrieben geschaffen, die weder Lohnstopp noch Lohnraubabschluß zulassen wird.

Neues Agrarkreditprogramm ...

(Fortsetzung von Seite 1)
ein Schaubild ab, in dem sie die angebliche Unterbesteuerung der Landwirtschaft im Verhältnis zum Gesamtsteueraufkommen darstellen, und auffordern, die „Steuerungerechtigkeit“ zu beseitigen (siehe dazu KVZ 47/77).

Was soll nun die Reform der Einkommensteuer in der Landwirtschaft im einzelnen bringen? § 13a des Einkommenssteuergesetzes besagt, daß ein Bauer, dessen Gewinn 15 000 DM im Jahr nicht übersteigt, nicht buchführungspflichtig ist. Ist das der Fall, wird der zu besteuernde Betrag pauschal nach „Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen“ festgestellt. Unter diese Regel fallen der Großteil der Kleinbauern und Teile der Mittelbauern.

Danach wird der Gewinn aus 1/12 des langjährigen Ertragwertes plus Arbeitsleistung (max. 4 800 DM pro Arbeitskraft) plus Zuschlag Wohnungswert minus Pachten und Zinsen minus Sonderausgaben (Versicherungen etc.) ermittelt. Die Verschuldung der Bauern macht dabei ihre „Steuerfreiheit“ aus. Damit soll jetzt Schluß sein.

Der Plan ist hinterhältig. Zunächst soll der Richtsatz von jetzt 15 000 DM um 60 % auf 24 000 DM erhöht werden. Also das Nettoeinkommen der Familie, ob sie es hat oder nicht, wird willkürlich als „Gewinn“ heraufgesetzt, weil ein Blinder und „Steuergerechter“ kann sehen, daß von 1 250 DM netto im Monat keine Bauernfamilie leben kann.

Da auch jedermann weiß, daß die Bauern hart arbeiten, wird das so honoriert, daß ihr persönlicher Arbeitseinsatz pro Arbeitskraft auf dem Hof gleich auf 208 % von 4 800 auf 10 000 DM erhöht werden soll; ebenfalls dem zu versteuernden „Gewinn“ zuzuschlagen. Sodann geht die Bourgeoisie „gerechter“weise von dem Profit aus, den sie in der Landwirtschaft durch die Ausbeutung der Arbeitskraft der Landarbeiter macht und will daher in Zukunft die „Gewinne“ der Bauern aus dem Verkauf ihrer Produkte höher veranschlagen.

Zu der Zinsschuld, die ja nicht weniger geworden ist, kommt somit noch eine beträchtliche Steuerschuld hinzu.

Alles Grund für die Bauern, zusammen mit den Arbeitern gegen die Steuerplünderung durch den bürgerlichen Staat gemeinsam die Kampffront aufzubauen.

Kampf der Supermächte um die Aufteilung des Indischen Ozeans

Singapur: Bau/Reparaturstützpunkt
Chittakong: potentieller Stützpunkt
Bombay: potentieller Stützpunkt
Vishakhapatnam: pot. Stützpunkt
Aden: Nachrichten-, Flotten-, Luftstütztpunkt
Sokotra: Nachrichtenstützpunkt
Andamanen: pot. Stützpunkt
Mauritius: Nutzungsrechte
Cocos Inseln: Flottenstützpunkt
Diego Garcia: Nachrichten-, Flotten-, Luftstützpunkt
Bahrein: Flottenstützpunkt
Irak: Nutzungsrechte

Die US-Imperialisten und die Sozialimperialisten haben eine „Gesprächsrunde über die Demilitarisierung des Indischen Ozeans“ Anfang Dezember in Bern unter Ausschluß der Anliegerstaaten begonnen. Die Forderungen der Anliegerstaaten sind: Anerkennung der 200 Meilen-Zone und Abzug aller militärischen Stützpunkte. Somalia hat als erster der Anliegerstaaten die Sozialimperialisten aus den Stützpunkten Berbera und Mogadischu vertrieben, die der Sowjetunion erstmals außerhalb eine Position mit seestrategischer Bedeutung brachten und die eine Überwachung des Indischen Ozeans ermöglichten. Seit 1967 haben die Sozialimperialisten heftige Anstrengungen unternommen, im Indischen Ozean Stützpunkte zu bekommen. Für den somalischen Stützpunkt haben sie damals Somalia 125 Mio. Dollar Schulden erlassen. Den Verlust dieses Stützpunktes werden die Sozialimperialisten durch neue Stützpunkte ersetzen wollen. Im harten Ringen stehen sie da den US-Imperialisten gegenüber, die in einer vergleichsweise guten Position stehen. „In amerikanisch-britischer Zusammenarbeit wird der Stützpunkt Diego Garcia im Zentrum des Indischen Ozeans als Großstützpunkt für See- und Luftstreitkräfte in raschem Tempo ausgebaut.“ (Österreichische Militärische Zeitschrift 1/76) Die US-Imperialisten vertreiben die ehemaligen britischen Kolonialisten aus ihren Stützpunkten. Für die Supermächte ist die Beherrschung des Indischen Ozeans von strategischer Bedeutung. Ist er doch Nachschubweg für die Rohstoffe, hauptsächlich Erdöl und mit den reichsten Fischereigründen ein unerschöpflicher Nahrungsquell. Die Völker am Indischen Ozean kämpfen gegen die Ausbeutung ihrer Ressourcen. Ihr Zusammenschluß für die 200 Meilen-Zone und für den Abzug aller Militärbasen wird die Imperialisten aus dem Indischen Ozean verjagen.

Eröffnung der Kairoer Konferenz: Abfuhr für die imperialistischen Separatfriedenspläne

Die arabischen Staaten lassen sich nicht zu Vorstehhunden der imperialistischen Politik im Nahen Osten machen. Diese Lektion haben die Vertretern der Sozialimperialisten auf die Reise zurück bekommen, nachdem sie ihre Konsulate und Missionen bis auf Kairo nach Anweisung der ägyptischen Regierung schließen mußten, um das Land zu verlassen. Diese Lektion hat auch der Außenminister Vance, der von den USA-Imperialisten zum dritten Mal innerhalb eines Jahres in den Nahen Osten entsandt wurde, Carter als Ergebnis seiner Reise mitteilen können.

Anfang Oktober, also vor knapp zweieinhalb Monaten, glaubten sich die beiden imperialistischen Supermächte im Nahen Osten noch ganz als die Herren der Lage. Gemeinsam gaben sie als Vorsitzende der „Genfer Nahost-Konferenz“ eine Erklärung ab, mit der sie die arabischen Staaten an den Verhandlungstisch zu nötigen versuchten, um „unter Beteiligung der Vertreter aller in den Konflikt verwikelten Parteien“ ihre gerechten Forderungen zum Verhandlungsgegenstand der Imperialisten im Kampf um die Vorherrschaft im Nahen Osten machen zu lassen.

Am Schluß ihrer Erklärung hatten die beiden imperialistischen Großmächte den Völkern der arabischen Staaten unverhüllt gedroht,

> „die Notwendigkeit einer sorgfältigen Prüfung der gegenseitigen legitimen Rechte und Interessen zu befreien und allseitig die Bereitschaft zu bekunden, dementsprechend zu handeln.“

„Bis Dezember 1977“ setzten die beiden Supermächte, die sich als die Oberherren des Nahen Ostens aufführen, den arabischen Staaten mit ihrer Erklärung einen Termin.

Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Die ägyptische Regierung entsandte Präsident Sadat nach Israel, um öffentlich und im politischen Zentrum des rassistischen Siedlerstaates Israel die Forderungen Ägyptens zu erheben. Präsident Sadat erklärte:

> „Erstens: Beendigung der Besetzung der arabischen Territorien, die 1967 besetzt wurden.
> Zweitens: Anerkennung der grundlegenden Rechte des palästinensischen Volkes und seines Selbstbestimmungsrechts, einschließlich des Rechts, seinen eigenen Staat aufzubauen.
> Drittens: Das Recht jedes Landes in diesem Gebiet, in Frieden und in sicheren Grenzen zu leben, garantiert im Sinne vereinbarter Grenzen.
> Viertens: Alle Länder der Region sollen verpflichtet sein, ihre gegenseitigen Beziehungen in Übereinstimmung mit den Zielen und Prinzipien der UN-Charta zu entwikkeln, insbesondere keine Gewalt anzuwenden und Differenzen zwischen ihnen auf friedlichem Wege zu lösen.
> Fünftens: Beendigung des gegenwärtigen Kriegszustandes in der Region.“

Die Imperialisten haben auf diesen Schritt durch wilde Spaltungsversuche zu antworten versucht: „Sadat braucht dringend greifbare Erfolge“, rechneten Fernsehkommentatoren aus. Begin, der Premierminister des Siedlerstaates, wurde nach London zitiert, wo er erklärte:

> „Sollte Präsident Sadat zu dem Schluß kommen, daß seine arabischen Nachbarn sich an den jüngsten Friedensbemühungen nicht beteiligen und er uns deshalb einen Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel vorschlägt, werden wir nicht nein sagen.“

Vance gab sich ebenso sicher auf den Erfolg der Spaltung mit allen Erpressungsmöglichkeiten gegenüber einem isolierten Ägypten. Vor seiner Abreise erklärte Vance am 7. Dezember:

> „Die bisherige amerikanische Forderung nach einer umfassenden Regelung sei nicht unumstößlich. Auch sei die Wiedereinberufung der Genfer Friedenskonferenz nicht mehr unbedingt nötig.“

Vance wurde losgeschickt, um die Spaltung der Arabischen Liga herbeizuführen und vielleicht Ägypten, Jordanien und Libanon die Politik eines Separatfriedens aufzuzwingen.

> „Jordanien hatte zwar den Israel-Besuch von Präsident Sadat als mutigen Schritt bezeichnet und war auch nicht auf dem sogenannten Ablehnungsgipfel in Tripolis vertreten. Nach Kairo wollen die Jordanier jedoch nur dann reisen, wenn auch die anderen arabischen Staaten teilnehmen“,

berichtete das Zweite Deutsche Fernsehen am 12.12. über die Abfuhr, die Vance sich bei seinem Spaltungsversuch holte.

Am Mittwoch, unmittelbar vor Beginn der Kairoer Konferenz, mußte Dayan, Außenminister und früherer Kriegsminister des zionistischen Siedlerstaates, das Scheitern der Spaltungsversuche einhgestehen:

> „Der Punkt ist“, sagte Dayan, „daß Ägypten es ablehnt, mit Israel über einen Separatfrieden überhaupt zu verhandeln, von einem Abkommen ganz zu schweigen.“

Mit dem kläglichen Ende dieser „Vance-Mission“ wurden die Absichten der Imperialisten zu spalten, um niederträchtige Friedensbedingungen den einzelnen arabischen Staaten abpressen zu können, offensichtlich: Das Zweite Deutsche Fernsehen berichtet über die offizielle Eröffnung:

> „Die Israelis haben, wie man hört, ein Papier mitgebracht, auf dem an erster Stelle steht: Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Etappen, 2. wirtschaftliche Normalisierung, und darunter verstehen die Israelis die Aufhebung des Israelboykotts und Freiheit der Schiffahrt, und 3. Sicherheit und Anerkennung der Grenzen. Für die Ägypter . . . zuerst über die Räumung der besetzten Gebiete sprechen, 2. über einen Palästinenserstaat, und erst an dritter Stelle über sichere und anerkannte Grenzen.“

Mit dieser unverfrorenen Vorstellung war nicht zu verhandeln gewesen und wer schwere Rückendeckung brauchte, war der Chef der zionistischen Siedler Begin, der zu Carter in die USA eilte. Was dort ausgekocht wurde, hört man im westdeutschen Fernsehen:

> „. . . will Israel den fast vollständigen Rückzug von der Sinai-Halbinsel anbieten. Lediglich der strategisch wichtige Hafen Scharm el Scheich solle unter israelischer Kontrolle bleiben. Für die Bewohner des besetzten Westjordanien werde Selbstverwaltung vorgeschlagen. Die militärische Gewalt über das Gebiet wolle Israel aber zunächst noch behalten.“

Diese von Carter und Begin ausgeknobelte imperialistische Verbrecheridee ist etwas vorsichtiger formuliert, aber gegen die Interessen von Millionen gerichtet. Als Betrugsmanöver gegen die arabischen Volksmassen ziemlich aussichtslos. Diese haben sich ihre politischen Erfahrungen mit Blut erkauft. Das erklärt, warum die Spaltungsbemühungen der Imperialisten so wenig erfolgreich ausgehen, gleich, ob sie schlau oder plump gehäkelt sind. – (Z-Red.)

Die Verkäufer im Weihnachtsgeschäft

Um 8 Uhr sind die Verkäufer vom Kaufhof Hannover im Laden, stempeln und gehen in die Garderobe, ziehen sich um und dann schnell in die Kantine, einen Kaffee trinken. 8.15 Uhr beginnt die Abteilungsbesprechung. Der Abteilungsleiter, der am letzten Montag von der Geschäftsleitung wieder mal Druck bekommen hat wegen der schlechten Umsätze, fängt auch gleich damit an. „Meine Damen, wie Sie wissen, sind die Umsätze weiter gesunken, aber das müssen und können wir heute aufholen.“ Die Waschmittelabteilung soll 1600 DM bringen. Letzte Woche waren es nur 900 DM, und daran sei die Verkäuferin schuld. „Sie wissen selbst, meine Damen, wenn die Umsätze weiter sinken, ist ihr Arbeitsplatz gefährdet. Es liegt also in Ihrem Interesse, daß wir heute einen guten Umsatz erzielen.“

8.30 Uhr, die ersten Kunden kommen. Schnell werden die Sonderangebote aus dem Lager geholt, ausgezeichnet und gestapelt. Die Verkäuferin muß ständig die schweren Pakete aus dem Wagen heben.

9.30 Uhr ertönt der erste Gong, die Frühstückspausen beginnen. Die Verkäufer beraten, wer in der Heimwerkerabteilung ablöst. Keiner macht es gerne, denn sie können z.B. keine Bohrmaschinen verkaufen, außerdem haben sie kein Interesse daran, den Kunden etwas schlechtes zu verkaufen. Nach den Pausen geht es weiter mit Bedienen, Aufräumen und Putzen. Sie setzen beim Abteilungsleiter durch, daß sie sich dabei gegenseitig unterstützen können.

Um 12.30 Uhr beginnen die Mittagspausen. Inzwischen ist der Laden voller Kunden. Wieder muß in einer anderen Abteilung abgelöst werden. Nun bei „Alles für's Bad“. Dort ist eine Verkäuferin seit einem dreiviertel Jahr krank. Es wurde bisher keine neue eingestellt.

In der Mittagspause kann man sich endlich unterhalten. Diskutiert wird über das Weihnachtsgeld. 120 DM brutto hat eine Verkäuferin bekommen. Das ist zu wenig, denn man kann gerade als Verkäuferin gut sehen, was man dafür bekommt. Weiter sprechen sie noch über den langen Samstag und die geplante Verlängerung der Ladenschlußzeiten. Sie sind sich schnell darüber einig, daß man den Kampf dagegen nur in der Gewerkschaft führen kann.

Um 14 Uhr räumen sie auf, die leeren Fächer werden aufgefüllt und Bestellungen müssen geschrieben werden. Das geht so bis 15.30 Uhr. Dann wird es wieder voll im Laden und es muß bedient werden. Einige Kunden sind ziemlich verärgert über die langen Wartezeiten und über das Anstehen an der Kasse. Seit einem Jahr wurde in der Abteilung keine neue Verkäuferin mehr eingestellt, das spürt man besonders stark jetzt im Weihnachtsgeschäft.

Um 16 Uhr gehen die Verkäufer, die morgens keine Pause hatten, Kaffee trinken. Den braucht man jetzt auch, um durchzuhalten bis 18 Uhr. Vom ständigen Stehen, Laufen, Bücken und Heben hat man Schmerzen in den Beinen und im Rücken. Stühle, damit man sich mal hinsetzen kann, gibt es im Laden nicht.

Um 17.30 Uhr beginnt eine Verkäuferin mit der Vorbereitung der Kassenabrechnung. Dazu müssen ungefähr zehn Formulare ausgefüllt werden. Der Abteilungsleiter kommt und erinnert an die 1600 DM Umsatz, die in der Waschmittelabteilung gemacht werden sollen. Also zum Endspurt.

Aber die Volksmassen kaufen keine unnützen Dinge. Als Verkäufer im Kaufhaus, wo die Massen kaufen müssen, sieht man gut, welchen „Trend“ der niedrige Lohn vorschreibt. Gekauft werden langlebige Waren, die ihren Nutzen haben, z.B. Küchengeräte, sanitäre Anlagen, Autozubehör usw.

Eine Verkäuferin im Kaufhof bekommt einen Nettolohn von 750 DM. Klar ist, daß man sich jetzt schon auf den kommenden Tarifkampf vorbereiten muß. Im letzten Jahr sind viele Verkäuferinnen einig gewesen, daß man streiken muß. Aber der gewerkschaftliche Organisationsgrad war nicht so hoch. Jetzt organisieren sich immer mehr in der HBV.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei CARO-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 51/77: 32 000

Die britischen Feuerwehrleute werden im Streikkampf unterstützt

Die Streikforderung der Feuerwehrleute: Bezahlung wie ein Industriearbeiter

Nach zehnstündiger Beratung hat die Streikleitung der Fire Brigade Union (FBU) am Donnerstag erklärt, das letzte Angebot der Regierung sei nicht ausreichend für eine Einberufung der Delegiertenversammlung, die allein das Ende des Streiks beschließen kann.

Vorher war das Angebot auf Versammlungen der Feuerwehrleute in fast allen Bezirken abgelehnt worden. Es lautet auf Anpassung an den Durchschnittslohn eines Industriearbeiters in drei Stufen: 10% jetzt, ein weiterer Teil im November 1978 und der Rest im November 1979.

Mehrere Bezirke haben dem Stufenplan im Prinzip zugestimmt, verlangen aber kürzere Anpassungszeiten und vor allem wesentlich mehr als 10% jetzt sofort. Aber genau das will Callaghan auf keinen Fall. Er ist entschlossen, den öffentlichen Dienst unter allen Umständen als Lohndrücker einzusetzen. „Überall wo die Regierung oder die Gemeinden Tarifverhandlungen führen, beobachtet sie jeder mit Habichtsaugen", sagte er schon im November auf dem Kongreß der Elektrikergewerkschaft, „und wenn die Regierung nachgeben würde, würde jeder auf der Leitlinie herumtrampeln."

Der Streik der Feuerwehrleute für die Forderung nach Bezahlung wie ein Industriearbeiter hat von Woche zu Woche breitere Unterstützung gefunden. Zahlreiche Bezirke des Gewerkschaftsbundes TUC fordern den TUC-Vorstand auf, den Streik endlich zu unterstützen. So in Liverpool am 8.12., wo sich die Gewerkschaften der Schiffbauer und der Schauerleute beteiligten, in Newcastle am 10.12., wo



„Zahlt die Feuerwehrleute" ist eine der Forderungen, die auf den Solidaritätsdemonstrationen für den Streik mitgetragen werden. Die Frauen unterstützen ihre im Streik stehenden Männer. Bild: Demonstration der Frauen in Liverpool

die TUC-Bezirke Tyneside und Gateshead gemeinsam eine Demonstration durchführten, an der sich die Gewerkschaften der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst NUPE (Müllabfuhr, Gartenbau, Krankenhäuser usw.) und der technischen Angestellten und Verwaltungsangestellten ASTMS sowie die Industriegewerkschaft AUEW beteiligt haben, in Glasgow am 8.12., wo der TUC-Bezirksvorstand den Beschluß der TUC-Führung, die FBU nicht zu unterstützen, zurückgewiesen hat, in Birmingham am 6.12. und in vielen anderen Städten.

Die Transportarbeiter der Gewerkschaft TGWU auf dem Londoner Flughafen Heathrow haben den TUC

die TUC-Bezirke Tyneside und Gateshead gemeinsam eine Demonstration durchführten, an der sich die Gewerkschaften der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst NUPE (Müllabfuhr, Gartenbau, Krankenhäuser usw.) und der technischen Angestellten und Verwaltungsangestellten ASTMS sowie die Industriegewerkschaft AUEW beteiligt haben, in Glasgow am 8.12., wo der TUC-Bezirksvorstand den Beschluß der TUC-Führung, die FBU nicht zu unterstützen, zurückgewiesen hat, in Birmingham am 6.12. und in vielen anderen Städten.

Die Transportarbeiter der Gewerkschaft TGWU auf dem Londoner Flughafen Heathrow haben den TUC
aufgefordert, einen 24stündigen Generalstreik zu organisieren. Der TUC-Bezirk Liverpool hat denselben Beschluß gefaßt. Auf der Gewerkschaftsversammlung bei Fords größtem Betrieb Halewood wird der Antrag auf 24 Stunden Generalstreik in diesen Tagen eingebracht.

Es gelingt der Labour-Partei nicht mehr, ihre Funktionäre in den Gewerkschaftsführungen auf 10-Prozent-Kurs zu halten. Der Sekretär der Gewerkschaft der Angestellten im öffentlichen Dienst hat an die TUC-Führung geschrieben, sie solle „gegen die willkürliche und diskriminierende Lohnpolitik der Regierung im öffentlichen Dienst" Aktionen einleiten. Auf der nächsten TUC-Vorstandssitzung werden die Gewerkschaft der Lok-Führer und die Abteilung der technischen Angestellten in der AUEW für die sofortige volle Unterstützung der Feuerwehrleute eintreten.

Der Feuerwehrstreik hat die Widersprüche in der reformistischen Partei gewaltig zum Tanzen gebracht. Wo die Unterstützung durch die Parteifreunde in den Gewerkschaften dünner wird,

müssen jetzt die Direktoren unter Druck gesetzt werden. Nachdem die Fuhrunternehmer der Region West Midlands einer Lohnerhöhung von 15% zugestimmt haben, hat Callaghan dem Direktor der staatlichen LKW-Transportgesellschaft „National Freight Corporation" seine Entlassung angekündigt für den Fall, daß er über 10% abschließt.

Die Front der Arbeiterklasse im Lohnkampf wird fester und hat das Abbröckeln kleinerer Feuerwehren auf dem Land bisher überall verhindern können. Der Kampf im öffentlichen Dienst ist zum Kampf der gesamten Arbeiterklasse geworden. – (Korrespondentenbericht Liverpool)

müssen jetzt die Direktoren unter Druck gesetzt werden. Nachdem die Fuhrunternehmer der Region West Midlands einer Lohnerhöhung von 15% zugestimmt haben, hat Callaghan dem Direktor der staatlichen LKW-Transportgesellschaft „National Freight Corporation" seine Entlassung angekündigt für den Fall, daß er über 10% abschließt.

Die Front der Arbeiterklasse im Lohnkampf wird fester und hat das Abbröckeln kleinerer Feuerwehren auf dem Land bisher überall verhindern können. Der Kampf im öffentlichen Dienst ist zum Kampf der gesamten Arbeiterklasse geworden. – (Korrespondentenbericht Liverpool)



Überstundenarbeit ist für die Feuerwehrleute die Regel



Überstundenarbeit ist für die Feuerwehrleute die Regel



Vergangenes Wochenende demonstrierten 2000 Feuerwehrleute und Arbeiter anderer Industriezweige in Manchester und trugen Parolen wie oben abgebildet: „Einheit ist Stärke."



Britische Soldaten werden gezwungen, als Streikbrecher gegen den Streik der Feuerwehrleute zu arbeiten. Streikposten der Feuerwehrleute bewachen die Löschfahrzeuge, um so den Einsatz militärischer Streikbrecher durch die Regierung zu verhindern. Die Geräte der Armee sind völlig veraltet.

Imperialistische Konkurrenz um die Warenmärkte und Kapitalanlagen Südeuropas

Kredite von IWF und OECD sind überall Zwangsmittel zur Lohndrückerei

„Das grundlegende Ziel ist es, *Griechenland* innerhalb weniger Jahre zu einem großen internationalen Handels- und Finanzzentrum zu machen, das als Brücke zwischen der westlichen Welt und den Entwicklungsländern im Nahen Osten und Afrika dient", heißt es in einer Schrift der offiziellen griechischen Nachrichtenagentur, in der 1974 die Politik der soeben eingesetzten Regierung Karamanlis im Hinblick auf die EG-Mitgliedschaft Griechenlands dargestellt wurde. Für die Imperialisten in der EG wie für die US-Imperialisten geht es darum, Griechenland und die Türkei an der Südostflanke Europas als Stützpunkte der Expansion in die Länder der 3. Welt und in der Konkurrenzschlacht mit der sozialimperialistischen Supermacht zu erhalten und auszubauen. Griechenland und die Türkei sind Mitglieder der NATO und militärisch vom US-Imperialismus abhängig. „Die rasche Eingliederung Spaniens, Portugals und Griechenlands in die EG plus ein effektives und großzügiges Assoziierungsverhältnis zur Türkei (sind) sicherheitspolitisch für Europa ungleich wichtiger als zahlreiche Abkommen mit ehemaligen Kolonien." (L. Rühl, in: Sicherheit vor neuen Aufgaben, zit. nach Kommunismus und Klassenkampf Nr. 12/77)

Die „rasche Eingliederung" selbst erfolgt über die Schuldabhängigkeit und die Ausplünderung auf dem Warenmarkt. Das Zahlungsbilanzdefizit Griechenlands 1976, also die Summe, um die sich Griechenland im Waren-, Dienstleitungs- und Geldverkehr gegenüber dem Ausland verschuldete, betrug 1,1 Mrd. Dollar und war damit fast genauso groß wie 1975. Dieses Defizit wurde durch Kredite aus dem Ausland gedeckt, die zum allergrößten Teil von Banken der imperialistischen Staaten (612,1 Mio. Dollar) aufgebracht wurden. Unter den Importen von insgesamt 5,5 Mrd. Dollar nehmen nach offiziellen Angaben die „Kapitalgüter", also vor allem Maschinen und schwere Transportmittel, den ersten Platz mit 1,5 Mrd. Dollar ein, gefolgt von den „industriellen Konsumgütern" mit 1,4 Mrd. Dollar und den „Brenn- und Treibstoffen" mit 1 Mrd. Dollar. Bei den Exporten von insgesamt 4,8 Mrd. Dollar stehen an erster Stelle die „Industrie- und Handwerksartikel" mit 1,2 Mrd. Dollar, gefolgt von „Nahrungsmitteln und Getränken" mit 0,5 Mrd. Dollar. Der Bericht über Griechenland der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung", OECD, in der die kapitalistischen Staaten unter der Führung der US-Imperialisten zusammengeschlossen sind, stellt eine „überdurchschnittliche Expansion der Konsumgüterindustrie" fest und ein „unterproportionales Wachstum der Schwerindustrie". Er fordert von der griechischen Regierung: „Die Löhne sollen nicht mehr im gleichen Rhythmus steigen wie in den beiden Vorjahren." Kapital und Kredite sollen mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt werden, Griechenland als Feld des imperialistischen Kapitalexports erhalten bleiben und so als vorgeschobener Posten des imperialistischen Kapitals dienen, um die Märkte des Nahen Ostens zu überschwemmen.

Bezüglich der *Türkei* hat ein Journalist der „International Herald Tribune" dasselbe Ziel an folgendem Beispiel verdeutlicht: Die Türkei sei in der Lage, 85% eines Autos selbst zu produzieren, das koste allerdings 50% mehr als in Großbritannien. Seit September dieses Jahres steht die Türkei praktisch vor dem Staatsbankrott, und der Internationale Währungsfonds als der Wortführer der imperialistischen Gläubiger hat alle Kredite verweigert, bis nicht durch eine Senkung der Löhne die Ausbeutungsbedingungen verbessert sind. Die Imperialisten hoffen, das nach den Wahlen mit dem Sozialdemokraten Ecevit zu schaffen.

Auch von der italienischen Regierung fordern die imperialistischen Mächte über dem Internationalen Währungsfonds weitere Maßnahmen zur Senkung der Löhne, zur „Sanierung" des Staatsapparates und Steuererhöhungen. Die Verschuldung *Italiens* bei seinen imperialistischen Konkurrenten beträgt jetzt noch 13,5 Mrd. Dollar, davon 6,7 Mrd bei „internationalen Institutionen" wie dem IWF und Zentralbanken, und 7 Mrd. Dollar auf dem Eurodollarmarkt, der von westeuropäischen und US-amerikanischen Banken beherrscht wird.

Italien ist selbst ein imperialistisches Land und das Rückgrat der imperialistischen Herrschaft über das Mittelmeer. Die Maßnahmen, die die italienische Bourgeoisie jetzt gegen die Arbeiterklasse durchsetzen soll, dienen vor allem der Stabilisierung dieses Einflusses und der Stärkung der Südflanke der NATO. „Dank der seit Februar etwas verbesserten Möglichkeiten zur Nutzung des Arbeitskräftepotentials", heißt es im „Schnelldienst" des ifo-Instituts in München am 14.11.77, „können die Italiener neuerlich überproportional an der Ausweitung des Welthandels partizipieren." Womit die italienische Bourgeoisie und ihre Gläubiger gemeint sind. – (Z-Red.)

Das Volk von Zimbabwe steht in vorderster Front des Befreiungskampfes in Afrika

Die Spaltungs- und Unterdrückungsversuche der Imperialisten und ihres Handlangers Smith sind genauso bekannt und zum Scheitern verurteilt wie ihre historischen Vorbilder

Das rhodesische Kolonialistenregime windet sich unter den militärischen Schlägen der Patriotischen Front. Es sind die bekannten, aber gleichfalls gefährlichen Manöver, die Smith zusammen mit den Imperialisten betreibt, wenn er mit den „gemäßigten nationalen Führern" Muzorewa, Sithole und Chirau auf eine „innere Lösung" verhandelt. Die „innere Lösung" für Zimbabwe, von der die Imperialisten reden, heißt: weiße und afrikanische Abgeordnete im Parlament, Sperrklauseln, Beibehaltung des kolonialen Gewaltapparates in den Händen der Kolonialisten, kurz Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft unter geänderten Umständen. Stets haben die Kolonialisten und Imperialisten versucht, durch Angebote oder Verhandlungen über solche „Lösungen" die Völker zu täuschen, um blutige Reaktion und Konterrevolution vorzubereiten.

Die Völker Afrikas haben in ihrem Befreiungskampf die Unterstützung der Völker der Welt. Das Volk von Zimbabwe, das in diesem Befreiungskampf jetzt an vorderster Front steht, kann sich auf die Erfahrungen der afrikanischen Völker stützen, um die Spaltungen zu verhindern und sich vom Joch der Herrschaft der Kolonialisten und Imperialisten zu befreien.

Kenia

Ende des 19. Jahrhunderts eroberten die britischen Imperialisten Kenia. Das von ihnen errichtete Kolonialjoch vertrieb die Volksmassen von ihrem Land in Reservate, oder sie mußten als

Um der KCA gegen Ende des Krieges den politischen Einfluß abzugraben, organisierte 1944 die Kolonialregierung mit den bekannten Spaltern von 1935 den landesweiten Aufbau der „Kenia African Union" (KAU), deren Führung ausschließlich Beamte und reaktionäre bestochene Elemente übernahmen und die laufend durch von der Kolonialregierung ökonomisch Abhängige aufgefüllt wurde. Die KCA arbeitete innerhalb der KAU mit dem Ziel, die Organisation als antikolonialistisches Bündnis aufzubauen.

1946 wurde Kenyatta Präsident der KAU.

1950 fand der von der Gewerkschaft und der KAU organisierte Generalstreik gegen verschärfte Antistreikbestimmungen statt. Der Streik ergriff alle großen Städte. Zu dieser Zeit gelang es der KCA, sich innerhalb der KAU mit ihren politischen Auffassungen von der Zerschlagung des Kolonialjochs des britischen Imperialismus gegen die alten Reaktionäre und die von ihnen aufgebaute Opposition vollends durchzusetzen. Die über das ganze Land operierende Befreiungsarmee kontrollierte bis *1953* große Teile des Hochlands Kenias, was von den Imperialisten als „Greueltat" und Mau-Mau-Aufstand bezeichnet wurde. – (Z-Red.)

Algerien

Nach über hundertjähriger blutigster Unterdrückung durch das französische Kolonialregime, Niederschlagung und Spaltung der jahrzehntelanteten mit breiter Propaganda eine koloniale Lösung des „Algerienproblems".

1958 kam General de Gaulle an die Macht, der von vornherein fest entschlossen dafür eintrat, Algerien für Frankreich zu erhalten und die algerische Revolution mit Stumpf und Stil auszurotten. De Gaulle, der sich lediglich auf seine militärische Überlegenheit stützen konnte, forderte die FLN zur Kapitulation auf. Die Antwort der FLN war die Gründung der „Provisorischen Regierung der Algerischen Republik" am 18.9.58. De Gaulle entfaltete darauf eine erneute gewaltige Kriegsanstrengung gegen das algerische Volk.

Der Befreiungskampf des algerischen Volkes wurde von den Völkern der Welt breit unterstützt. China und Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und die Tschechoslowakei belieferten die FLN, nach der erneuten Offensive, mit Waffen.

Im Herbst 1959, nachdem es de Gaulle nicht gelungen war, den algerischen Befreiungskampf zu zerschlagen, bot er der FLN die Selbstbestimmung Algeriens unter französischer Regie an. Die FLN antwortete mit Streiks, Massendemonstrationen und neuen Angriffen gegen die kolonialen Stellungen. De Gaulle begann nun die Konferenz-Taktik, und er versuchte, durch Drohungen, verstärkte militärische Einsätze zu spalten und die FLN zu bewegen, die nationale Unabhängigkeit aufzugeben.

Nachdem das algerische Volk die französischen Imperialisten militärisch

Z.A.N.U.
Zimbabwe African National Union

Hauptquartier: Caixa Postal 743, Maputo, Mozambique
Abteilung: Versorgung und Transport

Aufruf an die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland für die Ausrüstung einer Kompanie der Afrikanischen Nationalen Befreiungsarmee von Zimbabwe (ZANLA)

Angesichts der sehr günstigen militärischen Lage in Zimbabwe, die durch die Afrikanische Nationale Befreiungsarmee von Zimbabwe (ZANLA) geschaffen wurde, angesichts der heftigen Schläge, die die imperialistischen Agenten, die das Volk von Zimbabwe unterdrücken, durch die ZANLA erlitten haben, ist die kämpfende Arbeiterklasse der Welt aufgerufen, erneut einen Beitrag zum Erfolg einer gerechten Sache, des Volkskrieges in Zimbabwe, zu leisten.

In diesen Tagen versuchen die Imperialisten neue Manöver, um Vorwände zu schaffen für eine direkte bewaffnete Intervention als dem letzten verzweifelten Versuch, ihre Herrschaft über Zimbabwe zu erhalten. Diese Manöver schlagen sich in den nutzlosen Versuchen des Rassisten Smith nieder, mit afrikanischen Marionetten ins Geschäft zu kommen. Diese Manöver sind die Antwort der Imperialisten auf die Erfolge der ZANLA-Streitkräfte.

In diesem Augenblick ist es richtig, wenn die kämpfende Arbeiterklasse eine Kompanie der ZANLA ausrüstet und bis an die Zähne bewaffnet. Dafür müssen beschafft werden:

1. Waffen und Munition
2. Lastwagen
3. Uniformen und Stiefel
4. Nahrungsmittel
5. Medikamente und medizinische Ausrüstung
6. Uhren und Funkgeräte
7. Mittel für die Verwaltung

Vielleicht kann das Beispiel, das die westdeutsche Arbeiterklasse bereits in

Landarbeiter bei den Großgrundbesitzern arbeiten. In den Städten bildete sich die Arbeiterklasse rasch heran. Der Haß gegen die Kolonialherrschaft war ungebrochen.

1922: Aufbau der ersten antikolonialistischen Organisation aus dem Kikuyustamm, der „Young Kikuyu Association". Umgehend betrieb die Kolonialregierung mit Hilfe der Missionen über bestochene Agenten den Aufbau einer Gegenorganisation, um die Vereinheitlichung unter den Kikuyu, dem größten Stamm der Bantu, zu spalten. Die YKA organisierte die ersten Demonstrationen der Arbeiter gegen Lohnsenkungen, bei der der Führer der YKA verhaftet wurde. Gegen die darauffolgende Demonstration der Arbeiter wurde mit militärischer Gewalt vorgegangen und 25 Männer und Frauen erschossen. Danach wurde die YKA verboten.

1924: Gründung der „Kikuyu Central Association" unter Vorsitz von Kangethe, Kariuki und Kenyatta. Erstellung eines Programms mit den Forderungen: Rückgabe des geraubten Landes, beurkundete Rechtstitel auf in afrikanischem Besitz befindlichen Landes, Verbot jeglicher Ausweitung der Briten, Abschaffung jeglicher Rassendiskriminierung im Kaffeeanbau, Vertretung in der Regierung.

1935 verabschiedete die Kolonialregierung ein weiteres Gesetz, welches die Vertreibung der Kikuyu von ihrem Land vorsah. Die KCA organisierte mit zwei anderen politischen Organisationen eine Einheitsfront gegen dieses Gesetz und wollte es durch Petitionen verhindern, die abgeschmettert wurden. Die KCA verbreitete durch die Einheitsfront ihren Einfluß in weitere Gebiete Kenias und ging daran, sich mit den Arbeitern in den Städten zusammenzuschließen.

1939: Der Vizepräsident der KCA sprach am 1. Mai zu den versammelten Arbeitern in Nairobi über die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Antistreikgesetze der Kolonialregierung. Der Einfluß der KCA unter den Arbeitern breitete sich soweit aus, daß sie den Vizepräsident des Zentralgewerkschaftsverbandes stellte.

1940 sah die Kolonialregierung nach mißlungenen Spaltungen die Gefahr des Aufstands, verbot die KCA und verhaftete die politischen Führer, die 1943 wegen des politischen Drucks der Volksmassen wieder freigelassen werden mußten. Die KCA, anfänglich geschwächt, setzte illegal seine Arbeit fort. Gegen die Zwangsverpflichtung zur Arbeit bei niedrigster Bezahlung organisierte sie illegale Zellen, während des 2. Weltkriegs führte sie 57 Streiks für Lohnerhöhungen, gegen die Arbeitsbedingungen und die Zwangsgesetze an.



Ausbildung der Patriotischen Front zum Befreiungskampf

gen Widerstandskämpfe begannen ab 1950 revolutionäre algerische Nationalisten, im ganzen Land illegale Zellen zur Vorbereitung des nationalen Aufstandes aufzubauen.

Am 1. November 1954 erhoben sich Teile des algerischen Volkes, und 2000 Guerillakämpfer gaben mit Überfällen gegen die französischen Polizeiposten das Zeichen zum Aufstand. Ein Jahr später waren bereits 30000 revolutionäre Kämpfer unter Waffen. Die politische und militärische Führung übernahm die FLN (Nationale Befreiungsfront Algeriens).

1955 beschloß die Bandung-Konferenz der Afro-Asiatischen Staaten, den Befreiungskampf des algerischen Volkes materiell zu unterstützen. Unter Nasser war Ägypten das erste Land, das die Kämpfe des algerischen Volkes bedingungslos unterstützte. In Tunesien und Marokko wurden militärische Basen der FLN errichtet.

1956 entführten die französischen Imperialisten ein marokkanisches Flugzeug mit vier Führern der FLN, darunter Ahmed Ben Bella.

Während die französischen Imperialisten daran gingen, mit einer Armee von 500000 Soldaten das algerische Volk auszurotten, die Fremdenlegion im Land wütete, berichtete die französische bürgerliche Presse über den Krieg in Algerien als einem Krieg von wenigen Terroristen gegen das „Mutterland". Die NATO lieferte Material und Soldaten nach Nordafrika. Die USA schickten Napalm und Hubschrauber. Westdeutschland gewährte Frankreich immer neue Kredite, ohne die die französische Regierung den Kolonialkrieg hätte aufgeben müssen.

In Frankreich selbst löste der Krieg in Algerien heftige Regierungskrisen aus, eine Regierung gab der anderen die Klinke in die Hand, weil das französische Volk den Kampf des algerischen Volkes unterstützte. Die französischen Revisionisten (PCF) befürwor-

bereits besiegt hatte, schüttelte es am 1. Juli 1962 durch die Volksabstimmung endgültig das Joch der französischen Kolonialisten ab.

Mozambique

Über fünf Jahrhunderte hat das Volk von Mozambique gegen die Kolonialherren aus Portugal gekämpft. Am 25.9.64 gründete sich die Frelimo, in der sich die drei existierenden Befreiungsbewegungen vereinheitlichten und den bewaffneten Kampf bis zum Sieg für die nationale Unabhängigkeit beschlossen. Anfang 1974 waren die portugiesischen Kolonialisten angeschlagen, große Teile Mozambiques waren befreit und unter der Kontrolle des Volkes. Die militärische Niederlage der Kolonialisten im Volksbefreiungskrieg zeichnete sich ab. Die portugiesische Bourgeoisie sah sich gezwungen zu manövrieren, und auf Druck der portugiesischen Arbeiterklasse und des Volkes wurde die faschistische Regierung Caetano gestürzt. An die Regierungsspitze wurde General Spinola gestellt, er hatte öffentlich erklärt, daß mit den Methoden der faschistischen Geheimpolizei PIDE und mit militärischen Aktionen die Kolonie Mozambique nicht mehr zu halten sei. Die Imperialisten fanden eine „Weiterführung des Kolonialkrieges nicht mehr rentabel" (Le Monde, 2.5.74). Sie setzten auf Spinola und eine angestrebte „föderative Lösung", die vorsah, daß Mozambique eine „selbständige" Provinz Portugals werden sollen.

Das Volk von Mozambique unter der Führung der Frelimo antwortete auf dieses „föderative System" mit verstärkten bewaffneten Aktionen in den noch nicht befreiten Gebieten. Die Regierung sah sich gezwungen, am 25.9.74 den Vertrag von Lusaka zu unterzeichnen, der die Bildung einer „Provisorischen Regierung" in Mozambique vorsah und den Unabhängigkeitstag Mozambiques für Juni 1975 festlegte. Die portugiesischen Kolonialisten ließen von ihrem Vertreter vor der UNO scheinheilig erklären: „Wir haben unausweichlich den Weg der Dekolonialisierung eingeschlagen". Der sah so aus, daß sie darauf bestanden, mit einem Drittel in der „Provisorischen Regierung" beteiligt zu sein, zwei Drittel stellte die Frelimo. Das war für die Imperialisten die letzte Hoffnung. Sie versuchten darüber die Widersprüche, die im Volk von Mozambique zwischen den befreiten Gebieten und den nicht befreiten Gebieten existierten, zu nutzen und das Volk zu spalten. In den befreiten Gebieten waren Handel und Landwirtschaft genossenschaftlich organisiert worden, 80% des kultivierten Landes wurden erstmals bestellt. Die portugiesische Kapitalistenklasse ging daran, in den nicht befreiten Gebieten durch Bestechung zu spalten, „indem sie Krümel an Afrikaner verteilte" (Samora Machel).

Die Frelimo hatte zum Vertrag von Lusaka erklärt: „Der portugiesische Kolonialismus ist nicht tot. Wir sind dabei, ihm einen tödlichen Schlag zu versetzen – aber dies erfordert eben anhaltende und verstärkte Unterstützung." (Mozambique-Revolution, September 1974)

Am 25. Juni 1975 war der portugiesische Kolonialismus nach 500 Jahren blutigster Herrschaft durch den Volksbefreiungskrieg besiegt. – (Z-Red.)

Vielleicht kann das Beispiel, das die westdeutsche Arbeiterklasse bereits in den letzten Jahren gegeben hat, beleuchten, worauf es hier ankommt. Sie hat Transportmittel beschafft, die sich als dauerhaft und nützlich beim Transport von Nachschub für die ZANLA erwiesen haben. Die Dienste dieser Lastwagen und Ambulanzen haben dem Feind einen heftigen Schlag versetzt.

Es ist richtig, den Feind dort zu schlagen, wo er am schwächsten ist. In Zimbabwe sind die imperialistischen Kräfte heute am schwächsten. Das Volk von Zimbabwe schließt sich zusammen, um den Kampf bis zum Sieg zu führen.

Kampfgenossen! Die ZANU (Patriotische Front) wendet sich an Euch und ruft Euch auf, eine Kampagne einzuleiten, die die Sache des proletarischen Internationalismus in kürzester Zeit große Schritte voranbringen wird. Dieser dringende Appell ist ein Teil des allgemeinen Aufrufs der ZANU (Patriotische Front) zur Unterstützung ihres gerechten Kampfes.

Pamberi ne Chimurenga!
Proletarier aller Länder vereinigt euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Besiegt den Imperialismus!

gez. K.M. Kangai
Sekretär für Versorgung und Transport

14.12.1977

Wir unterstützen den Aufruf der ZANU zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA, der Volksbefreiungsarmee des Volkes von Zimbabwe. Wir rufen auf, mit der notwendigen Kampagne sofort zu beginnen. Neben den verschiedenen Sachen wie Kleidern und Medikamenten, die direkt durch die Volksmassen beschafft werden können, braucht es für die Ausrüstung der Kompanie wenigstens eine halbe Million DM.

Wir rufen alle Organisationen und Kräfte, die den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes unterstützen wollen, dazu auf, sich an dieser Kampagne zu beteiligen. Der 1. Mai ist der Kampftag der internationalen Arbeiterklasse. Wir rufen auf, das Sammelziel bis zum 1. Mai 1978 zu erfüllen.

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
Frankfurt und Köln, den 15.12.1977

ZANU-Spendenkonto: Volksbank Mannheim 10 683 26, Stichwort: „Ausrüstung für eine Kompanie der ZANLA"

Unterstützt die Patriotische Front! Unterstützt die ZANU!

Veranstaltungen: 18.12. Nürnberg, 15 Uhr, Gaststätte „Schlachthof"; 19.12. München, 19.30 Uhr, „Schwabinger Bräu"; 20.12. Hamburg, 19 Uhr, Auditorium Maximum / Universität; 21.12. Westberlin, 19 Uhr, „Neue Welt"; 22.12. Düsseldorf, 19.30 Uhr, Stadthalle; 23.12. Frankfurt, 19.30 Uhr, Offenbach/Stadthalle

Es sprechen: K.M. Kangai und R. Kadungure, Mitglieder des Nationalen Exekutivkomitees und Zentralkomitees der ZANU, R. Shava, Vertreter des ZANU-Büros für Westeuropa in London

Belegschaft VW-Wolfsburg beauftragt die Große Tarifkommission, 220 DM zu fordern

Ohne Streik werden die vereinigten Metallkapitalisten nichts zahlen – Betriebsversammlungen zur Vorbereitung des Lohnkampfes genutzt

In der letzten Woche fanden in allen VW-Werken Betriebsversammlungen statt. Eine Woche zuvor, am 6.12., hatte die große Tarifkommission der IG Metall die Tarifverträge für die VW-Werke gekündigt, eine Forderung will sie erst im Sommer aufstellen. Auf allen Versammlungen sind von verschiedenen Arbeitern Festgeldforderungen zwischen 200 und 220 DM erhoben worden, die von den Belegschaften begrüßt wurden.

Die Betriebsversammlung in Wolfsburg sprach sich dafür aus, daß die Tarifkommission in diesem Lohnkampf eine Festgeldforderung in dieser Höhe aufstellt.

Zwar hatte Personalchef Frerk (Vorstandsvorsitzender Schmücker war nicht aufgetaucht) zuerst im Sinne des SPD-Parteitages „Arbeit für alle" auf den Busch geklopft, um seine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Betriebsräten zu dokumentieren: (was nicht ohne Bedeutung für die kommenden Betriebsratswahlen für die VW-Kapitalisten ist.) „Die VW-AG gehörte 1977 zu den Unternehmen mit den höchsten Personalleistungen" und um gemeinsame Interessen vorzutäuschen „VW hätte seinen Marktanteil weiterhin verbessert. Dafür verdiene auch die Belegschaft den Dank, der ihr dafür gebührt." Das kennt man schon – nur kosten darf dieser Dank nichts. Außerdem hielten dieser Unverschämtheit mehrere Arbeiter auf der Betriebsversammlung selbst entgegen, was es mit den 11000 Neueinstellungen auf sich hat: 5000 sind wieder gekündigt worden, insbesondere kranke Arbeiter, und ständig werden die Arbeiter, die einmal krank sind, mit Entlassungen bedroht.

Redete Personalchef Frerk von internationaler Konkurrenzlage, so antwortete ihm ein Arbeiter mit dem Solidaritätsaufruf der streikenden amerikanischen Stahlarbeiter und rief zu deren Unterstützung auf. Aus zwei Abteilungen sind Solidaritätsadressen und Geldspenden zur Unterstützung des Streiks der Stahlarbeiter abgeschickt worden.

Hatten die Sozialdemokraten auf der letzten Betriebsversammlung in Wolfsburg einen kommunistischen Arbeiter durch ein organisiertes Pfeifkonzert am Reden hindern können, als er die Regierung und ihr Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz angriff, so bekräftigte diesmal die Belegschaft durch Beifall für einen Redner die Forderung nach dem Siebenstundentag und begrüßte den Beschluß des ÖTV-Hauptvorstandes zur Selbstverwaltung der Krankenversicherung ebenso wie die Forderung nach Beitragszahlung ausschließlich durch die Kapitalisten.

Der Betriebsratsvorsitzende Ehlers hatte zum Lohnkampf mehr den Arbeitern als den Kapitalisten drohend verkündet, das würde kein Sonntagsspaziergang werden. Das wissen die Arbeiter sowieso.

Vom Streik, der Waffe der Arbeiter für die Durchsetzung der Lohnforderung, redete er nicht.

„Kollegen, die Kapitalisten schließen ihre Reihen, sie rechnen mit Streik, weil sie nicht zahlen wollen. Was liegt da näher, als daß auch wir unsere Reihen schließen. Dazu gehört eine einheitliche Forderung und in dieser Tarifrunde muß diese Forderung um die 220 DM betragen." führte einer der Redner aus, zum Schluß forderte er die Versammlung auf: „ Es sitzen hier viele Mitglieder der großen Tarifkommission. Wer auch der Meinung ist, daß 200 bis 220 DM die richtige Forderung ist, klatscht am besten kräftig Beifall, damit diese Kollegen Bescheid wissen."

Auf den letzten beiden Betriebsversammlungen konnte der Betriebsausschuß des Betriebsrates, der die Versammlung leitet, noch jedesmal die Abstimmung von Anträgen unterdrücken, indem er sie nicht zur Abstimmung stellte. Nachdem die Belegschaft durch starken Beifall jedoch eindeutig ihren Willen deutlich gemacht hatte, erklärte diesmal die Versammlungsleitung lediglich: Die 220 DM seien eine bekannte KBW-Forderung, man müsse aber die Bedingungen ihrer Durchsetzung klären. Das werden die Arbeiter durch Streikvorbereitungen „klären" können. Obwohl diese „Abstimmung" keinen Beschluß ersetzt, hat sie der Selbständigkeit der Belegschaft genutzt, die Vorbereitung des Lohnkampfes anzupacken.

In wenigstens einer Abteilung ist gleich am Tag nach den Betriebsversammlungen vom sozialdemokratischen Vertrauensmann eine Unterschriftensammlung für 220 DM eingeleitet worden.

Es ist aber noch mehr nötig. Im Nordverbund hat die Gewerkschaftsführung 8,2 % und mindestens 111 DM aufgestellt. Im Tarifbezirk Niedersachsen sogar lediglich 7,8 %.

Es sind also schon jetzt Aktionen nötig, den Streik vorzubereiten für eine ausreichende Lohnerhöhung. Dann nur kann verhindert werden, daß die Automobilarbeiter von den übrigen Metallarbeitern isoliert werden und daß umgekehrt die Automobilindustrie die Stelle wird, an der die Front der Metallkapitalisten gegen die Arbeiter bricht und dies dann von der gesamten Bewegung genutzt werden kann. – (Betriebszelle VW Wolfsburg)

Buchhandel Westberlin: Warnstreik gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung

Westberlin. Beschäftigte der Buchhandlungen und Verlage in Westberlin haben am 9.12.77 einen dreistündigen Schwerpunktstreik durchgeführt. Er war bereits der zweite in diesem Jahr. Trotz schlechter Vorbereitung und großer Spaltungsversuche der Kapitalisten waren über 180 Beschäftigte auf der Straße. Bestreikt wurden die großen Buchhandlungen: Kiepert, Elwert und Meurer, M.Schöller, Camilla Speth, Heinrich Heine.

Die Berliner Verleger- und Buchhändlervereinigung hat die Manteltarifverhandlungen seit Jahren in die Länge gezogen, am Streiktag boten die Kapitalisten Verhandlungen für Januar 1978 an.

In einer Resolution der Beschäftigten von Kiepert heißt es: „Wir streiken für unsere berechtigten Forderungen, die wir nur durch Kampfmaßnahmen durchsetzen können, und nicht allein durch Verhandlungen."



Den Kapitalisten ist es gelungen, die Arbeitshetze immer mehr zu verschärfen.

Auf größerer Verkaufsfläche arbeiten heute weniger Beschäftigte. Gerade jetzt im Weihnachtsgeschäft ist man nach acht Stunden Stehen und Bücherschleppen kaputt Die 35-Stundenwoche muß erkämpft werden.

Gleichzeitig richtet sich der Streik gegen Versuche von Kapitalisten, aus dem Kapitalistenverband auszutreten und Absichten, den Lohn um 300 DM auf den Einzelhandelstarif zu drücken und die Sechstagewoche wieder einzuführen.

Auf einer Veranstaltung der HBV am 28.11.77 hatten 120 Beschäftigte den Warnstreik für folgende Forderungen beschlossen: 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, 500 DM Urlaubsgeld, zwei Tage mehr Urlaub für alle, Absicherung des 13. Monatsgehalts, Anerkennung des fünfstündigen Berufsschultages als achtstündiger Arbeitstag.

Vulkankapitalisten zahlen 50 DM an jeden Arbeiter – die 200-DM-Forderung ist mit Streik durchzusetzen!

Die Vulkankapitalisten haben Handelsschiffaufträge bis Ende 1978, zugleich beginnt 1978 die Fertigung der sechs Fregatten F 122 (die anderen beteiligten Werften produzieren nur fünf Rümpfe). Sie machen sich große Hoffnungen, darüber ins internationale Geschäft mit Kriegsschiffen einzusteigen. Die Vulkankapitalisten hegen konkrete Aussicht auf Höchstprofit trotz Werftkrise. Den Druck der industriellen Reservearmee und der geminderten Auslastung der Werft nutzen sie, um die Ausbeutung weiter mit großen Schritten zu verschärfen. So wurden jetzt Donnerstag wie Freitag je ein verunglückter Arbeiter in der Sackbahre aus dem Containerneubau gehievt – Opfer der gestiegenen Akkordhetze. Der Dampfer soll runter vom Helgen. Waren jetzt gerade eine Woche lang für den Schiffbaubereich alle Überstunden abgesetzt, so wird jetzt in zwei Schichten Samstag und Sonntag gearbeitet und 9,5 Std. die ganze nächste Woche. Zugleich sind für Januar voraussichtlich Kurzarbeitstage angedeutet. Auf der Betriebsversammlung am 13.12. hat die Belegschaft den neuen Betriebsrat aufgefordert, gegen die Akkordhetze und für einen vollen Lohnausgleich bei Kurzarbeit mit der Geschäftsleitung zu verhandeln. Den Willen zum Kampf versuchten die Kapitalisten zu spalten, indem sie anfangs der Versammlung durch den Betriebsrat verkünden ließen, daß sie eine Extrazahlung von 50 DM an alle vornehmen werden. „Freiwillig" und als „Verhandlungsgeschick" des neuen Betriebsrates. Damit sollte direkt der Aufbau der einheitlichen Streikfront für 200 DM, wie ihn bisher drei Branchen beschlossen hatten, verhindert werden. Als aber die sozialdemokratische Vertrauensleutekörperleitung dreist für die Durchsetzung der zu niedrigen 130 DM-Forderung zweier anderer Branchen eintrat, rührte sich keine Hand zum Beifall, es gab Pfiffe. Für 200 DM und den Zusammenschluß der ganzen Belegschaft unter dieser Forderung hingegen gab es starken Beifall. Eine Abstimmung darüber konnte die Versammlungsleitung verhindern. Aber bereits in der kommenden Woche wird es im Schiffbaubereich erneute Branchenversammlungen u.a. zur Kurzarbeit geben. Dort kann und muß die Einheit für Streik und 200 DM fester hergestellt werden.

Abschluß im Fahrzeug- und Karosseriebauhandwerk

Saarbrücken. Für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland wurde rückwirkend zum 1.12.77 folgende Lohnerhöhung beschlossen für das Fahrzeug- und Karosseriebauhandwerk: 4,87%, ab 1.8. zusätzlich 2% mehr. Das bedeutet für den Ecklohn eine Erhöhung von 9,02 DM auf 9,64 DM nach dem 1.8. Die Lehrlingslöhne werden um 10 bis 20 DM erhöht. Laufzeit ist 1 Jahr.

Weihnachtsräubereien

Ludwigshafen. Ein Arbeiter der BASF bekam an Weihnachtsgeld brutto 2359 DM. So stand es auf seinem Lohnzettel.

Fallen für Autofahrer

543000 DM hat die Stadt Wolfsburg 1976 an Buß- und Zwangsgeldern den Volksmassen in Wolfsburg abgepreßt. Der überwiegende Teil stammt aus der sogenannten „Ahndung von Verkehrsdelikten“, allein 120000 DM aus Verwarnungen. Ihr Anteil soll 1977 auf 150000 DM steigen. Aus „Gründen der Verkehrssicherheit“ ist vor ca. drei Jahren auf dem gesamten Teilabschnitt von Wolfsburg nach Braunschweig der Bundesstraße 248 eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 80 km/h und Überholverbot verhängt worden. Viele Wolfsburger fahren nach Braunschweig zum Einkaufen und ein großer Teil der Arbeiter des Wolfsburger VW-Werkes kommt aus den an der Strecke liegenden Dörfern oder aus Braunschweig selbst. Ihre Fahrzeit hat sich dadurch verlängert, besonders wegen des starken LKW-Verkehrs der VW-Zulieferer. Entsprechend oft werden die Verbote durchbrochen und nutzen die uniformierten Wegelagerer diese Strecke zu Plünderungszwecken.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß es sich um eine Absprache zwischen der Wolfsburger und Braunschweiger Verwaltung handelt, auf diese Art Stimmung für die Zuweisung von Bundesmitteln für den vierspurigen Ausbau der B 248 bzw. den Bau eines Autobahnanschlusses nach Wolfsburg zu machen, wiederum zum Nutzen der VW-Kapitalisten.

„Eine Untersuchung hat gezeigt, daß die Sicherheit in der Wunschliste der Automobilkäufer als Kaufgrund an vierter Stelle steht. Nach Styling, Wirtschaftlichkeit und nach dem Kaufpreis. Trotzdem sehen wir beim Volkswagen die Sicherheit unserer Automobile an erster Stelle. Alle Volkswagen der neuen Generation bieten ein Sicherheitsprogramm, das den großen technischen Fortschritt widerspiegelt, den wir auf diesem Gebiet gemacht haben“, schreiben die VW-Kapitalisten in ihrer Werbung.

Noch jemand, der selbstlos sich um den Schutz von Leib und Leben bemüht, während die Volksmassen dem schnöden Mammon nachjagen und sich von chromblitzenden Karrossen blenden lassen.

Die VW's der „neuen Generation“ zeichnen sich im wesentlichen durch das Baukastenprinzip auf Basis der selbsttragenden Karosserie aus, während Käfer und VW 1500/1600 noch aus zwei getrennten Großbauteilen, Fahrgestell mit Motor und der daraufgesetzten Karosserie bestand.

Diese Änderung ermöglichte den VW-Kapitalisten einen gewaltigen Sprung in der Plusmacherei. Vollautomatische Schweißstraßen sowie die Hängemontage mit Überkopfarbeit in großen Ausmaß konnten sie so profitabel einsetzen.

Als „höherer Insassenschutz durch formstabile Fahrgastzelle“ bieten sie jetzt an, was bei solcher Bauweise absolute Notwendigkeit ist, ein paar eingeschweißte Vierkantrohrverstärkungen aus ca. 1,2 mm Blech, damit der Wagen bei einem Aufprall nicht ganz plattgedrückt wird. Beim Käfer hat das Bodenblech aus ca. 1,5 mm Blech mit dem Mitteltunnel die Formstabilität gewährleistet. Zugleich ist bei den neuen Typen die Blechstärke der Karosserie von 0,88 mm auf 0,75 mm beim Golf (Dach 0,6 mm) reduziert worden, die tägliche Einsparung von Stahlblech bewegt sich in der Größenordnung von Tonnen. Auch dafür ist eine verkaufsfördernde Begründung schnell parat: „Die Sicherheitsforschung hat neue, differenzierte Erkenntnisse gebracht. Eine davon ist: nicht schwerer als nötig zu bauen.“

Als großer „Fortschritt in der Sicherheit“ wurde vor einigen Jahren die Einführung der VW-Computerdiagnose angepriesen, defekte Teile und sonstige „Sicherheitsmängel“ sollten dadurch angeblich schnell und mit modernsten Mitteln ausgeforscht und ausgewechselt werden können. Mit dem Modelljahr 78 ist jetzt bei allen VW-Typen das Diagnosesystem sang- und klanglos verschwunden. Arbeiter aus VW-Werkstätten haben uns berichtet, daß dieses System von vornherein „großer Beschiß“ war, innerhalb kürzester Zeit waren in dem Prüfstromkreis derartige Übertragungswiderstände und Kriechströme aufgetreten, daß die Meßwerte vollkommen verdreht waren. Mit der Begründung „Fortschritt“ haben die VW-Kapitalisten die Preise heraufgesetzt, den Werkstätten die teuren Anlagen verscheuert, jetzt bleibt der Preis, die entsprechenden Einrichtungen sind gar nicht mehr eingebaut, die Arbeitsplätze an den Endmontagebändern ebenso verschwunden.

Die kapitalistische Profitproduktion führt unweigerlich zur Fesselung der Produktivkräfte, das soll den Volksmassen als „mehr Verkehrssicherheit“ schmackhaft gemacht werden, unter demselben Aushängeschild hat der Staatsapparat ein engmaschiges Netz der Gängelung und Plünderung aufgezogen. Der Kampf der Arbeiterklasse wird mit beidem Schluß machen. – (VW-Zelle Wolfsburg)

Kein Verhandlungsspielraum

„Wir werden bei der Aufstellung der Forderung von den zu erwartenden Preissteigerungen und dem Produktivitätszuwachs ausgehen und sie danach bemessen. Um ein Prozent mehr oder weniger werden wir uns deswegen trotzdem nicht streiten“, sagte Gerd Klöver, Mitglied der Ortsverwaltung Bremen der IG Metall auf der Betriebsversammlung bei Krupp Atlas-Elektronik. Damit drückte er das gleiche aus, was Eugen Loderer folgendermaßen bezeichnete: „Wenn wir 8% fordern, so sagt das noch nichts über den Abschluß aus.“

Die folgende Tabelle gibt Aufschluß über den „Verhandlungsspielraum“ der letzten sieben Jahre:

Jahr	Forderung	Abschluß	„Verhandlungsspielraum
1970	15,0%	12,0%	20%
1971	11,0%	7,5%	fast 30%
1972	11,0%	7,5%	fast 30%
1973	11,0%	8,5%	25%
1974	18,0%	13,2%	30%
1975	12,0%	6,8%	43%
1976	8,0%	5,4%	33%
1977	8,5%	6,7%	22%

Der „Verhandlungsspielraum“, von dem die Sozialdemokraten so schwärmen, betrug zwischen 20 und 33% auf die Forderung. Im Jahre 1975 gelang es den Kapitalisten gar, die Forderung um fast die Hälfte herabzudrücken. Streiken die Arbeiter, wie z.B. 1974 die Metallarbeiter drei Wochen im Unterwesergebiet, so konnten sie den „Verhandlungsspielraum“ einengen.

Die Sozialdemokraten aber operieren nach dem Motto: Wir fordern so viel, daß wir noch was „abgeben“ können. Was aber hätten die Arbeiter abzugeben? Sie besitzen nichts und das, was sie an Lohn erhalten, müssen sie sich von den Kapitalisten erkämpfen.

Deshalb sind die Forderungen der Arbeiter so, daß sie fordern, was sie auch brauchen, was sie bereit sind zu erkämpfen und ihrer Kampfkraft und Einheit gegen die Kapitalistenklasse entspricht. Die Liebe der Sozialdemokraten zum „Verhandlungsspielraum“ ist die Politik der Klassenversöhnung, die es nicht geben kann. Sie kann nur im Streik gebrochen werden. – (Bezirk Bremen-Unterweser/N-Red.)

Das sind 135% vom Monatslohn. Der Arbeiter ist in Lohnsteuerklasse I. Netto bekam er ausgezahlt 989 DM. 1370 DM oder 58% wurden weggesteuert oder wegversichert.

Krupp – „Bemühungen um Aufträge aus den Entwicklungsländern“

Essen. „Da Krupp über umfangreiche Erfahrungen in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern verfügt, schlägt Hoffacker (Essener Bundestagsabgeordneter, CDU) in einem Brief an Kersting (Ratsherr und Mitglied des Krupp-Betriebsrates) vor, die Firma solle sich um Aufträge aus den Entwicklungsländern bemühen.“ (Westfälische Allgemeine Zeitung) Die Ship & Transport GmbH, eine Tochter der Friedrich Krupp GmbH, hat mit einer nigerianischen Binnenschifffahrtsreederei einen Vertrag zur Durchführung technischen Managements abgeschlossen. An dem deutschen Konsortium zur Planung der Binnenhäfen und Werften in Nigeria ist die Krupp GmbH maßgebend beteiligt. Der Bundestagsausschuß hat zur „Verbesserung der Beschäftigungslage im deutschen Stahl- und Maschinenbau“ Sofortmaßnahmen von 400 Millionen DM im kommenden Haushaltsjahr und 800 Millionen DM für die kommenden Jahre zur Verfügung gestellt.

Es lebe die patriotische Front! Es lebe die ZANU!

Düsseldorf. Vier Jugendliche des Henckel-Arbeitskreises der IG Chemie begrüßen die Delegation der ZANU, die sich vom 18. bis 23.12. in Westdeutschland aufhält. Aus der Resolution: „Nur zu gut kennen wir die Interessen der westdeutschen Kapitalisten, die ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung im südlichen Afrika haben. Ihr Interesse liegt in der Sicherung der Rohstoffquellen, der Absatzmärkte und der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte. So müssen die Schwarzen für einen Hungersold in den Fabriken arbeiten. Henckel besitzt u.a. auch ein Werk in Südafrika und unterstützt somit direkt das rassistische Vorster-Regime, das eng mit Ian Smith zusammenarbeitet. Unser Interesse kann nur darin liegen, daß sich sowohl das Volk von Azania als auch das Volk von Zimbabwe restlos befreit. Nieder mit dem rhodesischen Kolonialregime! Es lebe der Volkskrieg in Zimbabwe! Es lebe die Patriotische Front! Es lebe die ZANU!“

Warnstreiks in den Druckbetrieben

Westberlin. Bisher haben in 103 Betrieben Warnstreiks stattgefunden, an denen sich 9559 Arbeiter beteiligt haben. In 118 Betrieben wurden Überstunden und Sonderschichten verweigert. Dies wurde auf einer außerordentlichen Funktionärsversammlung am Mittwoch in Westberlin mitgeteilt.

Hamburg. Am 13.12. streikten in Hamburg die Belegschaften der Frühschicht von Springer, Auerdruck, Broschek, Mühlmeister und Johler, Sülter, H.D. Persichl und Bauer Druck für jeweils zwei Stunden. Bei Bauer versammelten sich nach der Mittagspause etwa 100 Arbeiter in der Kantine. In einem Brief, der telefonisch an die Tarifkommission in Frankfurt geschickt wurde, heißt es: „Die Einführung neuer Techniken muß umgehend tarifiert werden. Wir fordern Euch auf: Bleibt hart in den Verhandlungen. Keine Aufgabe unserer bekannten Forderungen. – Keine Entlassungen durch die neue Technik! – Fachkräfte der Druckindustrie an die Terminals! – 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich – Maschinensetzerlohn!“ Weiter heißt es, daß der Hauptvorstand Urabstimmung für den Vollstreik einleiten soll, wenn die Kapitalisten nichts anbieten.

Im Seehafenverlag Hamburg haben die Druckerei und der größte Teil der Handsetzerei ebenfalls Dienstag für zwei Stunden stillgestanden, die Maschinensetzer arbeiteten weiter.

Darmstadt. Letzte Woche wurden alle Überstunden in der Firma May und Co. verweigert, trotz massiver Drohung der Geschäftsleitung.

Darmstädter Echo. Am 11.12.77 fand eine Vertrauensleuteversammlung der Gewerkschaft statt, die zur Ausrichtung der gewerkschaftlich organisierten Kollegen, zur Ablehnung der Überstunden diente. Am Donnerstag fand beim „Echo“ eine Betriebsversammlung statt.

Groß-Gerau. Heimatzeitung. Durch die Verweigerung von Überstunden wurde der Druck und die Auslieferung der Zeitung verzögert. Die „Heimatzeitung“ gehört dem Herrn Bach vom „Darmstädter Echo“.

Bensheim. Durch Ablehnung der Überstunden wurde die Herausgabe des „Bergsträßer Anzeigers“ verzögert.

Stuttgart. Am Donnerstag vormittag haben 350 Kollegen für einige Stunden bei der Firma Belser die Arbeit niedergelegt und sind in einem Demonstrationszug durch die Innenstadt zum Gewerkschaftshaus gezogen. Gestreikt wurde für die Absicherung des Lohns und des Arbeitsplatzes in den Anhängen zum Manteltarifvertrag.

Wiesbaden. Am Dienstag hat während der Verhandlungen bei den Wiesbadener

Mahleins „gezielter Boykott einzelner Produkte“

Ob die Druckkapitalisten und Zeitungsverleger ihren Weihnachtsfrieden kriegen, wird man erst noch sehen – Demonstration der Druckarbeiter in Hamburg beschlossen

Unter dem Druck von Streikaktionen der Setzer und Druckarbeiter in den letzten zwei Wochen wurde der Geschäftsführende Hauptvorstand der IG Druck vom erweiterten Vorstand am letzten Samstag „ermächtigt“, zu größeren Kampfaktionen zu kommen.

Wie sich der Geschäftsführende Vorstand diese größeren Kampfaktionen vorstellt, erläuterte Mahlein Montag der Presse: „Ein Arbeitskampf könne auch Maßnahmen umfassen, die bis zum Boykott bestimmter Produkte gehen.“ Ein solcher Streik „solle dort den Widerstand brechen, wo er bisher am härtesten war“ und „...ein längerer Arbeitskampf könne dank der Solidarität des DGB und seiner Einzelgewerkschaften finanziell durchgehalten werden“. Noch aber scheint es nicht so weit zu sein, schreibt das „Handelsblatt“ vom 10./11. Dezember und verweist auf das für den Dienstag angesetzte Spitzengespräch zwischen Vertretern der Druck und Papier und der Druckkapitalisten und Zeitungsverleger wie auf den „für beide Seiten annehmbaren Kompromiß“, von dem Mahlein gleichzeitg am Montag redete.

Die alte Leier. Die Druckarbeiter haben noch gut in Erinnerung, daß im Streik vor zwei Jahren die Schwerpunktstreiks gegen einzelne Zeitungsverleger mit Aussperrung durch die Druckkapitalisten beantwortet wurden. Daß Mahlein, während die Druckarbeiter zum zweitenmal die Streikfront für 140 DM mindestens aufbauten, im Fernsehen von der „Sechs vor dem Komma“ redete. Mahlein denn auch prompt nach dem „Spitzengespräch“ am Dienstag letzter Woche: „Bis jetzt besteht kein Anlaß zu einem Arbeitskampf“ (Welt, 14.12.). Nach erleichterter Darstellung der Kapitalisten heißt es dort auch: Der Wille zum Weiterverhandeln wurde auf beiden Seiten sichtbar. Wir streben zumindest für die allernächste Zukunft die kleinere Lösung an: „den Weihnachtsfrieden zu sichern“.

Genaueres ließen beide Seiten nicht raus. Worauf die „Wege, die für die konkreten Verhandlungen gefunden“ wurden, hinsteuern, ist allerdings absehbar. Wird von den Kapitalisten gesagt: „Soziale Härtefälle solle es auf keinen Fall geben“ und offerieren sie ihr Angebot „Ausgleichszahlungen, Mobilitätshilfen und Umschulungen“, so ist die Richtung, den die Auseinandersetzungen um den Tarifvertrag über die Auswirkungen der neuen Technik nehmen sollen, doch klar, der Lohn muß drastisch gedrückt werden. Notfalls auf Umwegen: „... bei Umschulungsmaßnahmen durch das Arbeitsamt wollten die Betriebe zusätzliche Zahlungen leisten, damit der bisherige Lebensstandard weitgehend erhalten werde, ein Jahr lang soll die Differenz von altem und neuem Lohn ausgeglichen werden“ (FAZ, 13.12.). Die sozialdemokratischen Funktionäre vom Hauptvorstand müssen erstmal die Lage entspannen.

Erst die Setzer auf den Ecklohn drücken (10,17 DM), dann läßt sich durch Umsetzungen weiter nachstoßen. Angepeilt wird, nicht vor Mitte Januar zu Ergebnissen zu kommen – bis dahin, so die Hoffnungen, soll die Kampfkraft der Druckarbeiter kleingekriegt werden.

Die Arbeiter in den Druckbetrieben haben nicht vor, auf diese Manöver einzugehen, sie verlangen Übernahme aller betroffenen Arbeiter an die neuen Geräte, Bezahlung nach Maschinensetzerlohn, nicht länger als vier Stunden an den Bildschirmgeräten, längere Pausen und fordern den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich. Zur Festigung dieser Front werden große Anstrengungen gemacht.

Die ordentliche Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg hat am Montag, 12.12. beschlossen:

1. Am Dienstag einheitlich in allen Druckbetrieben zwei Stunden Warnstreik;
2. Am Montag, 19.12., einen Sternmarsch durchzuführen aus dem ganzen Landesbezirk nach Hamburg, dort Demonstration und Kundgebung während der Arbeitszeit;
3. Auf der nächsten Delegiertenversammlung Einleitung der Lohndebatte (Januar);
4. Zurückweisung des Nannen-Briefes gegen die IG Druck, Unterstützung einer Resolution von Gruner (Es wurde gegen den Brief am Montag in Itzehoe seit 13.20 Uhr gestreikt, Rotation, auch in anderen Abteilungen gab es Arbeitsniederlegungen). – (N-Red.)

Brief peruanischer Bayer-Arbeiter an die Gewerkschaft und Arbeiter von Bayer

Sindicato de Trabajadores de Bayer Industrial S.A.

An den Generalsekretär der Arbeitergewerkschaft von BAYER-Leverkusen *Lima, den 10.4.1977*

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

mit diesem Schreiben übermitteln wir Ihnen unsere solidarischen Grüße. Wir sind Gewerkschaftsführer der Arbeitergewerkschaft von BAYER Industrial S.A. in Lima, Peru. Insgesamt sind in diesem Unternehmen 520 Arbeiter beschäftigt. Wir schreiben Ihnen, weil wir zum einen eine enge Beziehung mit Ihrer Gewerkschaftsorganisation herstellen und zum anderen von den verschiedenen Problemen berichten möchten, vor die wir uns gegenwärtig gestellt sehen.

Hier in Peru, einem unterentwickelten, vom US-Imperialismus dominierten Land mit einer Militärregierung, die nichts anderes als die Marionette dieser ausbeuterischen Polypen ist, durchleben wir zur Zeit eine schwere Wirtschaftskrise. Es wurde der Ausnahmezustand verhängt, nicht einmal die grundlegenden demokratischen Rechte werden respektiert, Repression und Folter stehen auf der Tagesordnung. Ebenso politische Morde. Wir dürfen nicht streiken, unsere Löhne und Gehälter wurden eingefroren.

Dies ist die eine Seite der Situation, in der wir uns befinden. In BAYER Industrial S.A., dem multinationalen Unternehmen mit deutschem und kanadischem Kapital, wird uns Tag für Tag eine höhere Produktionsleistung abgepreßt, die Maschinen stehen keine Minute still, denn wenn das der Fall wäre, würde man uns nach dem neuesten Gesetz D.S. 011-76-TR, das Arbeitsministerium und Unternehmer gemeinsam zu verantworten haben, der „Sabotage“ oder „Minderung“ der Produktion beschuldigen. In der Zeit vom 1. Januar 1977 bis heute wurden in BAYER Industrial S.A. 6 Arbeiter willkürlich und ohne jede Erklärung entlassen. Alle 6 sind Familienväter, die Ernährer bescheidener Haushalte und schulpflichtiger Kinder. Ohne Arbeit ist die Lage dieser Familien extrem kritisch.

Ende Juni dieses Jahres soll ein neues „Arbeitsplatzschutzgesetz (Ley de Estabilidad Laboral)“ erlassen werden, das es den Unternehmern ermöglichen wird, 10 Prozent des Personals zu entlassen, unsere Lohnforderungen hatten wir im Juli 1974 eingereicht, aber am 19. Oktober wurden sie vom Arbeitsministerium verweigert. Damit wurden wir unserer gerechten Forderung beraubt: Familienunterstützung, Schichtvergütung, Lebensmittelhilfe, Weihnachtsgratifikation und Vergütung für die nationalen Feiertage. Die Unternehmensleitung profitiert bei diesen Entlassungen von dem Ausnahmezustand.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär, wir klagen vor Ihrer Gewerkschaft diese politische, soziale und ökonomische Situation an, in der wir uns befinden. Die geheiligten Rechte der Arbeiter werden von den Unternehmern verletzt, d.h. der 8-Stundentag, das Streikrecht, die Vorlage von Lohnforderungen, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht, das Recht, Vollversammlungen durchzuführen und uns politisch zu organisieren. Wir bitten Sie, diese unsere Situation in Ihren Veröffentlichungen zu berücksichtigen und Ihren Protest zu erheben gegen diese Angriffe auf die Arbeiterschaft, gegen die Verfolgung von Sozialkämpfern und Gewerkschaftsführern, die verhaftet wurden und noch im Gefängnis sitzen, die deportiert wurden oder die einfach verschwunden sind. Obwohl Peru Mitglied der Vereinten Nationen ist, werden hier in unserem Land die Menschenrechte ständig mißachtet.

Wir hoffen, daß diese unsere Sorgen und Probleme Ihr Gehör finden werden und daß wir auf diese Weise mit Ihnen in brüderlichem Kontakt verbleiben können. Denn es darf nie vergessen werden, daß auch die Arbeiter in Westdeutschland unsere Klassenbrüder sind.

Mit solidarischen Grüßen

gez. Secretario General Sec. Defensa Sec. Organizacion

Dieser Brief, der an die Gewerkschaftsführung gerichtet war, wurde bisher von ihr nicht veröffentlicht. Aus gutem Grund. Gegenwärtig tun die Bayer-Kapitalisten alles, um auf den Abteilungsversammlungen, in den Pressekonferenzen, in der Lokalpresse, in der Werksberufsschule die Arbeiter und Angestellten für die „Wettbewerbsfähigkeit“ von BAYER zu gewinnen. Und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer lassen keine Gelegenheit ungenutzt, ins selbe Horn zu stoßen. 10 Gewerkschafter haben beschlossen, den Brief aus Peru in ihren verschiedenen Abteilungen zu diskutieren und eine Antwort zu schreiben.

Wiesbaden. Am Dienstag hat während der Verhandlungen bei den Wiesbadener Graphischen Betrieben ein einstündiger Warnstreik stattgefunden. 60 Arbeiter aus Offsetsatz und Kopie haben den Streik durchgeführt und verabschiedeten eine Resolution an den Hauptvorstand der IG Druck, daß sie hinter den Forderungen stehen und Schwerpunktstreiks fordern.

Jusos Norderstedt wegen Energieprogramm ausgetreten

Norderstedt. Auf einer Veranstaltung der Bürgerinitiative Umweltschutz (BUU) Norderstedt mit Vertretern der bürgerlichen Parteien SPD und FDP und Fritz Storim als Vertreter der BUU Hamburg ist es den Parteien nicht gelungen, ihr Energieprogramm zu verkaufen. 7 Norderstedter Jusos, das gesamte Kollektiv der Jusos, sind aus der SPD ausgetreten, weil sie die Beschlüsse zum Energieprogramm und zum Kontaktsperregesetz nicht mittragen wollen.

Beispiel der britischen Feuerwehrleute macht Schule

Westberlin. Über 500 Feuerwehrleute demonstrierten zu Fuß und mit etwa 100 Autos am 8. Dezember zum Schöneberger Rathaus. Die Feuerwehrleute führen den Kampf gegen die Folgen der Rationalisierung. 1970 hatte der Westberliner Senat ein Rationalisierungsinstitut-Wirtschaftsinstitut AG, Düsseldorf, beauftragt, die Personallage zu überprüfen. Die Folge: Die Besatzung der Löschfahrzeuge wurde reduziert. Die Feuerwehrleute haben eine Normalarbeitszeit von 60 Stunden die Woche. Ihr Dienst geht jeweils 24 Stunden. Oft kommt es vor, daß ein Feuerwehrmann über zehn mal hintereinander Dienst machen muß (24 Stunden Dienst, 24 Stunden frei), Überstunden werden nicht bezahlt.

Eine Delegation der Demonstranten forderte den Vorsitzenden des Innenausschusses des Westberliner Senats auf, ausreichend Planstellen zur Verfügung zu stellen und die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Westberliner Feuerwehr ist die einzige Berufsfeuerwehr, die noch eine 60-Stundenwoche im Einsatz sein muß.

Den Westberliner Senat hat es bei seiner Reduzierung der Belegschaft nicht für fünf Pfennig gekümmert, ob das dem „Anspruch" der Bevölkerung auf Sicherheit schadet, im Gegenteil, das nehmen die bürgerlichen Politiker bewußt in „Kauf". Zahlen brauchen sie nicht dafür. Gehen die Feuerwehrleute von ihren Interessen aus, sind sie am besten in der Lage, bei einem Brand, zum Beispiel in einem dichtbevölkerten Arbeiterviertel, einzugreifen.

einmal die grundlegenden demokratischen Rechte werden respektiert, Repression und Folter stehen auf der Tagesordnung.

Lohnforderungen hatten wir im Juli 1974 eingereicht, aber am 19. Oktober wurden sie vom Arbeitsministerium verweigert.

Land die Menschenrechte ständig mißachtet.

Wir hoffen, daß diese unsere Sorgen und

in ihren verschiedenen Abteilungen zu diskutieren und eine Antwort zu schreiben.

Fischereikapitalisten:

Auf der Suche nach „neuem Zuhause" Pressedokumentation

„Arzt und Polizei für die Fischerei/Beste Ausrüstung für Hilfe auf See. Der Bewegungsraum der deutschen Hochseefischereiflotte wird immer mehr eingegrenzt – durch 200 Meilen breite Fischereischutzzonen vor fischreichen Küsten. Deshalb mag die Indienststellung eines neuen Fischereischutzbootes zum gegenwärtigen Zeitpunkt, unmittelbar zum Auslaufen des deutsch-isländischen Fischereiabkommens, geradezu als Widerspruch erscheinen. Doch im Gegenteil: Gerade wegen der ‚Vertreibung' deutscher Fischer aus traditionellen Fanggebieten wird der Aktionsradius des Fischereischutzes größer, weil Trawler und Fangfabrikschiffe sich in immer neuen Gebieten ein neues Zuhause suchen müssen und auch hier nicht auf hoheitliche Hilfestellung verzichten können." (Hamburger Abendblatt, 10.12.)

„Deutsche Fischfänge stammen zu 35% (150000 t) aus dem ‚EG-Meer' und zu 65% (280000 t) aus den 200-Seemeilenzonen von Drittländern. (Handelsblatt, 13.12.)

Chauvinismus, um das imperialistische Expansionsprogramm durchzusetzen

„Das Fischangebot wird knapper. Ein kräftiger Preisauftrieb gerade bei Frischfisch ist unvermeidlich. Kabeljau und Rotbarsch sind bald keine Volksnahrungsmittel mehr. Hausfrauen, Handel und Industrie spüren es. Rund 40000 Arbeitsplätze zwischen Emden und Lübeck sind vom Fisch abhängig. Ein Teil davon ist ernsthaft gefährdet. Schon rechnen Hochseefischer mit der bitteren Notwendigkeit, Fangschiffe stillegen zu müssen. Neue ferne Fanggebiete können aus der Not helfen. Die deutsche Fangflotte muß neue Kontinente ansteuern – bis nach Südamerika. Damit werden auch bisher kaum beachtete Fischsorten auf den Markt kommen." (Welt, 5.12.)

Kampf um die Hegemonie im „EG-Meer"

„Engländer und Iren wollen nicht teilen. (Sie bestehen) auf einer Regelung, die ihren Fischern innerhalb eines Küstenstreifens bis zu 50 Seemeilen ausschließliche oder wenigstens bevorzugte Fangrechte zuerkennt." (Welt, 5.12.)

„Die Inselgruppe der Fräröer hat mit der Sowjetunion ein zehnjähriges Fischereiabkommen geschlossen, das gegenseitige Fischerei- und Meeresforschungsrechte vorsieht.

Mit der Absprache mit der Sowjetunion haben die Fräröer eine Art Konsequenz daraus gezogen, daß sie für die EG ein Drittland sind. Die Nato nimmt das mit Skepsis zur Kenntnis, denn der Zugang sowjetischer Forschungsschiffe zur 200-Seemeilenzone beeinträchtigt die Überwachung des strategisch wichtigen nordatlantischen Gebiets von den Beobachtungstationen auf den Fräröern." (Handelsblatt, 7.12.)

„Starke Bedenken wurden auch von der Bundesmarine geltend gemacht. Nach der Ausdehnung der Küstengewässer auf zwölf Seemeilen würden die geplanten Wirtschaftszonen bedeuten, daß in der Nord- und Ostsee ‚nicht der kleinste Zipfel hohe See' übrig bleibe. Dies sei für die Nato unzumutbar, da beispielsweise die Bundesmarine in der Ostsee keine Übungsmöglichkeiten mehr habe." (Kieler Nachrichten, 8.12.)



„Die Karte zeigt, in welchen Regionen künftig welche Mengen an Fisch gefangen werden sollen ;"
(Die Welt, 5.12.) – (N-Red.)

Was die Fortschreibung des imperialistischen Energieprogramms eintragen soll

Am 14.12.77 hat die Bundesregierung ihr imperialistisches Energieprogramm „fortgeschrieben". „Fortgeschrieben" in Richtung verschärfter Ausplünderung der Volksmassen, verstärkter Subventionierung der Energiekapitalisten, Bereitstellung von viel und billiger Energie für die Expansion der westdeutschen Imperialisten und Beschleunigung des Baus und Exports von Kernkraftwerken zu diesem Zweck.

Das Ganze läuft unter dem Namen „Sicherung der Energieversorgung bis zum Jahr 2000". Beschlossen wurde eine Energiepolitik, „die der Kohle den Vorrang gibt, die Sparmaßnahmen verstärkt und einen begrenzten Ausbau der Kernenergie zuläßt". (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.12.77). Zum Teil hat die Bundesregierung schon herausgelassen, was dieses Programm die Volksmassen kosten soll. So soll die Erhöhung der Heizölsteuer von 10 auf 20 DM pro Tonne, das bedeutet eine Preiserhöhung um einen Pfennig pro Liter leichten Heizöls, für die Kassen der Imperialisten 500 Millionen Mark mehr im nächsten Jahr einbringen. Die gleiche Summe mehr soll über einen „regionalen Ausgleich" beim Kohlepfennig eingetrieben werden. Diese Sondersteuer, aus der bereits jetzt zur Hälfte die Subventionen für die Bergbaukapitalisten, die für 1978 vier Milliarden Mark betragen sollen (1971 waren es noch 1,2 Milliarden), bezahlt werden, wird derzeit noch regional in unterschiedlicher Höhe erhoben. Sie soll nach oben „angeglichen" werden.

Der ganze Umfang des geplanten Raubzugs wird deutlich, wenn man betrachtet, was die „Fortschreibung" den Imperialisten insgesamt eintragen soll. Die Bergbaukapitalisten fordern noch einige 100 Millionen mehr als „Überbrükkungshilfe" (Ruhrkohle-AG Chef Bund im „Spiegel", Nr. 51). Ein „Energiesparprogramm", das 4,35 Milliarden kosten soll, muß finanziert werden. Damit sollen nach Aussage der Bundesregierung „energiesparende Isolierungen an Gebäuden und die Entwicklung energiesparender Techniken" gefördert werden. „Bund und Länder" sollen diese Summe zu je 50% „aufbringen" (Süddeutsche Zeitung v. 15.12.77).

Der Bund will seinen Anteil über die Verdoppelung der Heizölsteuer aufbringen (Stuttgarter Zeitung 15.12.77). Dazu werden die angegebenen 500 Millionen mehr nicht reichen. Mehr als zwei Milliarden soll diese Erhöhung also die Volksmassen kosten. Den Ländern wird in der „Fortschreibung" empfohlen, ihren Anteil über die Abschaffung des Stromtarifs II hereinzuholen. Dessen Abschaffung sei auch noch fördernd für die Energieeinsparung, denn „er passe sowieso nicht mehr in die Landschaft" (Lambsdorff), weil verbrauchsfördernd. Nach diesem Tarif müssen private Abnehmer – nicht die Industrie, die hat eh billigste Sondertarife und soll sie auch nach der „Fortschreibung" behalten – ab einer bestimmten Höhe des Verbrauchs, pro Kilowattstunde weniger bezahlen. Wer viele Haushaltsgeräte hat und braucht, weil die Arbeit sonst nicht zu schaffen ist, weil die ganze Familie schon in die Lohnarbeit gepreßt ist, soll zahlen. Angleichung nach oben an den „Normaltarif" soll stattfinden und nochmal über zwei Milliarden aus den Taschen der Volksmassen einbringen. Einbringen soll die „Fortschreibung" den westdeutschen Imperialisten vor allem aber den beschleunigten Bau und Ausbau von Kernkraftwerken und deren zügige Inbetriebnahme in der BRD; Voraussetzung für billige Energie für die Expansion und den Export von Kernkraftwerken.

Angesichts des anhaltenden Widerstands der Volksmassen gegen diese Pläne kann das nicht offen angesprochen, sondern muß Nebel verbreitet werden. Auf den Parteitagen von SPD und FDP und der Kundgebung der DGB-Führung für Kernenergie wurde dieser Teil der „Fortschreibung" vorbereitet.

„Vorrang der Kohle" und „Deckung des unbedingt notwendigen Restbedarfs", der trotz „Einsparung" verbleibt, durch Kernenergie lautet die Formel dafür bei der Bundesregierung.

Die Kohle kann auch bei „Vorrang" allenfalls eine minimale Grundversorgung mit Energie ermöglichen, die Milliarden für ihre Subventionierung und das „Sparprogramm" sollen von den Massen geplündert werden. Der „Restbedarf" ist der Bedarf der Imperialisten für die Erreichung der oben genannten Ziele. – (S-Red.)

Schikane und Entlassungsdrohung

ideologische Vorbereitung des Fregattenbaus bei HDW

Kiel. Seitdem bekannt ist, daß auch auf der HDW-Werft in Kiel eine Fregatte der Bundesregierung gebaut wird, haben die Kapitalisten mit der Ausweitung der Sonderausweise begonnen. Die Arbeiter müssen sich vom MAD überprüfen lassen. Erfaßt wird auf vielen Seiten alles in den letzten 10 Jahren. Vom Wohnsitz über Mitgliedschaften in Organisationen bis hin zu Verwandten in der DDR. Die schikanösen Torkontrollen sind ebenfalls verschärft worden. Wer seinen Ausweis nicht mitbringt, muß wieder nach Hause, ihn holen. Das bedeutet Arbeitsausfall, der nicht bezahlt wird.

Die Arbeiter, die bei HDW im Besitz eines Sonderausweises sind, haben Anfang des Monats ein Schreiben des Sicherheitsbeauftragten hinter ihrer Stempelkarte gefunden. Es gibt Aufschluß darüber, wie die Bourgeoisie darangeht, die „Aufmerksamkeit" der Arbeiter auf eine „präzise Durchführung der Sicherheitsbestimmungen" zu lenken.

„Seit nunmehr fast 20 Jahren führt die Werft Aufträge der Bundesregierung und ausländischer Regierungen aus und hat sich mit dieser Sonderfertigung im internationalen Schiffbau einen Namen gemacht.

Wenn auch seinerzeit die Aufnahme dieser Fertigung angesichts nicht vollends beseitigter Trümmer des zweiten Weltkriegs und voller Auftragsbücher für Handelsschiffneubauten auf wenig Verständnis bei der Belegschaft stieß, gegen den imperialistischen Krieg und dessen Vorbereitungen durch die Bourgeoisie eingestellt. Mit offenen Drohungen und mit ideologischen Umnebelungen geht die Bourgeoisie daran, diesen Widerstand zu brechen.

„Regierungen, die für die Sicherheit ihrer Gebiete und Völker verantwortlich sind, werden immer bestrebt sein, die zu diesem Zweck einzusetzenden Mittel geheim zu halten. Damit die Leistungsfähigkeit der Mittel nicht schon bei der Fertigung bekannt wird, erhält der Hersteller Auflagen, die ihn verpflichten, gewisse Angaben über Teile, Beschreibungen und vor allem über die Leistung nicht an Unbefugte weiterzugeben. Neben ordentlicher und fachgerechter Fertigung wird es also auch von der präzisen Einhaltung der Geheimschutzauflagen abhängig sein, ob dem Unternehmen weitere Aufträge erteilt werden."

„Deshalb beachten Sie bitte jetzt und künftig die Ihnen bekannten Geheimhaltungsbestimmungen genau, denn auch die Erhaltung Ihres Arbeitsplatzes kann davon abhängig sein." Was heißt das anderes als: Wer sich widersetzt, der fliegt?

Wie notwendig solche „Wiederholungsbelehrungen" für die Bourgeoisie sind, sieht man daran, daß viele Arbeiter diesen Brief samt „Empfangsbestätigung" (unterzeichnet zurück!) am liebsten gleich verbrannt hätten. Auch die unverzügliche Weitergabe des Briefes an die Revolutionäre gehört si-

Festgeld; Mindestbetrag und Prozente; Sockel und Prozente; Prozente

Lohnforderungen der IG Metall, Nettoertrag bei Steuerklasse IV, 2 Kinder

a) Nordverbund (Hamburg, Bremen, Schleswig, nordwestl. Niedersachsen): 8%, mindestens aber 111 DM
b) Niedersachsen: 7,8%, aber mindestens 107 DM
c) Baden-Württemberg: 8%, Anhebung Lohngruppe I und II auf Lohngruppe III (entspricht: 8% plus 50 DM bis Bruttolohn von 1250 DM, dann 8%)
d) Westberlin: 7,5% plus 2% für Lohngruppen I und II
e) Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland, Rheinland-Pfalz, Bayern: 8%

DM: 210, 200, 190, 180, 170, 160, 150, 140, 130, 120, 110, 100, 90, 80, 70, 60, 50, 40, 30, 20, 10

220 DM, 170 DM, 120 DM, Festgeld-Forderung, 70 DM, 20 DM

400 500 600 800 1000 1500 2000 3000 4000 5000 6000 8000 Bruttolohnerhöhung in DM

Alle Wege der Klassenversöhnung führen zur Spaltung des Kampfes der Arbeiter

Wenn die IG Metall und die Gewerkschaften der öffentlichen Dienste neue Tarife abgeschlossen haben, dann liegt der Marktpreis für die Ware Arbeitskraft in der BRD und in Westberlin im wesentlichen fest. Denn die Metallkapitalisten beuten über vier Millionen Arbeiter und Angestellte aus, und der bürgerliche Staatsapparat beschäftigt Personal von ebenfalls mehr als vier Millionen. Diese über acht Millionen machen ungefähr 40% der Lohnabhängigen in der BRD und Westberlin aus. Unter welchen Forderungen diese Millionen in den Kampf ziehen und mit welchen Ergebnissen sie da herauskommen, ist von offensichtlicher Bedeutung. Für die Kapitalistenklasse und für die Arbeiterklasse.

Das Interesse der Kapitalistenklasse an diesen Löhnen ist doppelter Art. Sie wollen erstens niedrige Löhne, d.h. der Masse nach eine Lohnsenkung, und sie wollen zweitens eine Verteilung der Lohnmasse auf die einzelnen Arbeiter, die ihnen in ihren Ausbeuterkram paßt. Es geht von seiten der Kapitalisten nicht nur um die Lohnkosten im Ganzen, sondern vor allem auch um die Verteilung dieser Lohnkosten auf die einzelnen Entlohnungsklassen.

Das Interesse hinsichtlich der Verteilung darf man nicht unterschätzen. Es ist gewaltig. Wir haben schon oft davon geschrieben und wollen hier nur kurz zusammenfassen. Den Kapitalisten geht es um:

1. Eine Senkung der Massen von Geldern, die sie als Lohngelder an die Arbeiter zahlen müssen.

2. Indem sie diese Geldmasse senken, wollen sie einen gewissen Prozentsatz an Lohnabhängigen aus der Masse der Lohnabhängigen herausheben und deutlich abgrenzen. Dadurch wollen sie eine Rotte von Antreibern gewinnen, die funktioniert, weil sie auch Furcht hat, in erheblich niedrigere Entlohnungsklassen abzustürzen. Dazu ist nicht erforderlich, daß diese etwa viel verdienen, sondern nur, daß die große Masse erheblich weniger hat.

3. Hauptanliegen der Kapitalistenklasse ist deswegen die Senkung des Durchschnittslohnes für durchschnittliche

so hat sich diese Maßnahme aus heutiger Sicht dennoch als richtig erwiesen."

Hartnäckig ist die Arbeiterklasse

cher nicht zur „präzisen Durchführung der Sicherheitsbestimmungen", sondern eher zur präzisen Vorbereitung der Revolution! – (Bezirk Holstein)



Göttingen. Über Verhaltenstherapie und Lerntheorie forscht und lehrt Herr Professor Bredenkamp in Göttingen. Ratten werden in einen Käfig gesperrt, mit zwei Kammern, und einer Verbindungstür. Unter Elektroschock „antrieb" sollen sie lernen, schnell die Verbindungstür zur jeweils anderen Kammer zu finden. „Fluchtlernen" heißt sowas. „Man kann Ratten und andere Organismen zu beliebigem Verhalten erpressen, wenn man sie isoliert und dann unter Strom und Hunger setzt", führen die bürgerlichen Psychologen dazu aus. Der akademische Rat Franz Dick hat diese Forschung des Institutsdirektors als „flach und heruntergekommen" angegriffen. Er hat die Studenten gegen diese „Wissenschaft" aufgehetzt. Er hat angegriffen, daß der saubere Herr Professor diese „Erpressertheorie" im Interesse der Kapitalistenklasse betreibt, die die Arbeiterklasse erpreßt, unter den Bedingungen der Ausbeutung zu arbeiten. Die Bourgeoisie hat Franz Dick daraufhin suspendieren lassen. Jetzt ist er und noch einige Studenten zu 5, 4 und 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden wegen „Nötigung, Hausfriedensbruch und Freiheitsberaubung". Sie hatten den Professor aufgesucht und eine Stellungnahme gegen die Suspendierung verlangt. An mehreren Tagen haben jeweils 1 300 Studenten gegen diese Prozesse demonstriert. Der Kampf ist mit den Urteilen überhaupt nicht beendet. Der Angriff auf die bürgerliche Wissenschaft wird organisiert, die Veranstaltung von Franz Dick soll weitergeführt werden. Das sind Schläge für die Bourgeoisie. Ihre Reaktion beweist das.

„Konzertierte Aktion" im Gesundheitswesen

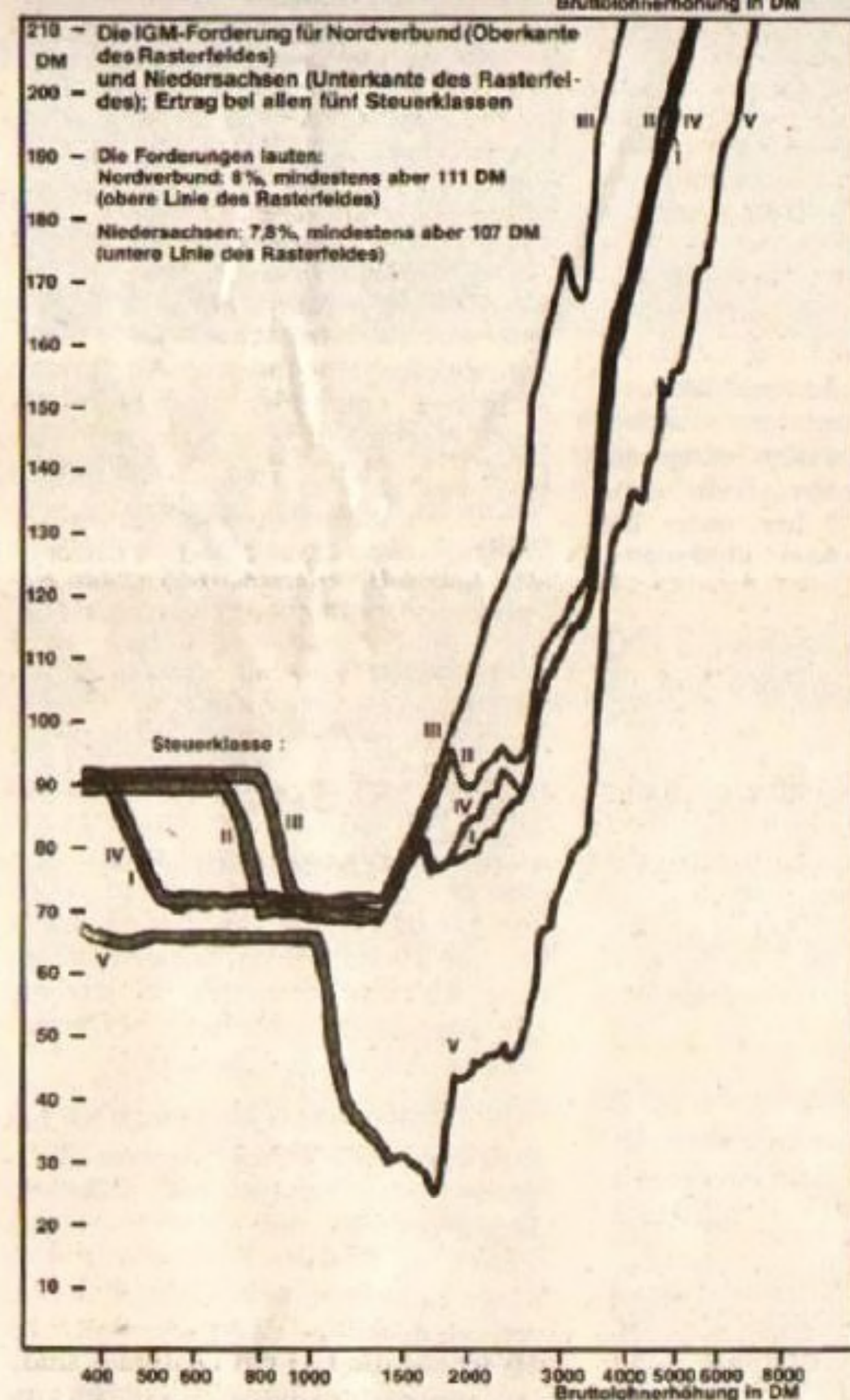
Der Hunger der Finanzbourgeoisie auf die Versicherungsgelder ist nicht gestillt / Ehrenberg vorgeschickt

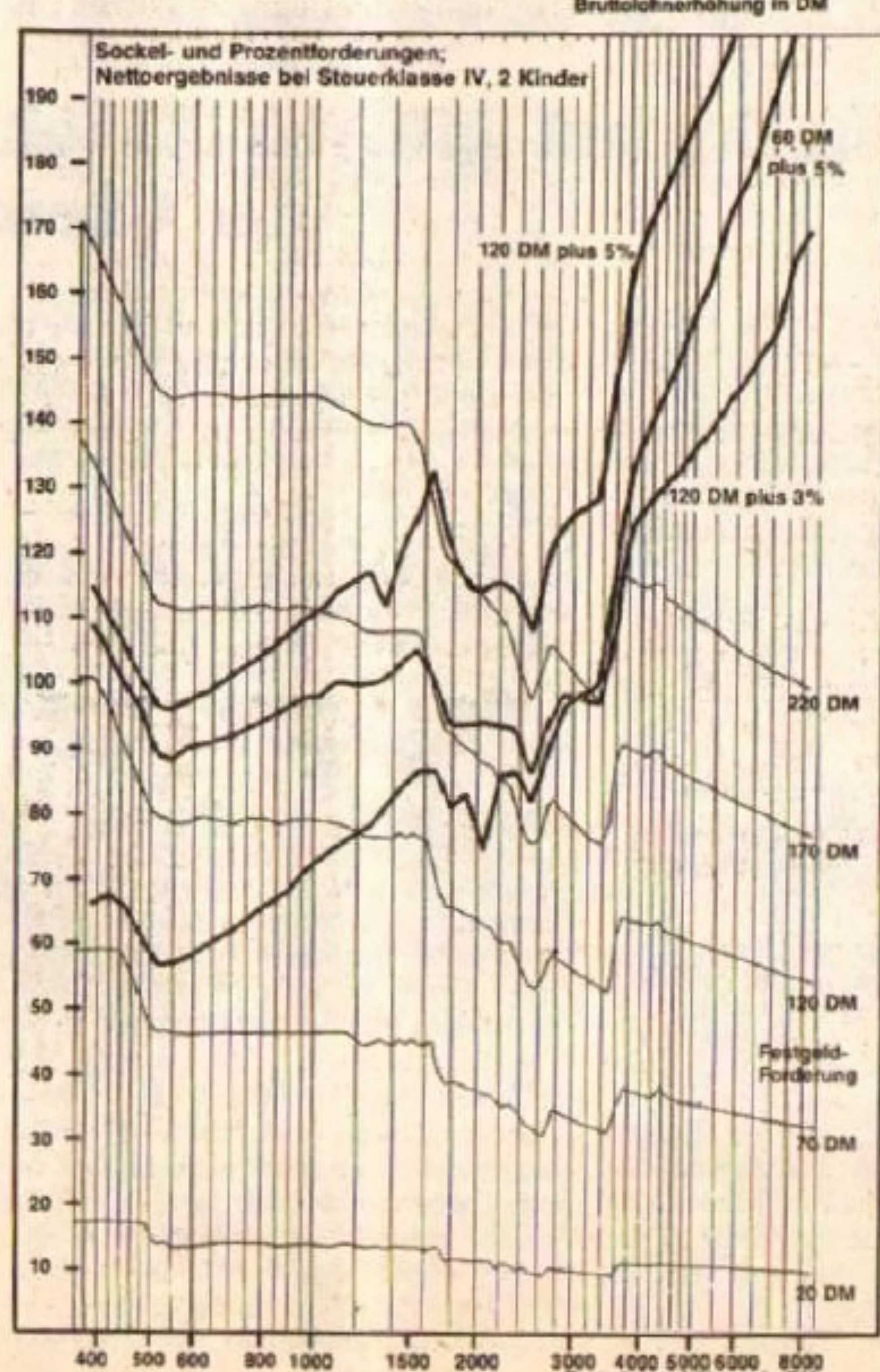
Bonn. Am 12.12. fand die erste Sitzung der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen statt. Nach Vorstellungen Ehrenbergs soll die konzertierte Aktion Anfang März die Empfehlungen für die Veränderung der kassenärztlichen Vergütungen, der Arzneimittelhöchstbeträge, der Ausgaben für Krankenhauspflege und anderer wichtiger Ausgabenbereiche beschließen. Auch für den Krankenhausbereich sollen Ausgabenhöchstbeträge beschlossen werden, was den Vorstellungen der Krankenkassen entspricht. Ehrenberg bedauerte, daß der Krankenhausbereich aus dem Kostendämpfungsgesetz ausgeklammert worden ist. Ziel der konzertierten Aktion sei nicht nur die kurzatmige Dämpfung des Kostenanstiegs, sondern die Steigerung der Effizienz und Effektivität im Gesundheitswesen. Das Verhältnis von Leistung und Kosten müsse verbessert werden. Die Bundesregierung sei verpflichtet, bis Ende 1981 dem Gesetzgeber einen Bericht über die Erfahrungen der konzertierten Aktion vorzulegen. Sofern nötig, müsse die Regierung auch Vorschläge für gesetzgeberische Maßnahmen machen.

Angestellte und Beamte des Landes Hessen müssen nach Erlaß des hessischen Innenministers Gries jetzt schon für den ersten Krankheitstag eine ärztliche Bescheinigung vorlegen.

Das DGB-Bundesvorstandsmitglied Gerhard Schmidt, für den öffentlichen Dienst zuständig, hat sich entschieden dagegen ausgesprochen, daß den Beamtenfamilien vom dritten Kind an insgesamt eine Zuwendung von netto 285 DM zugestanden werde, was die Bundes- und Länderregierungen erwägen, gestützt auf das „Kindergeld-Urteil" des Bundesverfassungsgerichts vom März 1977. Das Urteil, so G. Schmidt, laufe auf Privilegierung der Beamten hinaus.

Als ein Thema, über das man unter Umständen reden könne, hat das DGB-Bundesvorstandsmitglied Gerhard Schmidt, zuständig für den öffentlichen Dienst, den Vorschlag des Vermittlungsausschusses bezeichnet, die Beamtenanwärter auf BAFöG oder öffentliche Graduiertenförderung zu setzen.





Arbeit. Nur hier ist auch eine wirkliche „Entlastung" herauszuholen.

4. Damit aber dieser Angriff gelinge, ist die Kapitalistenklasse interessiert, eine weitere Schichtung von schlechtestbezahlten Lohnarbeitern zu schaffen, deren Reproduktion äußerst beengt ist und die im Elend leben, wenn sie sich nicht zu einer Unzahl von Überstunden hergeben und wenn sie sich nicht im Akkord binnen weniger Jahre kaputtstrampeln.

Diesen Interessen der Kapitalistenklasse entspricht eine prozentige Forderung von seiten der Gewerkschaftssozialdemokraten aufgestellt, und ein erheblich niedrigerer prozentiger Abschluß.

Auf seiten der Arbeiter schaut die Interessenlage wie stets entgegengesetzt aus. Da der Lohnstandard soweit gesunken ist, daß große Teile der Arbeiterklasse bereits zur Überarbeit unerbittlich gezwungen sind, muß in diesem Jahre eine Erhöhung des Lohnes, wie ihn der Arbeiter bar auf die Hand erhält, durchgesetzt werden.

Die Verteilung dieser Erhöhung muß die folgende sein:

1. Die große Masse der Vorarbeiter, Meister, mittleren Angestellten muß soviel erhalten, daß auf der Hand liegt, daß sie beim Verfahren der Kapitalisten absolut weniger bekommen hätten.

2. Die große Masse muß in Folge dessen soviel erhalten, daß sie in bezug auf diese Vorarbeiter, Meister, mittleren Angestellten aufrückt und einen größeren Vorteil hat als diese.

3. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den niedrigsten Lohngruppen müssen regelrecht aufschließen, sie sind teilweis schon abgespalten, sie müssen an das Gefüge der Arbeitslöhne wieder herangeführt werden.

Diese Ausgleichbewegung, die von den Arbeitern gewünscht wird, weil sie in ihrem Interesse liegt, ist nur mit einer ziemlich hohen Festgeldforderung möglich.

Um die Aufstellung der Forderungen hat es in den Betrieben der Metallindustrie und den Dienststellen der öffentlichen Dienste ziemliche Auseinandersetzungen gegeben. Es ist möglich, daß man in den Kampf ziehen muß unter Forderungen, die weder von der absoluten Höhe her noch von der Verteilung her eine starke Einheit ermöglichen und den Interessen der Arbeiter entsprechen. In den letzten Jahren war es stets so, daß die Spaltung unter solchen Forderungen zu stark war, um überhaupt noch etwas herauszuholen. Da die Lohnlage in diesen Jahren äußerst angespannt ist, muß das in diesem Jahr nicht so sein.

Man muß wissen, womit man zu tun hat. Sicher ist, daß gerade bei spaltenden Forderungen auf den Lohn entscheidend für die Erhaltung der Einheit im Kampf ist: 1 500 DM steuerfrei. Bezahlung der Versicherungen vollständig durch die Kapitalisten und: Beseitigung der unteren Lohngruppen, eine Forderung, die sogar schon von Leuten wie Steinkühler von der IGM Baden-Württemberg aufgenommen werden mußte, wenngleich nicht ohne Entschärfungs- und Verdrehungsversuche. – (Z-Red.)

GEW-Hauptausschuß beschließt Sockel- und Prozenterhöhung

Frankfurt. Am 10.12. hat der Hauptausschuß (höchstes Beschlußorgan zwischen den Gewerkschaftstagen) ein Konzept zur Tarifrunde '78 beschlossen.

– Die allgemeine Erhöhung der Gehälter soll aus einem Sockelbetrag und einer prozentualen Erhöhung bestehen. Alle Zulagen sind dabei in die prozentuale Erhöhung einzubeziehen.

– Den unteren Einkommensgruppen sollen zusätzliche Urlaubstage gewährt werdem mit dem Ziel, die Staffelung des Urlaubs nach Vergütungsgruppen abzuschaffen und einen einheitlichen Urlaub festzulegen (eine Staffelung kann nur nach dem Lebensalter erfolgen).

– Die GEW lehnt entschieden Lohnleitlinien und Beeinflussungen wie z.B. durch das Jahresgutachten '77 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als Einmischung in die Tarifpolitik ab.

Am 10.12. hat der Hauptausschuß entsprechend eines Beschlusses auf dem Gewerkschaftstag beschlossen, im April 1978 in Stuttgart eine Großkundgebung gegen Lehrerarbeitslosigkeit durchzuführen. Der Vorstand der GEW Hamburg setzt sich für eine Großkundgebung im Norden ein, die zur gleichen Zeit stattfinden soll.

Vorbereitung der Aktionswoche

Braunschweig. Fünf Jugendliche der Stadtverwaltung haben beschlossen, einen Aufkleber am Wochenende zu erstellen mit den örtlichen Dienstherren als Unterdrückern und Plünderern. Schüler der Gemeindeverwaltungsschule planen ein Flugblatt gegen die Anwärterkürzungen und zu den Jugendforderungen. In der Klasse soll eine Wandzeitung ausgehängt werden, ebenso in der Kantine der Stadtverwaltung. Die Jugendvertretung wird aufgefordert, das zu unterstützen.

Personalversammlung vor Weih-

VFW-Pleite kein Betriebsunfall, sondern von langer Hand vorbereitete Konzentration

„... das Bekenntnis zur nationalen Luft- und Raumfahrtindustrie ist kein Luxus sondern bitterste Notwendigkeit. Wir werden unseren Rang als viertgrößte Industriemacht dieser Welt, unseren Rang als zweitgrößte Handelsmacht dieser Welt, nur behaupten können, wenn wir eine kräftig entwickelte Luft- und Raumfahrtindustrie haben ..." (Wörner, CDU/CSU)*

Das ist ein Aufschrei der westdeutschen Finanzbourgeoisie, die bemerkt, daß sie in der Konkurrenz der Luft- und Raumfahrtindustrie Nachholbedarf hat.

1967 verständigten sich die Parteien der Finanzbourgeoisie im Bundestag darüber, wie die Position des westdeutschen Imperialismus auf diesem Gebiet beschleunigt ausgebaut werden kann. Der Plan: Aufbau einer starken nationalen Luft- und Raumfahrt. Über die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Luft- und Raumfahrtkonzernen Sicherung der Vormachtstellung in Europa, um mit den Supermächten konkurrieren zu können.

Die Bourgeoisie bringt zu diesem Zweck die alten Traditionen ins Spiel und läßt durch den CDU/CSU Bundestagsabgeordneten Schober verkünden, daß „das deutsche Volk, das deutsche Reich" auf dem Gebiet der Raumfahrt führende „Pionierarbeit" geleistet habe. Und Karl Schiller, ehe-

westdeutsches Luftfahrtmonopol herzustellen, hat der Staat VFW auf halbe Ration gesetzt. 85 % aller Aufträge im Flugzeugbau erteilt der Staat. Davon hat Messerschmidt-Bölkow-Bloom (MBB), hauptsächlich in der Militärproduktion engagiert, den Großteil erhalten. VFW wurde auf den Bau von Zivilflugzeugen festgelegt. Diese werden jetzt gestrichen.

tionen hat VFW nicht so produziert, daß die VFW 614 auf dem Weltmarkt profitabel verkäuflich ist. Von 250 geplanten wurden lediglich 16 Maschinen verkauft.

12 bis 18 VFW 614 müßten jährlich bei gleicher Anzahl von Arbeitern gebaut werden, um Profite zu erwirtschaften (bisher sechs).

		Umsatz in Mio. DM	Beschäftigte	Umsatz/ Beschäftigte
VFW	BRD/Niederl.	1249	17200	72,62
MBB	BRD	1157	18250	63,40
Dornier	BRD	467	7603	61,42

Mit einer Größenordnung von 3 Mrd. DM Umsatz und 40 Tsd. Beschäftigten überholen VFW/MBB/Dornier einige der englischen und französischen Konkurrenten, wie Snias und Britisch Aircraft, übertreffen sie in der Ausbeutung, was sich im Umsatz je Beschäftigten widerspiegelt und kommen etwas näher an die amerikanischen Monopole McDonell Douglas, Lockheed und Boing, deren Umsätze/Beschäftigten um ein Drittel höher liegen. Die Fusion von VFW,MBB und Dornier muß erst noch geschaffen werden. VFW wird geschluckt, denn trotz der 1 Mrd. DM staatlicher Bürgschaften und Subven-

Die sozialdemokratischen Betriebsratsfürsten pflichten gleich bei: „... das schaffen wir schon, an uns solls nicht liegen." Die Arbeiter sind anderer Meinung. Sie haben am Freitag gestreikt und überlegt, es Montag weiterzumachen. Sie kennen diese Art der Arbeitsbeschaffung: 1970 war es genauso – Einführung der Leistungsbewertung, Taktstraße usw.

Ob so oder so: Der Aufsichtsrat hat am Donnerstag beschlossen, die 614 einzustellen, trotz vorhandener Aufträge von mehr als 30 Maschinen. Die Bundesregierung hat aber entschieden, daß die Lösung nur in der Fusion liegt. Dann würden auch die Schulden erlassen.

Dafür spricht, daß die Finanzbourgeoisie selbst verstärkt bei MBB einsteigt. Die Hansestadt Hamburg und der Freistaat Bayern wollen Anteile an die Allianzversicherung, den Bosch-Konzern und die Maschinen- und Turbinenunion (MTU) verkaufen und zusammen nur 25 % behalten. Die „Industriegruppe" würde dann mit Siemens, Thyssen, Aerospatile und den obengenannten „Neuen" 51 % des Konzerns beherrschen. Von VFWs Seite her ist Krupp mit 35,5 % im Spiel.

Die Sozialdemokraten des Betriebsrats, die sich seit einiger Zeit als bessere Geschäftsleitung profilieren, hatten auf der Betriebsversammlung bei VFW-Bremen am Freitag ein Transparent aufgehängt: „Fokker raus – Auffanggesellschaft rein". Das ist übelster Chauvinismus nach dem Motto: Für deutsche Profite schuften wir uns krumm. Es ist keine Perspektive für die Arbeiter. Für sie kann nur gelten: Zusammenschluß mit den Arbeitern von Fokker, wie mit denen von MBB zur Durchsetzung der Forderung nach vollständiger Übernahme ohne Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Zusammenschluß mit der gesamten Arbeiterklasse im Kampf um mehr Lohn. – (Bezirk Bremen-Unterweser)

*(Alle Zitate aus der Bundestagsdebatte vom 10.11.67)

staatlicher Bürgschaften und Subven-

liegt. Dann würden auch die Schulden

(Alle Zitate aus der Bundestagsdebatte vom 10.11.67)

Personalversammlung vor Weihnachten gefordert

Hamburg. Schwestern und Pfleger der Augenabteilung im St. Georg Krankenhaus hatten schon vor zwei Wochen eine Personalversammlung Mitte Dezember gefordert. Donnerstag sind Schwestern und Pfleger zum Personalrat gegangen deswegen, weil sie noch vor Weihnachten sein soll. Der Personalrat will darüber beraten und hat zugesagt, noch im Dezember eine einzuberufen.

Medikamentenkommission in Arbeit

Herne. Seit drei Monaten arbeitet eine Kommission der Verwaltung, die den Medikamentenverbrauch überprüfen soll. Bei einem Pflegesatz von 142,30 DM pro Tag, also 4269 DM im Monat, wurde schon zu Anfang ihrer Tätigkeit bei einem Patienten mit einer Sepsis (bakterielle Entzündung des Blutes) der Medikamentenverbrauch von 7000 DM im Monat für zu hoch berechnet und wurden Infusionen abgesetzt. Jetzt hat die Kommission errechnet, daß „Innere Männer" für 4000 DM Medikamente mehr verbraucht haben als „Innere Frauen". Der Chefarzt kam mit dieser Nachricht empört auf die Station, woran das denn läge? Sein Oberarzt machte einige Minuten später Visite auf „Innere Männer" und setzte bei mehreren alten Leuten die Antibiotika ab.

Medikamentenkürzung

Kassel. Bisher wurden die Kosten für Tabletten für Rachitis-Prophylaxe von den Krankenkassen getragen. Die praktischen Ärzte wurden jetzt aufgefordert, diese Vitamin-D-Präparate für Säuglinge nicht mehr zu verschreiben. In Kassel hat eine Mutter für ihren Säugling vom praktischen Arzt keine Vitamin-D-Tabletten mehr bekommen. Er hat ihr gesagt, er dürfte keine mehr verschreiben.

Am Stadtkrankenhaus Kassel werden Maßnahmen zur besseren „Medikamentenübersicht" getroffen. Die Medikamente müssen auf manchen Abteilungen numeriert auf den Kurven eingetragen werden. Die Bestellzettel und Abrechnungen sollen bald über Computer laufen. Ende Dezember wird Inventur gemacht.

Maihofer antwortet mit Disziplinierung

Kassel. An der Gesamthochschule (GHK) haben 42 Beschäftigte einen Brief an Maihofer geschrieben, in dem sie 220 DM fordern. Unterzeichnet hat ihn eine Sekretärin. Nach zwei Wochen hat Maihofer auf die Art geantwortet, daß die Sekretärin zum Kanzler der Gesamthochschule bestellt wurde. Schon vorher hatten die Beschäftigten erfahren, daß sie dort gefragt werden soll, ob sie den Brief während der Dienstzeit auf dem Papier der Organisationseinheit der Gesamthochschule, auf der Schreibmaschine der Organisationseinheit geschrieben hat und ob die Fotokopien des Briefes auf dem Fotokopierer der Gesamthochschule gemacht worden sind. Ihre fristlose Entlassung soll verhandelt werden.

Am Montag werden die Beschäftigten an der Gesamthochschule eine Versammlung machen, auf der sie eine Erklärung an Maihofer zur Bekräftigung der 220 DM schreiben wollen und gegen die angedrohte Entlassung protestieren.

Vorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes soll am 20.12. vorliegen

Flensburg. Auf der Personalversammlung des Kraftfahrzeugbundesamtes in Flensburg vom 15.12. wies Merten vom Hauptvorstand darauf hin, daß der ÖTV-Hauptvorstand seinen Vorschlag für die Tarifforderung im Lohnkampf der öffentlichen Dienste am 20.12. bekanntgeben will.

geleistet habe. Und Karl Schiller, ehemaliger Wirtschaftsminister der SPD, will, um voranzukommen, „das geistig-technologische Potential engagieren", um „das politisch militärische Gewicht der BRD" im „nordatlantischen Verteidigungsbündnis" zu mobilisieren. Nur so kämen die „militärischen Forderungen der Bundeswehr"* zur Geltung.

Voraussetzung für eine profitable deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie ist die Vorantreibung der Konzentration. Wörner: Es muß um „ein vernünftiger und respektierter Partner der Amerikaner zu werden" eine „gemeinsame europäische Luft- und Raumfahrtindustrie"* her, unter der Führung des westdeutschen Finanzkapitals.

1962 hatten sechs Firmen mit 1000 bis 3000 Beschäftigten einen Anteil an der westdeutschen Luft- und Raumfahrindustrie von 42%, drei Firmen mit über 3000 Beschäftigten hatten 52%. 1972 hatte eine Firma (Dornier) mit 5 bis 10000 Beschäftigten einen Anteil von 17%, zwei Firmen (VFW und MBB) mit über 10000 Beschäftigten einen Anteil von 80% an der westdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie.

Zehn Jahre hat es gebraucht, um aus neun Konzernen drei zu machen. Erst Focke-Wulf und Weser-Flug vereinigt zu VFW und auf der anderen Seite Bölkow mit Messerschmidt. Dann Heinkel zu VFW, zu Bölkow den Hamburger Flugzeugbau und Siebelwerke ATG, schließlich zu VFW noch den niederländischen Konzern Fokker.

Entsprechend der Leitlinie, ein

Koschnick auf dem Sprung in die A-Mannschaft?

Zehn Jahre ist Hans Koschnick Präsident des Bremer Senats. Die Zeitung „Christ und Welt" stufte ihn damals als „begabten Nachwuchs für die B-Mannschaft der deutschen Politik" ein. Jetzt will sich Koschnick in den A-Kader vorkämpfen und sich für höhere Aufgaben empfehlen und beispielsweise Nachfolger vom Kriegsminister Leber werden. Den notwendigen Nachweis für seine Tauglichkeit versuchte er seit 1968 – als die Volksmassen in Bremen den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen erfolgreich führten – immer wieder zu liefern. 1977 verdiente er sich die Sporen durch Ausplünderungsmaßnahmen, 1978 soll das Volk erneut millionenfach geschröpft werden. Aber nicht genug damit. Wer auf der Sprossenleiter ganz nach oben will, muß mehr bringen. Koschnick: „Die Politiker müßten in den kommenden Jahren darüber nachdenken, ‚ob die Renten der Sozialversicherung wirklich steuerfrei im jetzigen Umfange bleiben können'." (Hannoversche Allgemeine Zeitung)

In einem geschickten Schachzug hat Koschnick sich jetzt mit seinem „Erzfeind" Ministerpräsident Albrecht darauf geeinigt, das KKW Esensham schnell in Betrieb zu nehmen. Die Klage zieht er zurück. Offiziell ließ er verlauten, daß er dafür sei, weil jetzt die Kühltürme gebaut würden. Inoffiziell stimmte er aber mit der NWK, die das KKW Esensham betreibt, überein. Sie wolle erstmal messen, „inwieweit sich die Weser tatsächlich aufwärmt, ohne daß die Kühltürme in Betrieb sind". (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 13.12.77) Ob Koschnick wohl was dagegen hat?

Die aus den Volksmassen geraubten Gelder will Koschnik gut anlegen. Den Bremer Kapitalisten von AG Weser, Vulkan, Mercedes und VFW schiebt er unter dem Deckmantel, die SPD müsse sich „mit ganzem Einsatz dem Problem der Arbeitslosigkeit zuwenden" (Rede auf dem SPD-Parteitag), Millionen zu. Für VFW sieht er allein 78 Millionen DM vor und er ist sogar bereit, „eigenes Kapital" zu investieren. Nur: Die Sache muß sich rentieren, der Profit muß sprudeln und sicher sein, „denn Arbeit ist für uns mehr als nur eine Quelle des Broterwerbs" (Parteitag).

Die Senatsmillionen für VFW sind gerade nicht zur Sicherung der Arbeitsplätze. Sie sind daran gebunden, daß bei VFW mindestens 2000 Arbeiter entlassen werden. Danach werden 500 billigere Arbeiter über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wieder eingestellt, für die Kriegsproduktion bei ERNO (VFW-Tochter).

Natürlich weiß Koschnick, daß dieses Programm nicht ohne Manöver und Verbündete abgehen wird, und so richtet er außer an die Gewerkschaften auch einen Ruf an die Kirche: „Wir brauchen den Dialog mit den Kirchen" (Parteitag). Aber so gottesfürchtig ist Koschnick nun auch wieder nicht, um bei der Durchsetzung der Pläne der Bourgeoisie allein auf das Gottesschwert zu vertrauen. Koschnick untersucht: „Die Gemeinden sind ... mehr und mehr zum Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen geworden ... Hier können wir Menschen ganz konkret für unsere Sache, für unsere Ziele mobilisieren. Wenn uns dies in den Gemeinden nicht gelingt ..., wie sollen wir dann erwarten, daß uns dies dauerhaft auf der Ebene der Länder, des Bundes oder in Europa gelingen könnte?" (Parteitag) Die „rauhe soziale Wirklichkeit" erfordert Taten: „Deshalb sagen wir ja zur angemessenen Verstärkung der Organe der inneren Sicherheit – wie Polizei, Staatsanwalt und Gerichte ... Nicht die Optik ist entscheidend, sondern die Effizienz." (Parteitag) Die Bremer Bürgerschaft – Koschnicks Hausparlament – reagierte schnell: „Die Fraktionen von SPD, CDU und FDP beschlossen einmütig die Erhöhung der Ausgaben für Zwecke des Verfassungsschutzes ... um mehr als eine halbe Million auf 1158650 DM." (Weser Kurier, 9.12.77) Die Polizei wird von 3000 auf 3400 aufgestockt.

Noch ist Koschnik nicht ganz oben. Umso kräftiger legt er sich für die expansionistischen Ziele der Bourgeoisie ins Geschirr. – (Bezirk Bremen-Unterweser)

Umgang mit giftigen Arbeitsstoffen: Persönliches Risiko der Chemiearbeiter

Im Jahresbericht 1976 der Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie ist folgende Entwicklung abzulesen: Die Zahl der angezeigten Berufskrankheiten stieg 1976 auf 1678 gegenüber 1542 im Jahre 1975. Demgegenüber sank die Zahl der erstmals entschädigten Berufskrankheiten von 1975: 175 auf 150 1976. Davon Tote 1976: 15, 1975: 12. Hinter diesen Zahlen verbergen sich mannigfaltige Bemühungen der Kapitalisten, erstens Schutzvorrichtungen und Arbeitsschutz so billig wie möglich zu machen, d.h. dem Arbeiter zur Last zu legen und zweitens das persönliche Risiko des Arbeiters in den Vordergrund zu stellen.

Wir wollen das anhand des Umgangs mit Benzol in der Pharmaproduktion bei der Schering AG in Westberlin beweisen. Die Verarbeitung von Benzol ist in den letzten Jahren eingeschränkt, aber nicht eingestellt worden. Benzol führt bei chronischer Erkrankung zu Leukämie. Meistens durch Einatmung der Dämpfe und Aufnahme durch die Haut, die schon bei kleinen Mengen den in der Arbeitsmedizin gebräuchlichen Ausdruck des Benzolrausches verursachen. Erst in den letzten Jahren sind die MAK-Werte für Benzol ständig gesenkt worden, bis letztes Jahr überhaupt keine MAK-Werte mehr angegeben wurden, um die Gefährlichkeit des Benzols deutlich zu machen.

Der Weg bis zur Einschränkung der Verarbeitung von Benzol ging buchstäblich über Leichen. So gibt die Berufsgenossenschaft für 1976 noch zwei Todesfälle an, die sie entschädigen mußten. Dabei sind die Arbeiter gar nicht erfaßt, die plötzlich, „für alle überraschend", gestorben sind. Da kann man bloß Vermutungen anstellen. Seit zwei Jahren wird bei Schering Benzol nur noch im Winter verarbeitet. Für die Kapitalisten ist das eine billige Lösung. Im Sommer wird das Benzol, das in Fässern geliefert und in der Destillation dann aufgearbeitet, d.h. von anderen Lösungsmitteln getrennt oder gereinigt wird, durch die Sommertemperaturen erhitzt und wird dadurch noch leichtflüchtiger. Im Winter ist das Benzol immer eingefroren, der Gefrierpunkt liegt bei plus 5 Grad. Zum Auftauen haben die Kapitalisten immer wieder versucht, die geöffneten Fässer in die Arbeitsräume zu stellen. Das hat jedesmal Kampf gegeben, bis der Abteilungsleiter dazu gezwungen wurde, die Fässer in einen unbenutzen Raum zu stellen, in den die Arbeiter nur mit Gasmaske reingegangen sind.

Vor ein paar Tagen kam der Abteilungsleiter dann mit der Ankündigung, daß wieder Benzol gefahren werden soll. Es sei ja in der letzten Zeit sehr in Verruf gekommen, sie hätten aber Sicherheitsmaßnahmen ergriffen. Die sehen dann so aus: Nachdem die giftigen Dämpfe über dem Faß gerade abgesaugt wurden, kommt der Tagesmeister und mißt die Konzentration. Wenn mal was überläuft oder Ventile undicht sind, sollen die Arbeiter sich eine Gasmaske aufsetzen, so der Abteilungsleiter. Der Betriebsrat meinte, am besten soll man die Maske gleich von Anfang an aufziehen. Acht Stunden mit Gasmaske bei schwerer körperlicher Arbeit, das sehen die Arbeiter nicht ein. Sie meinen, solange nicht sichergestellt ist, daß Benzol bloß in vollständig geschlossenen Anlagen gefahren wird, muß man sich weigern.

Die Kapitalisten lassen alle Vierteljahre über den werkärztlichen Dienst feststellen, ob Schädigungen eingetreten sind. Blut- und Urinuntersuchungen sollen rechtzeitig Ansprüche auf Entschädigung verhindern. Der Geschädigte wird dann einfach umgesetzt, wo er nicht mehr mit Benzol arbeiten muß. Wird er später trotzdem krank, ist das seine Sache. Überhaupt „kommt es in erster Linie auf eine Förderung des Sicherheits- und Verantwortungsbewußtseins bei allen Betriebsangehörigen an. Die Erfahrung zeigt, daß die Beschäftigten bei akuten und schwerwiegenden Bedrohungen von Leben und Gesundheit die persönlichen Schutzausrüstungen gern in Anspruch nehmen. Ein schwieriges psychologisches Problem besteht aber darin, die Arbeitnehmer dahin zu bringen, daß sie auch bei latenten oder nur potentiellen Gefährdungen die zum Teil recht hinderlichen Gegenstände des Körperschutzes verwenden." (Arbeitsmedizin)

Die Arbeiter sind da anderer Meinung. Für sie ist das kein psychologisches Problem, sondern ganz klar der Versuch der Kapitalisten, Kosten für sichere Anlagen zu sparen und dafür lieber Gesundheit und Leben der Arbeiter zu ruinieren. – (Zelle Schering/Westberlin)

Angriffe auf die Rechte der Jugend und der Eltern

Das Unglück für die Bourgeoisie besteht darin, daß ihr die Jugend nicht gehört

10 Jahre bis zur Trennung der Mutter von den Kindern ist zu lang – Die Jugend soll von der Bourgeoisie für die Kriegsvorbereitung gewonnen werden, das ist blutiger Ernst

Zehn Jahre Bespitzelung, Berichte, Überwachung, Polizeieinsätze, bis es der Bourgeoisie gelungen, eine Mutter von ihren vier Kindern zu trennen, und die Kinder unter Polizeigewalt in Heime zu stecken zur Fürsorgeerziehung unter Entziehung des Sorgerechts der Mutter für ihre Kinder:

„Seit '67 mußten wir uns aus fürsorgerischer Sicht um die Familie kümmern, da immer die Gefahr der Vernachlässigung ihrer Kinder bestand."

Wieviel es mit dieser „Vernachlässigung" auf sich hat, daß sie in Wirklichkeit gar nicht besteht, muß der Sozialarbeiter in seinem Bericht jedoch festhalten:

„Sie hatten ihre Schulsachen alle gut in Ordnung, die Schularbeiten gut gemacht, die Hefte eingebunden. Sie hatten der Mutter viel zu erzählen."

Da sich die Mutter tagsüber um die Kinder kümmert, geht sie abends einer Tätigkeit im Imbiß nach. Von der Witwenrente zahlt sie den Nachhilfeunterricht für das eine Kind. Ein Streit mit dem Freund und Betrunkenheit wird zum Vorwand genommen, Erziehungshilfe anzuordnen. Die Mutter sträubt sich gegen eine Heimunterbringung, die ihren Kindern angedroht wird, falls sie sich nicht von ihrem Mann trennt. Das ist Anfang 1976. Mitte 1976 wird in einem neuen Bericht festgehalten, die Kinder der Mutter wegzunehmen, weil es weiterhin Auseinandersetzungen mit dem Mann gibt.

„Äußerlich sieht man den Kindern heute nichts an. Sie sehen gut gepflegt aus und sind im Grunde ganz fröhliche Kinder."

Über ein Kind wird gesagt, daß es sich „mehr und mehr" dem Mann widmet und sich zu ihm hingezogen fühlt. Es wird dann ein Verfahren eingeleitet zur Entziehung der elterlichen Gewalt durch die Mutter, für die Dauer des Verfahrens wird eine Pflegschaft eingerichtet.

1977 erklärt die Mutter dann, sich von dem Mann endgültig zu trennen, weil sie die Kinder nicht verlieren will. Unter der Voraussetzung, daß sie sich an zahlreiche „Forderungen zum Wohle der Kinder" halten muß, wird das Verfahren auf Entziehung der elterlichen Gewalt für ein halbes Jahr dem Sozialarbeiter Äußerungen über den Mann gemacht. Durch ständiges Bereden, daß die Frau nicht für ihre Kinder sorgen könne und die Probleme mit dem Mann nicht regeln könne, durch permanente Einmischung, auch durch die Polizei, ist der Mutter die Zustimmung zur freiwilligen Erziehungsbeihilfe für die Kinder abgepreßt worden.

Gegen die Einmischung des Staates halten die Arbeiterfamilien zusammen

Großer Zusammenhalt herrscht in den Familien der Arbeiterklasse und des Volkes. Die Eltern kämpfen um ihre Kinder und lassen sie sich nicht so einfach wegnehmen. Selbst wenn es noch so großen Krach gibt in den Familien, aufgrund schlechter Wohnverhältnisse oder weil der Lohn nicht reicht für's Taschengeld usw., hält die Familie zusammen, wenn sich der Staat über Polizei oder Sozialarbeiter einmischen will. Die Eltern kämpfen um die Erziehung an der Schule, die ihren Interessen entsprechen soll, wollen, daß ihr Kind später ordentlich leben kann.

Aus den Erfahrungen der Älteren lernen die Jungen

Die Jugend ist rebellisch. Sie unterwirft sich nicht widerstandslos der Indoktrinierung an der Schule zum willenlosen Lohnsklaven. Sie kämpft gegen Fünfen und Sechsen, gegen reaktionäre Lehrer. Auch wenn sie arbeitslos sind, unterwerfen sie sich nicht dem rechtlosen Dasein als Arbeiter für ein Taschengeld.

Für die Bourgeoisie besteht das Unglück darin, daß ihr die Jugend nicht gehört. Der SPD-Vorwärts vom 15.12. stellt fest, daß sie keinen Einfluß mehr auf die Jugend hat:

„Eine immer größer werdende Zahl Jugendlicher ist nicht mehr bereit, unsere Normen als für sie verbindlich anzuerkennen."

Und die führenden Sozialdemokraten im DGB stellen mit Schrecken fest, daß in den Jugendorganisationen der Gewerkschaft der „kommunistische Einfluß wächst" (FAZ, 16.12.). Zwar meint sie die DKP, die vorgibt, was für die Interessen der Jugendlichen zu tun. Die Jugendlichen werden schnell lernen, daß die vielen nutzlosen Demonstrationen für das „Recht auf Arbeit" usw. nicht ihren Interessen entsprechen und sich tatsächlich für Forde- die Weltaufteilung gegen die imperialistischen Konkurrenten vorzubereiten. Und sie muß sich den Weg in den Faschismus offenlassen, wozu sie die älteren Arbeiter, die Eltern, nie mehr gewinnen werden kann und die Jugend auch nur dann, wenn es ihr gelingt, die Jungen von den Älteren loszubrechen.

Um das zu erreichen, reichen die bestehenden Eingriffsmöglichkeiten in die Familie nicht mehr aus. Zehn Jahre, bis die Kinder von der Mutter getrennt werden konnten, ist zu lang. Und die Voraussetzungen zum Eingreifen sind „zu eng", eine Schuld der „Verwahrlosung" muß nach § 1666 BGB nachgewiesen werden.

Eingriff in die Familie jederzeit ohne besondere Voraussetzungen

Das Jugendhilfegesetz, das jetzt erneut in den Bundestag eingebracht werden soll, soll das

„Recht jedes jungen Menschen auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und Achtung seiner Menschenwürde verwirklichen, unabhängig von der sozialen Schicht der Eltern und der Staatsangehörigkeit." (FAZ, 9.12.)

Dazu soll der staatliche Gewaltapparat jederzeit ohne besondere Voraussetzungen als „eigenständiger Träger der Erziehungsgewalt" eingreifen können.

Mit der „Reform" des elterlichen Sorgerechts soll der § 1666 BGB dahingehend verschärft werden, daß

„ein Eingriff des Vormundschaftsgerichtes auch im Falle des Mißbrauchs des Personensorgerechts oder der Vernachlässigung des Kindes ein subjektives Verschulden der Eltern voraussetzt" (Kommentar zum Entwurf von 1974).

Der Entwurf der SPD/FDP-Koalition vom Februar 1977 entspricht dem.



Hannover. Gegen die geplante Schließung des unabhängigen Jugendzentrums Glocksee und die Entlassung der Sozialarbeiterin Iris Weber demonstrierten am 13.12. 600 Jugendliche durch Hannover-Linden. Grund der Entlassung: Bei einer Schlägerei unter Jugendlichen hatte Iris Weber nicht die Polizei geholt und war deshalb zu sechs Monaten Haft mit Bewährung verurteilt worden.

Seit 1971 kämpfen die Jugendlichen für ein unabhängiges Jugendzentrum. Damals besetzten sie ein leerstehendes Haus in der Arndtstraße. Die Stadt ließ das Haus wenige Tage später mit mehreren Hundertschaften Polizei, zwei Wasserwerfern und Panzerfahrzeugen räumen. Am selben Abend demonstrierten über 1000 Jugendliche. Im Mai 1973 bekamen sie dann die ersten Räume im Glocksee, nachdem beim Stadtrat für Jugendfragen, Beste, mehrmals Jauche durchs Fenster flog.

„Die Iris woll'n wir hierbehalten und unser Jugendzentrum selbstverwalten" war eine der Parolen auf der Demonstration, die die sofortige Unterzeichnung eines neuen Vertrages für das Jugendzentrum Glocksee forderte. Auf die Spaltungsversuche von Beste haben sich die Jugendlichen nicht eingelassen, als er auf dem Tribunal am letzten Donnerstag – vom NDR übertragen – mitteilte, die Stadt wolle nur Iris Weber entlassen, und verlange vom Glocksee saubere Buchführung. Selber zu kommen hat er sich nicht getraut.

„Begleitende" Maßnahmen in der Einmischung und Kontrolle

Zur Durchsetzung dieser Gesetze sind schon zahlreiche Maßnahmen eingeleitet: Sie reichen vom Adoptionsvermittlungsgesetz vom 2.7.1976, das die Freigabe der Kinder zur Adoption erleichtert und die Annahme als Kind durch den Spruch des Vormundschaftsgerichts vorsieht, dem neuen Ehe- und Familienrecht, das im Scheidungsfalle vor dem Richterspruch das Jugendamt einschaltet zur Ausspionierung, wem das Sorgerecht für die Kinder zugesprochen werden soll, dem § 218 mit seinen Beratungsspitzelstellen, dem neuen Jungtätergesetz, das für straffällig gewordene Jugendliche die vollständige Kontrolle durch einen bestellten Vormund vorsieht, bis zu den Kinderschutzstellen und Elternberatungszentren, zum Kindergeld, das der Pflegefamilie zugeteilt wird.

Dieses Zuchthaus kann nur mit Hilfe der Polizei errichtet werden. In Hannover will die Kriminalpolizei jüngere Polizisten auf die Jugend hetzen, auf jedem Polizeirevier sollen Jugendbeamte geschaffen werden (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 16.12.). Kultusminister Remmers sprach sich bei einer Anfrage im Landtag zum „Aufgreifen verwahrloster Jugendlicher" am 26. Oktober dafür aus:

„Diese Betreuung kann durchaus in den Händen erfahrener und verständnisvoller Erwachsener – etwa von geeigneten Polizeibeamten oder ehrenamtlich tätigen Kräften – liegen, die zwar keine fachspezifische Ausbildung besitzen, aber über das nötige Einfühlungsvermögen verfügen und mit jungen Menschen umzugehen verstehen." (Presseinformation, 26.10.)

„Die zur Diskussion gestellten Zahlen aus der Statistik über Krankheit, Kriminalität, Leistungen und Vorstellungen der Jugend seien nicht erfreulich gewesen", stellt Bundespräsident Scheel fest (Welt, 7.12.). Die „Jugend suche nach Vorbildern und Zielen" (Scheel), die „Jungs von der GSG 9" könnten solche Vorbilder sein, hat Schmidt bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an die Mörder in der GSG 9 gesagt. Das „Mogadischu-Spiel", das jetzt herauskommt, wird von der Bourgeoisie abgelehnt als „zu makaber" (FAZ, 13.12.). Antje Huber, aus deren Ministerium diese neuen Gesetzesentwürfe kommen, tritt gegen das Kriegsspielzeug als Weihnachtsgeschenk aus. Die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten sind blutiger Ernst, kein Spiel soll damit getrieben werden. – (N-Red.)

vom Glocksee saubere Buchführung. Selber zu kommen hat er sich nicht getraut.

Heimerziehung

Wann und warum bist Du in den Birkenhof gekommen?

Im Juni dieses Jahres; weil ich zweimal abgehauen bin von zu Hause und zwei Wochen nicht zur Schule gegangen bin. Das Jugendamt hat dann gesagt, meine Mutter könnte mich nicht erziehen. Das stimmt aber nicht.

Wie ist der Tagesablauf im Heim?

6.30 Uhr Aufstehen, Waschen, Anziehen, Beten, Frühstücken und Danken. Tisch abräumen, Stühle raustragen. Bis 8.45 Uhr Saubermachen der Tagesräume, Küche, Toiletten usw. Dann gehen wir bis 12 Uhr zur Schule. 12 bis 13.15 Uhr Mittagspause mit Betprogramm. Dann wieder Schule bis 16.30 Uhr. Jetzt haben wir durchgesetzt, daß anschließend manchmal Radio gehört wird. Dann Abendbrot mit Beten. Um 21 Uhr müssen wir ins Bett. 22.15 Uhr Licht aus.

Besuch dürfen wir nur alle sechs Wochen von Verwandten haben. Dienstags müssen wir von 8 bis 17 Uhr Wäsche waschen. Für 1,50 DM die Stunde. Das Geld kriegen wir erst, wenn wir raus sind. Ich habe im Moment überhaupt keinen Ausgang nach draußen, weil ich meiner Mutter geschrieben habe, daß ich zu Weihnachten eine Fliege mache. Die Heimleitung liest die Briefe.

Die Heimleitung hat sich auch einige Strafen ausgedacht, um uns das Kreuz zu brechen: Betreten des Rasens 5 DM, Blumenabreißen: 5 DM. Wenn man beim unerlaubten Rauchen im Zimmer erwischt wird: drei Tage Rauchverbot. Die Erzieherin schnuffelt an der Kleidung, ob man geraucht hat.

Wie setzt Ihr Euch gegen die Unterdrükkung zur Wehr?

Z.B. haben wir Arbeitsverweigerung beim Putzen gemacht. Oder einmal wollte jemand in der Wäscherei arbeiten, das hat die Heimleitung nicht gewollt. Daraufhin hat sie das Mädchen mit Gewalt auf ihr Zimmer bringen wollen; sie hat sich aber gewehrt und die Heimleiterin verprügelt. Das ist wirklich wie im Zuchthaus hier. Wenn wir weiterkommen wollen gegen die Heimunterdrückung, müssen wir zusammenstehen und uns mit der übrigen Jugend verbinden. Nur so können diese Zuchthausmauern niedergerissen werden.

ausgesetzt und die Kinder kommen zur Mutter zurück.

Mitte 1977 faßt das zuständige Amtsgericht den Beschluß:

„2. Der für den Wohnsitz der Mutter zuständige Gerichtsvollzieher wird ersucht, die oben bezeichneten Kinder der Mutter wegzunehmen und dem Jugendamt zuzuführen. 3. Zur Durchsetzung dieser Anordnung kann Gewalt gebraucht werden und erforderlichenfalls die Unterstützung der polizeilichen Vollzugsorgane in Anspruch genommen werden. 4. Diese Anordnung ist der Mutter erst bei Wegnahme zuzustellen. 5. Die Mutter wird darauf aufmerksam gemacht, daß sie bei Verweigerung der Herausgabe der Kinder vom Vormundschaftsgericht zwecks Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung über den Verbleib der Kinder geladen oder vorgeführt werden kann. 6. Die Kosten fallen der Mutter zur Last."

Die Kinder wurden geraubt. Nur auf Druck haben die Kinder gegenüber rungen zusammenschließen, die helfen, im Kampf gegen die Ausbeutung der Kapitalisten voranzukommen.

Die Bourgeoisie muß handeln

„Wir werden uns gemeinsam überlegen müssen, wie die weitgehend verschüttete Dialogfähigkeit mit den Jugendlichen wieder hergestellt werden kann. Wir müssen spezifische Formen entwickeln, wie wir die Jugendlichen wieder über allgemeine politische Sachverhalte ansprechen können. Wir müssen diese Gesprächsangebote bald machen, bevor sich noch größere Gruppen ins gesellschaftliche Aus begeben – mit all den absehbaren Konsequenzen." (Vorwärts, 15.12.)

Die Bourgeoisie braucht die Jugend, sie kann sie zwar in die Fabriken zwingen, der Hunger treibt dazu, sie muß den Kampf gegen die Ausbeutung brechen, und das frühzeitig. Ruhe in den Fabriken, um den erneuten Kampf um

Schüler spenden für Stahlarbeiter

Braunschweig. 10 DM sind unter Schülern der Chemieschule Heinemann, einer Privatschule, zur Unterstützung des Streiks der Stahl- und Bergarbeiter gesammelt worden.

Auseinandersetzung auf Konferenzen zur Notengebung

Osnabrück. An der Realschule Bad Sieburg ist eine Sonder-Fachkonferenz Deutsch auf Antrag eines reaktionären Lehrers einberufen worden. Er hatte durch Schnüffelei in den Arbeitsheften einer Kollegin herausgefunden, daß ein Schüler, der Legastheniker sein soll, in einem Aufsatz mit 33 Fehlern eine Drei bekommen hatte. Der Lehrer will damit durchsetzen, daß in Zukunft die Rechtschreibung stärker bei der Deutschnote gewertet wird.

Auf der Gesamtkonferenz der Orientierungsstufe Bramsche haben Elternvertreter durchgesetzt, daß nicht mehr als zwei Tests in der Woche geschrieben werden sollen.

Schülerbasisgruppe kandidiert auf Programm gegen Fünfen und Sechsen

Osnabrück. An der Gesamtschule Schinkel hat die Schüler-Basisgruppe mit einem Programm gegen Fünfen und Sechsen zu den Schülervertreterwahlen kandidiert. Das Ergebnis der Wahlen ist noch nicht bekannt.

Sofortige Einführung der Lehrmittelfreiheit

Rhauderfehn. Die Elternversammlung der 7. Klasse Hauptschule in Rhauderfehn hat am 29.11. beschlossen, eine Unterschriftensammlung mit der Forderung „Für die sofortige Einführung der Lehrmittelfreiheit" durchzuführen.

Eltern und Schüler in Varel fordern die Einheitsschule und Wiedereinstellung der Lehrerin Frau Bartling

Varel. Eltern der Klasse 8c der Mittelpunkt-Sonderschule Varel wandten sich gegen die Sonderschule, gegen Fünfen und Sechsen und sprachen sich für die Einheitsschule aus. Die Lehrerin in der Klasse unterstützte dies, gab keine Fünfen und Sechsen mehr und füllte keine Beurteilungsbögen aus. Die Schulrätin Gossel bespitzelte die Lehrerin und die Schüler seit einem halben Jahr. Die Schüler haben letzte Woche die Schulrätin angegriffen, als sie ihren Unterricht besuchte. Der Ausgang wurde ihr versperrt, sie sollte erst ihre Notizen herausrücken. Einen Tag später wurde die Lehrerin Ulrike Bartling vom Dienst suspendiert. Die Bourgeoisie versucht über die bürgerliche Presse, die Eltern und Schüler und die Lehrerin gegeneinander zu spalten. „Eltern glücklich über Suspendierung", war die Schlagzeile auf der Landesseite der Nord-West-Zeitung. 60 Arbeiter, Lehrlinge und Schüler in Varel haben eine Erklärung verfaßt, gegen die Sonderschule, gegen das Notensystem und dafür, daß Frau Bartling wieder unterrichtet.

Schülerrat gegen Schikanen – Klassenarbeiten müssen angemeldet werden

Hamburg. Der Schülerrat am Gymnasium Brehmweg hat eine Resolution vorgeschlagen mit folgenden Punkten: 1. Die Würde des Schülers ist unverletzlich. Die Schüler wenden sich gegen Gemeinheiten der Lehrer wie Kniebeugen machen lassen und Ausstreuen von Papierschnitzeln, die die Schüler aufheben sollen. 2. In die Privatsphäre der Schüler darf nicht eingegriffen werden. 3. Das Schreiben von Klassenarbeiten muß vorher angemeldet werden.

Nach Debatte in den Klassen soll sie beschlossen werden.

Schülerrat fordert theoretische und praktische Ausbildung in Grundlagen aller Produktionszweige bis zum 18. Lebensjahr

Oldenburg. Am 8.12. hat der Schülerrat der Berufsschule Oldenburg einstimmig einen Beschluß gefaßt, in dem die Schüler eine umfassende praktische und theoretische Ausbildung, wo sie die Grundlagen aller Produktionszweige erlernen, für Jugendliche beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr fordern. Als Schritte zur Verwirklichung dorthin organisieren sie den Zusammenschluß auf folgenden Forderungen: 12 Stunden Berufsschulunterricht theoretischer und praktischer Art an zwei arbeitsfreien Tagen! Kostenlose Ausstattung der Schüler mit Lehrmitteln, Werkstoffen! Lehrmittelfreiheit! Aufnahme von arbeitslosen Jugendlichen in Facharbeiterklassen ihrer Wahl und Unterricht in einem solchen Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können! Kontroll- und Inspektionsrecht von den Berufsschulen durch Gewerkschaftsvertreter, Betriebsräte und Jugendvertreter.

Berufsschüler verweigern Klassenarbeit

Braunschweig. An der Berufsschule Salzdahlumerstraße wurde ein Film über die Verlegung von Rollei von Braunschweig nach Singapur gezeigt. Als dieser Film im Unterricht besprochen wurde, weigerte sich der Lehrer, an die Tafel zu schreiben, daß die Arbeiterklasse in Singapur unterdrückt wird. In der nächsten Stunde sollte darüber eine Arbeit geschrieben werden. Der Lehrer hatte dazu Fragen verfaßt, die bewußt die Zusammenhänge verschleiern sollten. Auf diese Arbeit sollte es eine Deutschzensur geben. Die Klasse verweigerte geschlossen die Arbeit, weil die Schüler über die Lage der Arbeiterklasse in Singapur vorher weiter diskutieren wollten.

Den Streik im Januar fortsetzen – die Regierung zu Verhandlungen zwingen

Am letzten Wochenende hat der Vorstand der VDS mit Willy Brandt und mehreren SPD- und Regierungsfunktionären einen „Dialog" geführt. Dies muß zum einen fürchterlich gewesen sein, zum anderen aber ist es ein Fortschritt für die Studentenbewegung.

Beim Vorstand der VDS handelt es sich bekanntlich um Reformisten und Revisionisten. Ali Schmeißner, Basisgruppen, soll, wie man liest, zu Beginn ein fürchterliches Referat über Repression und Widerstand vorgetragen haben. Er hat das gemacht, damit der Juso- und MSB-geführte Rest des Vorstandes ihn, stellvertretend für die spontane Bewegung, zum Trottel machen und sich selbst als realistische Dialogpartner der SPD profilieren konnte.

Der Erfolg liegt darin, daß Brandt, Rhode, Krollmann, Bahr und wie sie heißen, die Mitglieder des Vorstandes der Studentenschaften in der BRD einladen *mußten*. Sie mußten, weil sie mit der Bewegung der Studenten einfach nicht fertig werden und nach den passenden Rezepten suchen. Denn der Verlauf der offensichtlichen Anbiederei der bürgerlichen Politiker an die Studentenbewegung ist unbefriedigend für sie.

Kaum ein „sozialliberaler Kultusminister" hat seine Tour an die Hochschulen mit Bravour überstanden und Kohl und Geißler von der CSU konnten in Westberlin und Bremen gleich gar nicht, respektive im Regen auftreten.

Die Sozialdemokraten in der Regierung mußten den „Dialog" mit der VDS-Spitze suchen, um ihre im Streik ramponierte Fraktion in der Studentenschaft auszurichten auf die notwendigen Spaltungsanstrengungen gegen die Studentenbewegung. Über schmutzigen Plänen werden sie gebrütet haben, entsprechend wortkarg ist ihr Pressekommunique gewesen.

„Riesenerfolg" ruft der MSB in Hamburg und „großer Sieg" der KSV in Westberlin. „Erfolg", „Sieg", das Geschrei soll den Studentenmassen den Blick für die nächsten notwendigen Schritte trüben.

Die ... halten, was zur Zeit eher gut für die Studenten ist, weil sie dann besser Druck auf einzelne Professoren ausüben können als andersherum. All das beweist ihre Probleme, ebenso wie der anbiedernde Dialog. Es ist ein Spiegelbild der Kraft, die die Studentenbewegung in den zwei Wochen Streik bereits entfaltet hat.

Nur, Erfolg oder gar Sieg ist etwas anderes. Die Zeichen für die Kraft und ihre Wirkung sind zwei paar Schuhe. Gefährlicher Unsinn ist, interessiert verbreitet von den Opportunisten jeder Schattierung, diese Zeichen und die Taktik der Reaktion als Erfolg auszugeben, auf dem man sich ausruhen kann. Denn exakt solange die Studentenmassen in der Offensive bleiben, wird das halten. Ein Augenblick der Schwäche, und die Reaktion wird nachsetzen wie nie, das ist gewiß und auch jahrelange Erfahrung.

Wie aber die Offensive behalten, ohne weiteren Streik? Keine der Forderungen des Streiks sind auch nur annähernd durchgesetzt. Soll man also abbrechen? Man darf nicht abbrechen.

Länger als ein Jahr wird der Kampf von den Studentenmassen geführt um den Aufbau einer einheitlichen und bundesweiten Streikfront gegen die Bedingungen der Hochschulausbildung. Über ein Jahr mußten die übelsten Spaltungsmanöver hartnäckig überwunden werden. Jetzt ist diese Front aufgebaut. Nicht zu 100%, aber sie ist bundesweit aufgebaut. Länger als ein Jahr haben die Studentenmassen um die Einheit im Kampf gegen die Ausbildungsbedingungen um die Aufstellung der richtigen Forderungen gekämpft. Jetzt ist die Einheit so weit wie nie erreicht. „Kostendeckendes Ausbildungsentgeld", diese wichtige Forderung, die die Anerkennung des Ausbildungsverhältnisses als ein Lohnabhängigkeitsverhältnis schon beinhaltet, sie ist fast überall erhoben. Für das Recht, ASten zu wählen, die alle Studenten gemäß ihrem mehrheitlichen Willen vertreten, dieses Recht wird überall verlangt, als Schritt zur Anerkennung der Koalitionsrechte. Durchgesetzt ist davon aber nichts. Kann also der Streik vorbei sein?

Er kann nicht. Dafür ihn zu beenden, sind nur die, die diese Forderungen nicht unterstützen und nie unterstützt haben, die diesen Streik von Anfang an als eine „Protestaktion von 14 Tagen" zwecks Appell an die „sozialliberalen Minister" einsperren wollten. Doch für Appelle braucht man weder einen Streik noch die VDS. Es ist bereits viel erreicht mit dem Streik der Studenten. Die Einheit gegen die Reaktion ist gefestigt. Sollen sich aber die Studentenmassen durchsetzen, so müssen sie weiterstreiken, müssen die Hinhalte- und Lauertaktik der Regierung durchbrechen und sie zu Verhandlungen nötigen. Es ist ein großer Streik schon jetzt, und er dreht sich um die Anerkennung der Rechte der Studenten als in Ausbildung befindliche Lohnabhängige. Das Bewußtsein darüber ist gewachsen. Es muß aber gereift werden in die Richtung, daß die Regierung gezwungen wird, mit der Vertretung der Studenten die Bedingungen der Ausbildung, wie sie in den Forderungen des Streiks schon gegeben sind, auszuhandeln. Es ist dieser Streik bereits eine gewerkschaftliche Anstrengung der Studentenmassen. Was fehlt ist die massenhafte Erfahrung im gewerkschaftlichen Kampf. Sie kann aber gewonnen werden, und wird zum tatsächlichen „Riesenerfolg" führen, wenn es der Studentenbewegung gelingt, eine außerordentliche Mitgliederversammlung der VDS zu erzwingen, die die Weiterführung des Streiks bis Abschluß der Verhandlungen mit der Regierung beschließt. – (KHG Westberlin)

Bourgeois-Presse zum Streik

Nach zwei Wochen Streik – Sorgen bei der Bourgeoisie

„Der Vorlesungsboykott ist vorbei, aber an den Hochschulen hat sich nichts geändert." (Hamburger Abendblatt (HAB), 10.12)

„Nur über Schleichwegen kam Geißler in die Universität. ‚Die Polizei weigerte sich, mich auf den Campus zu begleiten', erzählte er später. Auf der Polizeiwache 9 harrte der Generalsekretär zwei Stunden lang der Dinge, die dann doch nicht kommen sollten." (Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ), 14.12.)

„Später nannte es Pfeifer einen einmaligen Vorgang, daß der Generalsekretär der größten deutschen Partei an einer deutschen Universität nicht sprechen kann." (Die Welt, 14.12.)

„Wenn sich Politiker in den letzten 14 Tagen mutig diesem Gespräch stellten, war die Antwort jedoch meistenteils Blockade vorgesehener Veranstaltungsräume, Pfeifen, Johlen, Beschimpfungen, Werfen von Farbbeuteln und Tomaten. Ein erhebendes Schauspiel. Zieht man nach dem zweiwöchigen Studenten‚Streik' an den Hochschulen kritische Bilanz, bleibt unter dem Strich ein Defizit." (NOZ, 10.12.)

„Um es auf eine Formel zu bringen: vorerst keine Chance einer Änderung

Schaukampf: CDU und SPD im Kern einig ...

„CDU und Ring Christlich-Demokratischer Studenten nennen dies ‚einen einmaligen Akt der Anerkennung und Aufwertung einer von Kommunisten beherrschten Organisation'." (Die Welt, 14.12.) „Der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerd Langguth sprach von einer ‚Anbiederung' der SPD-Spitze an die VDS." (Kieler Nachrichten (KN), 15.12.)

„Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel ... wiederholte seine Aufforderung an die Politiker, in den Hochschulen zu sprechen, auch wenn in zwei Fällen offensichtlich nicht nur Studenten, sondern auch Universitätsleitungen dem Auftreten von Politikern in den Hochschulen Widerstand entgegengesetzt hätten." (KN, 15.12.)

„Die CDU sucht das Gespräch mit allen Studentenverbänden, die SPD sieht im Spitzengespräch mit den VDS auch den Versuch, junge Leute in die Gesellschaft zurückzuführen." (Die Welt, 14.12.)

... Abspaltung der Intelligenz von den Arbeitern

„Unter dem Motto: ‚Zurück zur politischen Diskussion' diskutierten in der FU ... Rudolf Augstein, Schriftsteller

sprochen ... Da es völlig unrealistisch sei, auf eine Novellierung des HRG im Bund zu hoffen, müsse die Anpassung jetzt in den Ländern schnell vollzogen werden. Nur dann gebe es eine Chance, ‚mit dem Teil der Studenten klarzukommen, der in der Lage ist, Argumente aufzunehmen'. Dieser Teil sei jedoch ganz klein." (Die Welt, 9.12.)

„Der Akademische Senat der Technischen Universität hat Wissenschaftssenator Dr. Peter Glotz aufgefordert, nicht nur seinen Referentenentwurf für eine neues Berliner Hochschulgesetz zu ändern, sondern auch eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes zu veranlassen." (Berliner Morgenpost, 13.12.)

Ob es klappen wird?

Mit Hochschulpolitik kann man keinen Wahlkampf gewinnen, resümierte Professor Eduard Pestel. Er wollte sich am Telefon den Fragen der Bevölkerung stellen ... Um zehn Uhr wurde die Aktion beendet. Ergebnis: Ganze fünf Göttinger Studenten hatten den persönlichen Kontakt zu ihrem Minister gesucht." (Göttinger Tageblatt, 14.12.)

„Als deprimierend und alarmierend

VDS-Fachkonferenz Medizin beschließt Aktionstage und bundesweite Demonstration

Gegen die Maßnahmen der Reaktion, durch die Novellierung der Approbationsordnung für Ärzte die Konkurrenz unter den Medizinstudenten durch Regelstudienzeit und Prüfungsverschärfungen anzuziehen, die unbezahlte Zwangsarbeit der Medizinstudenten in der Klinik durch die Ausdehnung der Famulatur zu erweitern und sie auf das Ehrenbergsche Kostendämpfungsgesetz auszurichten durch neue Fächer wie „Umgang mit unheilbar Kranken" hat die VDS-Fachtagung Medizin am 17.12. folgende Maßnahmen beschlossen: An den Fachbereichen wird vom 23. bis 26.1. eine Aktionswoche durchgeführt, am 27.1. wird in Bonn eine zentrale Demonstration stattfinden unter Forderungen gegen diese Novelle und für den Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr. Im Anschluß an die Demonstration ist eine Versammlung der Demonstrationsteilnehmer, zu der die verantwortlichen Politiker vorgeladen werden, die dazu genutzt werden soll, weitere Kampfmaßnahmen einzuleiten.

Die bundesweite Streikfront hat eine Kraft entfaltet, die der Reaktion zu schaffen macht, gewiß. Soweit, daß sie taktieren mußten. Die Taktik der Reaktion auf den Streik der Studenten war Zurückweichen, Zuwarten und Anbieten des „Dialogs". Zurückgewichen ist es, wenn der Sack voll Drohungen, den sie öffentlich ausgestoßen haben, noch nicht erfüllt ist, wenn Strafverfahren noch nicht gestellt, Polizeieinsätze vergleichsweise wenig durchgeführt wurden. Auch die Scheinvergabe als eines der wichtigsten Mittel zur Spaltung und Niederhaltung der Bewegung konnte von der Reaktion nicht einfach eingesetzt werden. Viele Professoren mußten unterschreiben, die Minister die Sache offen

voreerst keine Chance einer Änderung, vorerst weiter Proteststimmung." (HAB, 10.12.)

Der „Dialog". Das Ziel: Gewinnung der Studenten für die Bourgeoisie

„Die SPD und die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) haben am Montag die Aufnahme des Dialogs zwischen dem Parteivorsitzenden Brandt und einer VDS-Delegation als sinnvoll bezeichnet. Die Gespräche sollen ... bereits Anfang des nächsten Jahres fortgesetzt werden. Ein VDS-Sprecher nannte es sehr positiv, daß der Dialog überhaupt zustandegekommen sei und nun auch weitergehe ... In einer SPD-Mitteilung hieß es, ... habe sich gezeigt, daß in einigen Punkten auch gemeinsame Auffassungen vorhanden seien." (FAZ, 13.12.)

FU ... Rudolf Augstein, Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger, die Professoren Fritz Eberhard, Jürgen Seifert und Horst Ehmke über das Thema ‚Einheitsmeinung oder Meinungsfreiheit'." (...) „Für Hans Magnus Enzensberger stellt sich das Problem Meinungsfreiheit als Minderheitenproblem der Intellektuellen dar. Die schweigende Mehrheit praktiziere als Einheitsmeinung das Einheitsschweigen." (Berliner Morgenpost, 15.12)

Novellierungsforderungen: Antwort auf den Druck, die Luft soll rausgelassen werden / Spaltung tut not

„Für eine schnelle Verabschiedung der Landeshochschulgesetze hat sich der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Erich Frister ausge-

„Als deprimierend und alarmierend zugleich hat der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Bernd Harms die Nachricht bezeichnet, daß die Hochschulgruppe der Jungsozialisten nicht mehr zu den Wahlen zum Studentenparlament zur Verfügung stehen will ... Jetzt sei jene Gruppe an der Universität in die Resignation getrieben worden, die ... als einzige in der Lage wäre, zu verhindern, daß Chaoten im Namen der Studenten eigene Interessen verfolgen." (KN, 9.12.)

„Finanzminister Walther Leisler Kiep wird am 16. Januar auf Einladung des RCDS in der Universität Osnabrück sprechen ... Allerdings will Minister Kiep vorsorglich nicht seinen besten Anzug bei diesem Besuch tragen, hieß es dazu in Hannover." (NOZ, 15.12.) – (N-Red.)

Beschluß der Universitätsvollversammlung der Technischen Hochschule Hannover zur Einberufung einer VDS-Mitgliederversammlung

Hannover. Die Universitäts-Vollversammlung der Technischen Hochschule Hannover vom 12.12. hat die VDS aufgefordert, bis spätestens Anfang Januar eine außerordentliche VDS-Mitgliederversammlung einzuberufen, auf der Beschlüsse zur Weiterführung des bundesweiten Streiks gefaßt werden. Der Antrag des MSB, den Streik als „großen Erfolg" einzuschätzen, wurde damit abgelehnt. Der Beschluß wurde bei ca. 600 Anwesenden mit einfacher Mehrheit gefaßt.

Stützen des zionistischen Siedlerregimes an den Hochschulen

„Das Existenzrecht der Palästinenser darf nur unter der Voraussetzung anerkannt werden, daß die Existenz des Staates Israel und seine gesicherten Grenzen international garantiert werden.

Eine friedliche Lösung des Nahost-Problems kann nur auf der staatlichen Unabhängigkeit Israels und der Souveränität der Palästinenser geschaffen werden.

Keine Anerkennung von Terroristen als Verhandlungspartner in der UNO und in sonstigen Gremien.

Kein Votum für den Mord, weder durch die Europäische Gemeinschaft noch durch die passive Unterstützung durch die Regierung der Bundesrepublik ..."

Diesen unverhüllten Standpunkt der zionistischen Aggression haben im Dezember 1974, angeführt von dem Sozialdemokraten Günter Grass, eine ganze Reihe von Professoren an den westdeutschen Hochschulen eingenommen, die z.T. als „fortschrittlich" galten und zum Teil als Reaktionäre schon bekannt sind: so zu diesem Zeitpunkt Fohrer, Professor in Erlangen; Pöggeler, Professor in Aachen; Sontheimer, Professor in München; Patze, Professor in Göttingen; Fetscher, Professor in Frankfurt; Martini und Hamburger, Professoren in Stuttgart; Ossin und Lompe, Professoren in Braunschweig; und schließlich der inzwischen gestorbene Bloch, Professor in Tübingen.

Gegen die Unterstützung der Staaten der Dritten Welt für die PLO durch Einladung ihrer Vertreter in die UNO trat die stattliche Professorenriege mit dieser Erklärung auf, die dem palästinensischen Volk das *Existenzrecht* bestreitet. Also offene Rechtfertigung für die rassistische Unterdrückung, Vertreibung, Ermordung und Aggression gegen die Araber in Palästina wie in den zu Palästina benachbarten arabischen Staaten.

Seit dieser Erklärung haben die zionistischen Reaktionäre weiter daran gearbeitet, im Professorenkörper der Hochschulen die Unterstützung der zionistischen Aggression und Unterdrückung zu verstärken.

Göttingen zum Beispiel ist ein Schwerpunkt. Hier haben sich 19 Professoren, Direktoren und Dozenten im Oktober 1973 in einem Brief an Schmidt gewandt mit dem Verlangen, zur „Wahrung der Überlebenschancen des Staates Israel ... Kraft und Autorität zur Verfügung zu stellen". Die Bundesregierung hatte gerade aufgrund der Proteste und des Widerstands sich gegen den Transport von US-Militärmaterial und Truppen von den Flughäfen und Stützpunkten in der BRD nach Israel erklären müssen.

Im Dezember 1975 wurde in Jerusalem unter Vorbereitung dieser Göttinger Wissenschaftler das „Dritte Deutsch-Israelische Symposium" durchgeführt und weitere Vereinbarungen über „engere wissenschaftliche Zusammenarbeit" getroffen. Ein Teil der Unterzeichner des zitierten Briefes trat auf diesem Symposium mit Thema „Informationstheorie in den Naturwissenschaften" als Referenten auf, so der Nobelpreisträger Manfred Eigen als Direktor des Max-Planck-Instituts für Biophysikalische Chemie.

Im September 1976 wurden in Göttingen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zwischen der Göttinger Universität, der Akademie der Wissenschaften Göttingen und den Max-Planck-Instituten einerseits und der Hebräischen Universität Jerusalem andererseits getroffen. Der Zweck dieser Vereinbarungen ist die direkte Unterstützung des Zionismus und der Unterdrückung und Aggression durch das rassistische Siedlerregime in Palästina. Dazu sollen Wissenschaftler ausgetauscht, Gastvorlesungen vereinbart und regelmäßig gegenseitig besuchte „Symposien" durchgeführt werden. Über die Einbeziehung der Max-Planck-Institute in diese Politik haben sich die westdeutschen Imperialisten so unter dem harmlos klingenden Firmenschild „wissenschaftliche Zusammenarbeit" damit auch eine Möglichkeit geschaffen, zur Befriedigung ihrer Ausbeuterinteressen diese „Verbindungen" zu nutzen.

Gleichzeitig betreibt die westdeutsche Bourgeoisie mit Hilfe dieser Professoren die Rechtfertigung ihrer Unterstützung für die zionistische Aggression im Nahen Osten. 1974, noch vor der eingangs zitierten Resolution, wurde der Professor für Politikwissenschaft an der Braunschweiger TU und Mitglied der „Deutsch-Israelischen Freundschaftsgesellschaft" von den Studenten angegriffen. Die Leistungen, die er der Bourgeoisie für die Erlangung seiner Doktorwürde dargebracht hatte, wurden enthüllt: In dieser Doktorarbeit kommt er zu dem Ergebnis, daß dem Recht des palästinensischen Volkes auf sein Land „nicht mehr als die Qualität einer Phrase zugestanden werden (kann)" und „aus dem Festgestellten geht unzweideutig hervor, daß es in Nahost gar nicht mehr um ein echtes Flüchtlingsproblem, sondern um einen Bevölkerungsaustausch geht ... Bevölkerungsaustausche sind in der Geschichte nicht allzu selten praktiziert worden ... " (zitiert nach RHZ, Braunschweig, 5.11.74)

Damit wird die von den Imperialisten in der UNO durchgesetzte Resolution Nr. 242, die die Forderungen der Palästinenser negiert, indem sie die Existenz des israelischen Siedlerstaates garantiert und das Schicksal des palästinensischen Volkes für ein „Flüchtlingsproblem" erklärt, von diesen Vertretern der Professorenreaktion der „Kritik" unterzogen. Das Ergebnis ist offener Rassismus, der die Verbrechen der zionistischen Terrororganisationen und ihrer bewaffnete Einheiten gegenüber den Arabern, die Vertreibung, Entrechtung und Unterdrückung der Araber in Palästina durch den zionistischen Siedlerstaat und die kolonialistische Besitzergreifung von dem Land Palästina als „Bevölkerungsaustausch" zu rechtfertigen versucht. Die Erinnerung an die Faschisten, die diese Theorie hervorruft, hat Gründe.

Das kolonialistische und imperialistische Programm, für dessen Rechtfertigung und Unterstützung diese Vertreter der Professorenreaktion von der Bourgeoisie ausgehalten werden, hat bereits der damalige General P.J. Huley als persönlicher Beauftragter des Präsidenten des USA-Imperialismus, Roosevelt, im Mittleren Osten so vorgestellt:

„Die Zionistische Organisation in Palästina hat auf ihre Verpflichtungen gegenüber einem erweiterten Programm hingewiesen, welches vorsieht:
1. einen souveränen zionistischen Staat, der Palästina und wahrscheinlich schließlich auch Transjordanien umfassen soll;
2. eine allmähliche Aussiedlung der arabischen Bevölkerung von Palästina in den Irak;
3. eine zionistische Führungsrolle in dem gesamten Mittleren Osten auf den Gebieten der wirtschaftlichen Entwicklung und Kontrolle." (zitiert nach: S. Hadawi, Brennpunkt Palästina) – (Z-Red.)

Bonns „größter Spionagefall" enthüllt interessante Geheimnisse über die Mobilmachungspläne der westdeutschen Bourgeoisie

Daß die DDR-Bourgeoisie seit zwei Jahren und länger und im einzelnen weiß, was die Bundeswehr- und NATO-Führung zur Kriegsvorbereitung an Plänen fabriziert haben, ist für die westdeutsche Bourgeoisie äußerst betrüblich. Daß das Volk in Westdeutschland anderthalb Jahre nach der Verhaftung der drei Spione Renate Lutze, Lothar-Erwin Lutze und Jürgen Wiegel darüber erfährt, ist erfreulich, weil nützlich. Wo es sowieso zum Teil heraus ist, versucht die „Frankfurter Allgemeine" jetzt, mit der Enthüllung des „jüngsten" Bonner Spionagefalls Chauvinismus zu erzeugen („Bild": Sie hat die ganze Bundeswehr verraten!), sowie die Säuberung der eigenen Reihen von denjenigen, die den riesigen Haufen Unrat in der imperialistischen Armee nicht mehr bändigen konnten („Welt": Mit Bedauern stellt man fest, daß Leber nicht mehr der Alte ist. „Frankfurter Allgemeine":

Das widerwärtige Bagatellisieren um jeden Preis ist einer der Krebsschäden der gegenwärtigen Führung der Staatsgeschäfte). Und Krebs muß rausoperiert werden; jeder möge sich aufregen über den Verrat „unserer" Kriegsgeheimnisse – Ergebnis der Operation.

Die DDR hat in Erfahrung bringen können: die Logistik der NATO, deren Kraftstoffversorgung und Pipelinesystem; die mit dem Konzept der „Vorneverteidigung", sprich: Aggression nach Osten verbundene „Weiterentwicklung der Bundeswehrstruktur"; Unterlagen über die kurz- bis langfristige Bundeswehrplanung einschließlich des Konzepts für die Entwicklung des Kampfpanzers 3 für die 90er Jahre; Auswertungen mit „Mängelberichten" über die Bundeswehr, die NATO-Stabsrahmenübung „Wintex" 1977; den Stand der Kenntnisse der NATO über den Warschauer Pakt; detaillierte Haushaltspläne des Verteidigungsministeriums; Krisen-, Notstands-, Alarm- und Mobilmachungspläne.

Letztere, auch nur die dürren Meldungen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 12.12., enthüllen einiges darüber, wie die Bourgeoisie eine Mobilmachung zustande bringen will: Zum Alarmplan gehören „alle Maßnahmen, die im Ernstfall ergriffen werden sollen ... wann und wer alarmiert wird, welche Räume von welchen Einheiten zu beziehen sind, wann scharfe Munition verteilt wird, zu welchem Zeitpunkt die einzelnen Einheiten ihre Verfügungsräume zu beziehen haben und wann sie in die Bereitstellungsräume vorrücken müssen, aus denen heraus zu Kampfhandlungen anzutreten ist, wann zivile Fahrzeuge beschlagnahmt werden, welche Vorbereitungen zur Evakuierung der Bevölkerung getroffen werden müssen."

Der „Hauptmangel" der Bundeswehr besteht für die Bourgeoisie darin, daß die Klassenspaltung zwischen Soldaten und Offizieren sich zunehmend vertieft, daß die herrschende Klasse nicht damit rechnen kann und auch nicht damit rechnet, eine Mobilmachung für den imperialistischen Krieg mit Unterstützung der Soldaten – wenn überhaupt – zustande zu bringen. Dies drückt sich deutlich in der Alarmplanung aus: Was ist der richtige Zeitpunkt, an dem die scharfe Munition an die Soldaten verteilt wird? Noch in der Kaserne, das ist zu früh, die Soldaten könnten sie für den Schuß in die richtige Richtung – auf die eigene Bourgeoisie – verwenden, statt die imperialistischen Konkurrenten der Bourgeoisie aus dem Warschauer Pakt anzugreifen. Also erst „Räume beziehen" mit Platzpatronen wie zum Manöver, als was die ganze Mobilmachung deklariert werden muß, und erst bei Feindberührung, wenn die Kugeln um die Ohren pfeifen und sich den Soldaten die Alternative „stirb oder wehr dich" machtvoll aufdrängt, Ausgabe der scharfen Munition. Vom gleichen Mißtrauen wie gegenüber den Soldaten ist die Bourgeoisie gegenüber den Volksmassen geplagt. Wann sind die Autos zu beschlagnahmen, um „die Bevölkerungsbewegungen lenken" zu können, also zu verhindern, daß sich die Massen dem imperialistischen Abenteuer durch Flucht entziehen, und welche Vorbereitungen sind dafür zu treffen?

Die westdeutsche Bourgeoisie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Vorbereitungen allumfassend sein müssen, daß sie die Massen in ein Militärzuchthaus einsperren und die Soldaten vollständig entrechten und unterdrücken muß. Das weiß die neue Bourgeoisie in der DDR schon lange aufgrund eigener Erfahrungen. Woran sie interessiert ist, sind die „Mängel", die Widersprüche, die das hervorbringt, wie umgekehrt die westdeutsche Bourgeoisie an den Widersprüchen in der DDR und im Warschauer Pakt interessiert ist, um Schwächen auszunutzen und Breschen zu schlagen. Ein Vorgeplänkel des imperialistischen Krieges, über das die Arbeiterklasse ihre Kenntnis beider Halunken vertiefen kann, um sie umso wirkungsvoller zu beseitigen. – (Z-Red.)

Reformbetrug brisant hochgegangen

Noch selten ist ein Reformbetrug so brisant hochgegangen, als dies der Wehrdienstgesetznovelle geschah. Der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts hat die Novelle durch einstweilige Anordnung außer Kraft gesetzt, über das Urteil, das bis zum 1. März 1978 folgen soll, zweifelt niemand.

Stücker 30000 Gewissen müssen jetzt nachgeprüft werden. 111 Ausschüsse und 55 Kammern werden feststellen, ob man aus den Inhabern dieser 30000 Gewissen vielleicht nicht noch ganz gute Soldaten machen kann. Wo wird das Planziel liegen? Wir schätzen, daß die Ausschüsse vier Fünftel gewissentauglich finden werden. Ist doch Ehrensache.

Wir haben der Jugend stets geraten, in die Armee zu gehen, um das Waffenhandwerk zu erlernen. Wir waren und sind auch stets Verfechter des unbedingten Rechts auf jederzeitige Kriegsdienstverweigerung geblieben.

Wir meinen, daß die politischen Forderungen nach Lohnfortzahlung, Recht auf jederzeitige Verweigerung, und für Zeitsoldaten und bei der Polizei Recht auf jederzeitige Kündigung eine Einheit bilden, die man nicht auseinanderreißen darf, da sonst Spaltung eintritt.

Wir meinen aber schon, daß die 30000 jetzt Nachzuprüfenden und die Zehntausende, die ihnen Quartal für Quartal folgen, mehr Unterstützung brauchen, als sie bisher genossen haben.

Es wäre nicht richtig, die heimliche Aussortierung dieser Inhaber von Gewissen, die im Widerstreit mit den Interessen

Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees

Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees

Vom 28.12. bis zum 31.12. finden die Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees statt. Die letzte Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung berichtete darüber. Angemeldet wurde der Klagesmarkt, auf dem ein großes Festzelt errichtet werden soll. Dieser Platz entspricht den Vorstellungen der SRKs und allen, die diese Musiktage unterstützen, denn der Platz liegt in der Innenstadt und schafft gute politische Möglichkeiten, daß die Volksmassen an diesen Musiktagen sich beteiligen und sich die Konzerte anhören können. Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht sind die Forderungen der SRKs, Gewehre für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe werden durch die Musiktage unterstützt.



Dies ist auch der Stadt Hannover klar. Die Genehmigung wurde verzögert. Das Soldaten- und Reservistenkomitee hat auf diese Tatsache hingewiesen mit Platzkonzert am Ordnungsamt und Flugblatt an die Beschäftigten des Ordnungsamtes. Bei den gleichzeitigen Verhandlungen wurde der Platz abgelehnt, einen Belagerungszustand durch die Musiktage scheinen die Stadt Hannover und die Landesregierung zu vermuten. Gegen das Verbot werden alle juristischen Mittel ins Feld geführt. Die Verhinderung der Musiktage wird der



Stadt nicht gelingen, dies steht fest! Die Soldaten- und Reservistenkomitees sind entschlossen, diese Musiktage durchzuführen und bereiten alles vor, damit die revolutionären Lieder auf den Musiktagen aufgeführt werden können. Am Samstag fand in Hannover eine Kundgebung mit Platzkonzert und Umzug gegen die Absichten der Stadt Hannover und der Landesregierung statt. Öffentliche Konzerte, öffentliche Proben sind gute Möglichkeiten, revolutionäre Lieder zu spielen, dies muß auch die Bourgeoisie am Samstag bemerkt haben.

der Bourgeoisie liegen, zuzulassen.

111 Ausschüsse und 55 Kammern werden tätig werden. Diesen muß man den politischen, theoretischen, ideologischen Prozeß machen. Man sollte ruhig ein wenig Druck ausüben. Werden die Verweigerer anerkannt, so stärkt das den Kampf in der Armee, auf den es ankommt. Werden sie nicht anerkannt und müssen einrücken, so stärken sie den politischen Kampf in der Armee.

Die Lage ist so übel nicht. Wie ist diese günstige Lage entstanden? Eine Fehleinschätzung der Bourgeoisie liegt zugrunde. Wer erinnert sich noch? Die ganze Zeitungswelle über das „Duckmäusertum" bei den Schuljugendlichen. Über den „Kampf um Lehrplätze" bei der Arbeiterjugend. Man dachte bei der Bourgeoisie, man hätte die Jugend durch den grausamen Druck des Arbeitsmarktes so klein gekriegt, daß die Jugendlichen massenweise und mit Begeisterung in die Armee kröchen.

So war es aber nicht. – (Z-Red.)

Neue Regelungen des Sanitätsdienstes

Oldenburg. Der Brigadearzt der Panzerbrigade 33, 11. Division, Oberfeldarzt Dr. Dr. Toellmann, hat jetzt ein Merkblatt für Truppenführer und Stabsärzte mit Hinweisen für die Handhabung des „krank zu Hause" ausgegeben. Er bemängelt: „Die Empfehlung wird von Truppen- und Standortärzten zu großzügig gehandhabt. Die Disziplinarvorgesetzten folgen zuwenig den Empfehlungen, obwohl sie wissen, daß die Masse der Truppen- und Standortärzte Grundwehrdienstleistende sind. Eine wöchentliche Überprüfung der Empfehlung findet nicht statt. Folgen: Soldaten nutzen das ‚krank zu Hause' als Tarnung oder als Einstieg für eine eigenmächtige Abwesenheit von der Truppe." Die Armeeführung muß den Kampf aufnehmen gegen Zersetzungserscheinungen, die auch vor den Ärzten nicht haltmachen. Die Kontrolle und Unterdrückung soll verstärkt werden. Auf einer Kommandeurstagung der Sanitätsbataillone wurde bekanntgegeben, daß im Mobilisierungsfall sofort 95000 Zivilpersonen dem Militär unterstellt werden, davon 38000 Frauen und ca. 12000 Ärzte.

Manöver der Besatzertruppen in Westberlin

Westberlin. In dieser und in der letzten Woche fanden in Westberlin größere Militärmanöver der Besatzertruppen statt. Es handelte sich um Übungen, die über mehrere Tage und Nächte gehen. Zu beobachten waren Panzermärsche durch die Stadt (auch nachts), abgesessene Infanterie mit schwerem Gerät und Gepäck, die durch Wohngebiete marschierte. In den Zeitungen war bisher keine Notiz zu den Manövern. Die Redaktionen der Lokalpresse konnten auf Anfrage keinerlei Auskunft geben und wußten offenbar tatsächlich nicht viel.

Nach einem Gespräch mit einem Soldaten der Besatzertruppen konnte folgendes ausgemacht werden: Am 12., 13. und 14. fand eine gemeinsame Übung der französischen und britischen Besatzer statt. Auf beiden Seiten kämpften gemischte Verbände der Alliierten. Der militärische Zusammenstoß wurde in Heiligensee geprobt. Das ist die nordwestlichste Ecke von Westberlin, von wo die NATO Panzerstoßtruppen im Fall eines Durchbruchs nach Westberlin erwartet. Die Übung fand bei schlechtem Wetter statt und war für die Mannschaften mit besonderer Schikane und Rödelei verbunden.

„Das Deutschtum ist die profunde Seele der Legion"

Nach der Niederlage des französischen Imperialismus 1962 in Algerien war in der bürgerlichen Presse zu lesen: „Die Fremdenlegion ist, so wie sie war, zum Anachronismus geworden. Sie ist mit dem Kolonialismus groß geworden, zusammen mit ihm wird sie ins Grab sinken." (Stuttgarter Zeitung, 12.5.1962) Heute hat Frankreich eine Fremdenlegion mit über 10000 Mann, bestehend aus drei Infanterieregimentern, aus einem gemischten, einem Panzer- und Fallschirmregiment. Stationiert sind diese Söldnertruppen in Djibouti, Madagaskar und Tahiti, von wo aus sie zum Einsatz gebracht werden gegen den Befreiungskampf der Völker der Welt. Sie erfüllen das blutige Geschäft für die Imperialisten vor allem in den „Friedenszeiten" und bereiten mit ihren Überfällen die Interventionen des französischen Imperialismus vor. So waren Kompanien der Fremdenlegion bei den Auseinandersetzungen in Zaire mit von der Partie, wo der französische Imperialismus bereits alle Maßnahmen zu Intervention getroffen hatte. In den „offiziellen" Schlachten der imperialistischen Räuberkriege kämpfen sie dann als „reguläre" Truppenteile, gegen die Revolution werden sie eingesetzt als „Elitetruppen" der Konterrevolution.

Die französische Fremdenlegion ist ein zusammengewürfelter gedungener Haufen. Diese Hunde tun alles, aber wirklich alles für eine Handvoll Geld. Die „Tradition" der Fremdenlegion ist die jetzt fast 150jährige Tradition eines bezahlten Mörderhaufens der Bourgeoisie, die jeden Widerstand und Freiheitsstreben vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes in Frankreich, jeden Versuch des Erringens der Unabhängigkeit der Völker der Dritten Welt in Blut zu ersticken versuchten.

1831 erließ der „Bürgerkönig" Louis Philippe in Frankreich ein Gesetz, dessen erster und noch heute gültiger Artikel heißt: „Im Königreich wird eine Fremdenlegion gebildet, die aber nur außerhalb des Territoriums des Königreichs verwendet werden darf." Zusammengestellt wurde die Truppe vom neu errichteten bürgerlichen Staatsapparat, die er „gar trefflich als Kanonenfutter hielt". Einen Eid schwört die gedungene Bande noch heute unter der Devise: „Legio Patria Nostra", d.h. „Die Heimat ist die Legion", und die französische Bourgeoisie hat festgehalten: „Ihr Legionäre seid Soldaten zum Sterben, ihr werdet dort hingeschickt, wo gestorben wird." Die wichtigsten blutigen Stationen der Legion für „die Fremde" für die Profitgier der Imperialisten vermitteln den richtigen Eindruck, welcher Art und welchem Zweck die 150jährige „Tradition" dient:

1831 Algerien, 1847 Kabylien, 1854 Krim, 1859 Italien, 1863 Mexiko, 1870/71 sind sie die führenden Horden der französischen Bourgeoisie bei der Niederwerfung des Proletariats in Paris und zerschlagen Seite an Seite mit deutschen Interventionstruppen die Pariser Commune und die Diktatur des Proletariats. Dann Einfall in Marokko 1912, Beteiligung am 1. Weltkrieg, 1915 erneut Marokko, 1933 bis 1940 versuchen sie, die Völker ganz Nordafrikas zu unterwerfen. 1950 bis 1954 ist ihr Auftrag, den Widerstandskrieg des vietnamesischen Volkes mit brutalsten Überfällen niederzuhalten und zu ersticken. 1954 in der Niederlage der französischen Imperialisten bei Dien Bien Phu – 25000 von ihnen sind im Einsatz – sind 10000 von ihnen danach nicht mehr in der Lage, gegen die indochinesischen Völker blutig vorzugehen, der Befreiungskampf des Volkes von Vietnam hat sie für immer hinweggefegt. 1958 bis 1962 erhält der französische Imperialismus die nächste entscheidende Schlappe, das algerische Volk erkämpft seine Unabhängigkeit, die Killertruppen werden geschlagen, der überlebende Rest muß nach Frankreich abgezogen werden.

Der Befreiungskampf der Völker hat dem Imperialismus wuchtige Schläge versetzt, umso hektischer bereiten die Imperialisten die Intervention in ihren ihnen noch verbliebenen Stützpunkten auf dem afrikanischen Kontinent vor. Die Stärke der Fremdenlegion soll jetzt wieder erhöht werden, das Ausbildungslager auf Korsika ist ausgebaut worden. Die Aufgaben dieser käuflichen räudigen Elemente sind vielfältig und bestehen derzeit darin, als „Zivilisten" bei den afrikanischen Völkern Spaltung zu säen, einzelne afrikanische Stämme zu überfallen und „Stammesfehden" zu provozieren, die den Boden schaffen sollen für die bewaffnete Intervention der imperialistischen Mächte.

Die herrschende Klasse hat immer für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft gedungene Mörderbanden gebraucht, auf das Volk können sie sich dabei nicht stützen. Seit es die bürgerliche Klasse gibt, gibt es die Fremdenlegion. Die westdeutsche Kapitalistenklasse hat darob schon immer voll Neid auf die französische Bourgeoisie geblickt. In der „Quick" hat sie jetzt feststellen lassen: „Das Deutschtum ist die profunde Seele der Legion." Schon immer hätten die „Deutschen" die Fremdenlegion gestellt, zu Weihnachten singt sie auf „deutsch": „Stille Nacht, heilige Nacht", und wenn einer beigesetzt wird, dann heißt's: „Ich hatt' einen Kameraden." (Quick Nr. 51) 50% sind „deutsch", und was ganz wichtig ist, das ganze Offiziersgesindel, das den Bluthunden „die Hammelbeine langzieht", ist deutsch, vom einäugigen „Spieß Wollner" bis hin zum „Suppen-Eddy" und „Sauerkraut-Maxe". Alles gute Jungs, denn schließlich sind sie ja vom westdeutschen Staatsapparat selber ausgewählt. „Wir haben ja Leute mit guten Drähten zum Bundesverfassungsschutz, und wenn bei dem gegen einen Mann keine Bedenken bestehen, dann wird er akzeptiert." (Quick Nr. 51) Die westdeutsche Bourgeoisie preist derzeit diese gute „deutsche Tradition" und meint nichts anderes als: Eigentlich bräuchten wir auch so einen Haufen, er wäre in unseren Händen viel nützlicher als in den Händen unseres Konkurrenten, der französischen Imperialisten. Was liegt näher für die westdeutsche Kapitalistenklasse, als nach dem „erfolgreichen" Aufbau und dem ersten blutigen Einsatz in Territorium eines afrikanischen unabhängigen Staates, von GSG 9 in Somalia, eine GSG 10 aufzubauen und die weltweite „deutsche" „Antiterror"-Interventionstruppe zu planen, in die dann ganz sicher das „Deutschtum" der Fremdenlegion reibungslos eingehen kann. – (Z-Red.)

Verstärkung der sozialimperialistischen Kriegsflotte im Mittelmeer

Anfang Dezember haben die Sozialimperialisten nach einer Meldung der Hsinhua-Nachrichtenagentur vom 4. Dezember ihre Kriegsflotte im Mittelmeer innerhalb weniger Tage durch sechs weitere Kriegsschiffe erheblich verstärkt, darunter ein kürzlich vom Stapel gelaufener Lenkraketenkreuzer. Am 23. November war der 19000-Tonnen-Flugzeugträger Moskwa u.a. in Begleitung eines Lenkwaffenzerstörers zu der Mittelmeerflotte der Sozialimperialisten gestoßen. Die Hubschrauberträger Moskwa und Leningrad stellen den Beginn des Aufbaus einer seegestützten Luftmacht durch die Sozialimperialisten dar.

Am 26. November hatte Präsident Sadat die arabischen Staaten, Israel, die USA und die UdSSR zur Konferenz nach Kairo eingeladen. So wie in diesem Fall haben die Imperialisten in den vergangenen Jahren keine Gelegenheit ausgelassen, durch ihre militärische Präsenz und Schlagkraft den Völkern zu drohen. Die USA-Imperialisten, in früheren Jahren mit ihrer Sechsten Flotte kaum bestrittener Herrscher im Mittelmeer, verstärken aufgrund der Expansion der Kriegsflotte der Sozialimperialisten ihre eigene Präsenz. Die Dringlichkeit des Abzugs aller fremden Kriegsflotten zu erkämpfen, bestätigt die Erklärung eines ihrer Vizeadmiräle in den „NATO-Briefen": „Das Verhalten sowjetischer Schiffe in der Nähe großer amerikanischer Flotteneinheiten während dieser Krisen im Mittelmeer deutet daraufhin, daß sich die sowjetische Führung noch nicht gedrängt fühlt, eine direkte Konfrontation mit der amerikanischen Flotte herbeizuführen."

Gerüchte über Preiserhöhungen in der Sowjetunion

Seit Monaten hält sich hartnäckig das Gerücht über bevorstehende Preiserhöhungen der Konsumgüter in der Sowjetunion. Über die Veränderung der Produkte, offiziell „neue und verbesserte Produktion" sollen die Betriebe die Preise erhöhen können, meldete die „Iswestija". Diese Form der Ausplünderung der sowjetischen Massen ist nicht neu, die mit der Verbesserung der Qualität begründet wurde, und die sich nachher als übermäßige Erhöhung von kaum veränderter Ware herausgestellt hatte. Die Sozialimperialisten müssen sich immer neue Methoden überlegen, um ihr Programm der imperialistischen Expansion und Kriegsvorbereitungen durchführen zu können. Die Ausplünderung auf dem Warenmarkt, der vom Staatsapparat der neuen Zaren kontrolliert wird, ist dabei eine Einnahmequelle. Schon im letzten Jahr ist den sowjetischen Arbeitern und Bauern eine Reihe von Preiserhöhungen verordnet worden. Am 1. Januar stiegen die Abonnementpreise verschiedener Zeitschriften bis zu 50% (Wochenblatt Nedela / Krokodil). Des weiteren wurden verschiedene Buchpreise erhöht. Am 1. April wurden die Taxipreise verdoppelt

Gegen den Pakt von Moncloa kämpfen die spanischen Arbeiter um ihre Einheit

Kampf um die Gewerkschaftseinheit / Westdeutsche Imperialisten wollen „größter Mittelmeeranrainer" werden

Gegen die Versuche aller bürgerlichen Parteien, die Arbeiterbewegung in die Zwangsjacke des „Sozialpakts" von Moncloa zu pressen, setzen die spanischen Arbeiter ihre Streikkämpfe fort.

Am 2. Dezember streikten 200000 in der baskischen Provinz Viscaya gegen die Folgen der Krise und der Arbeitslosigkeit. Im Anschluß an den Streik, zu dem alle Gewerkschaftszentralen gemeinsam aufgerufen hatten, erklärten diese, daß die begonnene Aktionseinheit jetzt fortgesetzt werden muß.

Am 12. Dezember folgten zahlreiche Belegschaften auf den Kanarischen Inseln einem Streikaufruf des Sindicato Unitario (SU, Einheitsgewerkschaft) und des Gewerkschaftsbundes der Kanarischen Inseln, der für die Lostrennung von Spanien eintritt. Die Studenten der Universität von La Laguna schlossen sich dem Streik, der der Unterstützung der seit Monaten im Lohnkampf stehenden Transport- und Tabakarbeiter der Inseln diente, an. Gegen Abend setzte die Staatsmacht zum Sturm auf die teilweise von Studenten besetzte Universität die Bürgerkriegsarmee Guardia Civil ein. Auf die in die Eingangshalle der Universität geflüchteten Studenten wurde das Feuer eröffnet, ein Student wurde getötet, ein weiterer schwer verletzt. Die ganze Woche über lieferten Arbeiter und Studenten der Polizei Straßenkämpfe.

Seit Wochen führen die Beschäftigten der Krankenhäuser der staatlichen Krankenversicherung im ganzen Land Streiks zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach Lohnerhöhung um 6500 Peseten (etwa 170 DM), 38-Stunden-Woche mit zwei dienstfreien Sonnabenden im Monat und gegen die Kürzung der Stellenpläne durch. Sie haben eine Nationale Koordination gebildet, in der alle Gewerkschaftszentralen vertreten sind.

Wo die Arbeiter die bürgerlichen Führer der größten Gewerkschaften zu einheitlichem Vorgehen zwingen können, gewinnen ihre Aktionen große Wucht. Wo dies nicht gelingt, nutzen Regierung und Oligarchie die Zersplitterung zu Spaltung. So beim Kampf der Madrider Bauarbeiter. Die revisionistisch geführten Comisiones Obreras (CC.OO.) haben eine Lohnforderung innerhalb der Schranken des Pakts von Moncloa aufgestellt, die Forderung der anderen Gewerkschaften nach 30000 Peseten (780 DM) Mindestlohn geht über die 22%-Schranke, die die Regierung jetzt sogar rückwirkend durchsetzen will, hinaus. CC.OO. und SU treten für gemischte Verhandlungsdelegationen aus Vertretern der Gewerkschaftszentralen und der kämpfenden Belegschaften ein, die anderen Gewerkschaften für Führung der Verhandlungen ausschließlich durch die Zentralen. Zu unterschiedlichen Terminen wird zum Streik aufgerufen. Folge: Die Kapitalisten weigern sich rundweg, überhaupt zu verhandeln, die Regierungspartei UDC macht sich an den Aufbau gelber Gewerkschaften.

Im Kampf gegen den Faschismus haben die Arbeiter seit fast zwanzig Jahren die illegalen Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras) als einheitliche Kampforgane aufgebaut. Kaum war die Legalität der Gewerkschaftsorganisation erkämpft, haben die Revisionisten, die in der Führung der Arbeiterkommissionen die Mehrheit hatten, diese in ihre Richtungsgewerkschaft umgewandelt. Sie zerstörten so den Ansatz zum Aufbau einer Einheitsgewerkschaft. Die Sozialisten haben die UGT und die USO, die Anarchosyndikalisten die CNT als ihre jeweiligen Richtungsgewerkschaften. Die Revolutionäre der ORT, die schon in den Arbeiterkommissionen für die Einheitsgewerkschaft gekämpft haben, arbeiten jetzt im Sindicato Unitario, das seit Jahresbeginn von gut 100000 auf 430000 Mitglieder angewachsen ist.

Die Arbeiter wollen die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die nur möglich ist gegen das Programm der Unterwerfung unter die Interessen der Oligarchie und des ausländischen Kapitals, gegen den „Sozialpakt". In der letzten Woche hat die sozialistische Partei PSOE die ihr nahestehenden Gewerkschaften UGT und USO zusammengeschlossen. Sofort hat das zu einer Spaltung der USO geführt, wo ein Teil nicht zu „Einheit" auf Grundlage des Pakts von Moncloa bereit war und ist.

Gegenwärtig finden Betriebsratswahlen statt. Das SU tritt dafür ein, die Wahlen zur Herstellung der Einheit der Belegschaften zu nutzen und wo immer möglich Einheitslisten aller Gewerkschaften aufzustellen. Diese Linie findet Unterstützung. In 23 Betrieben, in denen bis Mitte November schon gewählt worden war und wo SU-Mitglieder kandidiert hatten, sind von 573 gewählten Betriebsräten 214 Mitglieder des SU. In den meisten Betrieben wird erst im Januar und Februar gewählt.

Das „Sanierungs"programm von Moncloa bedeutet freie Bahn für die Imperialisten bei der verschärften Plünderung der Reichtümer des Landes und der Ausbeutung seiner Arbeiter. Schon wird nach der kräftigen Peseta-Abwertung des Sommers von weiterem „Floaten nach unten" gesprochen, statt Einfuhrbeschränkungen. (Blick durch die Wirtschaft, 7.12.) Für die Imperialisten bedeutet die fortwährende Verschlechterung des Peseta-Kurses eine dritte Quelle der Aneignung des Arbeitsprodukts der spanischen Arbeiter und Bauern, neben der direkten Ausbeutung durch „Niederlassungen" in Spanien selbst und der zur Emigration in die imperialistischen Länder gezwungenen spanischen Arbeiter. Die westdeutschen Imperialisten, seit einigen Jahren größter Handelspartner Spaniens, betreiben die Einverleibung des Landes in die EG, um die US-Konkurrenz auszubooten und den Sozialimperialisten zuvorzukommen. EG-Kommissar Haferkamp verspricht sich eine „zwangsläufige Zunahme" des „außenpolitischen Gewichts einer südlich erweiterten Gemeinschaft". Es ist „auch nicht ohne Bedeutung, daß die südliche Erweiterung die EG zum größten Mittelmeeranrainer macht und daß der größte Teil des Mittelmeers künftig in die 200-Meilen-Zone der erweiterten EG fallen wird." (Europa-Archiv, 19/1977) Der westdeutsche Imperialismus, der mit keinem Zentimeter „Mittelmeeranrainer" ist, will bei diesem Aufschwung zur Hegemonialmacht im Mittelmeer die erste Geige spielen. Die französischen Konkurrenten sind dabei im Wege. Diese „Kreise" so Haferkamp, wollen aus „egoistischen Motiven" den EG-Beitritt Spaniens verhindern.

Nach dem Pakt von Moncloa hat jetzt ein westdeutsches Bankenkonsortium unter „Federführung" der Deutschen Bank einen 300 Millionen-Dollar Kredit an Spanien gegeben. Mit dem Mittel der Schuldknechtschaft will diese Sorte „Mittelmeeranrainer" noch fester Fuß in Spanien fassen. „Blick durch die Wirtschaft" ist skeptisch, ob aus dem Unternehmen was wird. „Die Frage ist, ob die gute Absicht der Regierung und der Opposition, auf ökonomischem Gebiet zusammenzuarbeiten, von der Mehrheit der spanischen Bevölkerung in der Form honoriert wird, daß auch sie ihren Beitrag zur Überwindung der Krise leistet." Das ist allerdings sehr die Frage. Es sieht nicht so aus. – (Z-Red.)



Einheitliche Demonstration aller Gewerkschaftszentralen in Bilbao gegen die Massenentlassungen der Fabrik des amerikanischen Babcock-Konzerns. Mit spanischen und baskischen Parolen wenden sich die Arbeiter gegen den „Sozialpakt" von Moncloa.

April wurden die Taxipreise verdoppelt und die Inlandsflugpreise um durchschnittlich 20% heraufgesetzt. Angesichts der großen Entfernungen des Landes ist das Flugzeug ein notwendiges Massenverkehrsmittel in der Sowjetunion. Des weiteren wurde das Porto für sämtliche Auslandssendungen erhöht.

Neues von den Eurokommunisten

Seit die italienischen Revisionisten den Marxismus-Leninismus über Bord geworfen haben – „Wir werden unser Ziel nur erreichen, wenn wir uns jeder Spalte der Gesellschaft anpassen" (Togliatti) – suchen sie das Bündnis mit der Bourgeoisie, welcher Art auch immer. Sie haben Schwierigkeiten, zum Beispiel richteten sich die Streiks der Metallarbeiter vor zwei Wochen direkt gegen diese Politik des „Historischen Kompromisses".

„Was uns bevorsteht, ist eine schwere Probe. Was wir hier tun, geschieht zum ersten Mal in der Geschichte", sagen die Revisionisten. Das ist schlichtweg eine Überschätzung. Organisierung der Konterrevolution, eine Allianz zwischen Schwarzen und Verrätern am Marximus, gab es schon öfters. Und die Arbeiterklasse lernt solche Erfahrungen zu verarbeiten. Die bürgerliche Presse in Italien spricht mittlerweile von einer „Enzyklika Berlinguer", damit ist ein Brief des Revisionistenchefs an die katholische Kirche gemeint zum Zwecke der Aktionseinheit gegen die Arbeiter. Berlinguer sichert darin den Katholiken weitere Speckbäuche (-Falten, -Spalten) auf Kosten des Volkes zu: „Den Christlichen Organisationen und den Katholischen Einrichtungen muß die volle Freiheit gewährleistet sein, auf allen Gebieten zu wirken, um die *neuen* Erfordernisse beim Aufbau einer demokratischen freien und gerechten Gesellschaft zu befriedigen." Damit auch alles hinkommt, hat ZK-Mitglied Lombardo Ladice vorgeschlagen, das Parteistatut der Revisionisten zu ändern und die Bezeichnung Marxisten-Leninisten zu streichen.

Programm der Imperialisten zur Unterwerfung Portugals

Weltbankkreditbedingungen / „Sozialpakt" gegen die Volksmassen

In Bonn versprachen die westdeutschen Imperialisten in der vorigen Woche dem portugiesischen Staatspräsidenten Eanes „tatkräftige Hilfe" und „energische Unterstützung im Zusammenhang mit der bevorstehenden Aufnahme Portugals in die Europäische Gemeinschaft". Als Leitlinien „portugiesischer Politik" nannte Eanes dabei seinerseits: Erstens „die soziale und wirtschaftliche Integration Portugals in Europa", zweitens die „Beteiligung an den integrierten Strukturen der europäischen Verteidigung", also die volle Übernahme der „Verpflichtungen als NATO-Partner" und drittens die „erweiterte Zusammenarbeit mit den Völkern portugiesischer Sprache".

Die „portugiesische Politik" steht schon fest, gleichwohl nicht die Regierung, die sie gegen die portugiesischen Massen durchsetzen soll. Nach dem Sturz der Regierung Soares nimmt gegenwärtig die Streikbewegung neuen Aufschwung, mehr als 200000 Arbeiter, Angestellte, Studenten und Schüler demonstrierten Ende November in Lissabon auf Aufruf der Gewerkschaften ihre Solidarität mit den Landarbeitern und Bauern und forderten den Rücktritt des damaligen Agrarministers Barreto. Die bürgerlichen Parteien bosseln an einer Regierung. „Diese Regierung könnte von den Christdemokraten und eventuell auch von den Kommunisten unterstützt werden", meldet die bürgerliche Presse.

Da haben wir es also wieder, das „Memorandum" der Regierung Soares, das sie kurz vor ihrem Sturz den anderen Parteien als gemeinsame Plattform vorschlug und in dem sie die Bildung einer „gemischten Kommission" aller unterzeichnenden Parteien vorschlug. Kern des Memorandums: Das Programm des Weltwährungsfonds soll in das Regierungsprogramm aufgenommen werden, daher Übereinstimmung aller Parteien über Haushalt und Wirtschaftsplan 78. Ferner Übereinstimmung über eine Staatsreform: „Schlagkräftigerer und billigerer Staat", d.h. Entlassung von 150000 Staatsbeschäftigten im Gesundheitswesen, Verkehr, Post. Ferner: Einschränkung der Pressefreiheit.

Dieser Sozialpakt soll nicht nur im Parlament zu gemeinsamer Aktion führen, sondern die Gewerkschaften auf ein Stillhalteabkommen verpflichten bei der geplanten Einführung von Schichtarbeit, Urlaubsverkürzung, Kürzung von Arbeitslosengeldern. Diese Unterwerfung sollte über die PCP-Revisionisten organisiert werden. Hinter Memorandum, Regierungsbildung und Sozialpakt stehen die Imperialisten, und nicht umsonst konferierte Eanes vorige Woche in Bonn. Die Weltbank macht mit einem 750-Millionen-Dollar-Kredit Druck.

Die Weltbank hat einen Geheimbericht anfertigen lassen, der die „portugiesische Politik" festlegt. Der Bericht wurde von der UDP enthüllt. Hier einige Aspekte des Inhalts dieses Berichtes: Es heißt dort: „Die ausländischen Investitionen können der portugiesischen Wirtschaft einen wichtigen Impuls geben ... Das größte Hindernis sind die Mängel des Kodex für ausländische Investitionen".

Die Weltbank vertritt die Interessen der großen imperialistischen Monopole und fordert: „Es muß ein spezieller Anreiz geschaffen werden für Firmen, die mehr als 90% ihrer Produktion exportieren." Das sind nur die ausländischen Monopole. Firmen wie Grundig exportieren 90 % der Produktion ihrer portugiesischen Werke. Diesen Firmen soll also aus Staatsmitteln „Anreiz" zufließen.

Folgenreich ist die Forderung der Weltbank, der Zinsfuß müsse angehoben werden. Die Absicht ist, die Entwicklung einer eigenständigen portugiesischen Wirtschaft zu verhindern, die Bauern und Kooperativen an die Zinsfessel zu schmieden, die kleinen und mittleren Kapitalisten zu ruinieren, ihre bis an den Hals verschuldeten Betriebe in den Konkurs zu zwingen, sie zu einer leichten Beute der portugiesischen Finanzfaschisten zu machen, die damals enteignet wurden und jetzt Entschädigungen in Millionenhöhe erhalten, wofür sie profitliche Anlage suchen.

Die ökonomische Wirkung dieser imperialistischen Finanzpolitik ist also immens. Politisch sind die dadurch erzeugten Spaltungen innerhalb der Bourgeoisie den Imperialisten nicht recht, da es ihnen darauf ankommt, die portugiesischen Ausbeuter hinter sich gegen das portugiesische Volk zu vereinigen. Die Weltbank hat also in ihrem Bericht gleich eine Politik vorgeschlagen, mit dem Mittel des Zuckerbrots die kleinen und mittleren Ausbeuter zu locken. Für deren traditionelle Industrie (Textil, Holz, Papiermasse, Kork, Bekleidung) sollen Exportanreize geschaffen werden und wird eine Exporterhöhung um 8,8% angestrebt. Der Export soll nach Osteuropa, nach Nordafrika, in den Mittleren Osten und Lateinamerika gelenkt werden. Portugal soll die wirtschaftlichen Beziehungen zu seinen ehemaligen Kolonien fördern, um so als Hebel der imperialistischen Expansion dorthin zu dienen. Portugal soll als Land der Dritten Welt mit anderen Ländern der Dritten Welt in Konkurrenz um Absatzmärkte treten, um so die Einheit der Dritten Welt gegen die Imperialisten zu zersetzen und selber aus dieser Front auszubrechen.

Das sind die Absichten, die die Imperialisten einem Teil der portugiesischen Bourgeois als ihre eigenen aufzwingen wollen.

Teile der portugiesischen Bourgeoisie treten gegen diese Pläne an, weil sie im Faschismus diese Politik kennengelernt haben. Das macht die Regierungsbildung augenscheinlich schwer zur Zeit. Die Arbeiter und Bauern treten gegen die imperialistische Unterwerfung an. Sie haben entsprechende Gesetze der Soares-Minderheitsregierung vielfach zum Fetzen Papier gemacht. Das macht die Regierungsbildung erst recht schwer. Vollständig klar daher, daß die Imperialisten in Washington und Bonn nicht müde werden, zu erklären, wie wichtig der „Sicherheitsbeitrag Portugals" im Rahmen der NATO ist: Zur ökonomischen Erpressung seitens der Weltbank gesellt sich natürlich die militärische Erpressung. Die Imperialisten haben ihre Truppen in Portugal. Das ist ein Faustpfand für ihre Pläne auf Höchstprofit in Portugal. Als solches setzen sie es ein. – (Bezirk Mittelfranken/Oberfranken)

Imperialistische Expansion in den Pazifik, Kriegsvorbereitungen und Rohstoffmonopol

Bau der neuen Baikal-Amur-Eisenbahn durch die Sozialimperialisten

Seit mehreren Jahren wird am Bau einer Eisenbahnlinie vom Baikalsee an die Pazifikküste Sibiriens gearbeitet. Der Bau dieser Eisenbahnlinie, der Baikal-Amur-Bahn, ist Bestandteil der Kriegsvorbereitungen des Sozialimperialismus und seines Strebens nach Weltherrschaft und Höchstprofiten. Es ist die zweite Eisenbahnlinie an die Pazifikküste. Die erste, die Transsibirische Eisenbahn, ist noch unter den alten Zaren erbaut worden, geht von der Stadt Irkutsk nach Wladiwostok und ist nahe der chinesich-sowjetischen Grenze gelegen. Sie genügt den neuen Zaren im Kreml heute nicht mehr. Der Ausbau der Baikal-Amur-Bahn ist mit dem Aufbau riesiger Hafenanlagen an der Pazifikküste verbunden, von denen aus die Sozialimperialisten ihre expansiven Ziele ins ganze pazifische Becken ausdehnen wollen. Des weiteren verbinden die Sozialimperialisten mit dem Bau der Linie die Vergrößerung ihres Rohstoffpotentials, die Erfüllung ihres Strebens nach Weltmonopol bei strategisch bedeutenden Rohstoffen. Zum dritten ist die Fertigstellung dieser Bahnlinie ein weiterer Versuch der Umklammerung und der Vorbereitung einer militärischen Aggression gegen das sozialistische China, und bezweckt wird gleichzeitig die schnelle Verlegung von Truppenverbänden in Richtung Pazifik oder auch in Richtung Europa aus dem sibirischen Raum. Insgesamt ist die Baikal-Amur-Eisenbahnlinie für die Sozialimperialisten von strategischer Bedeutung, und so treiben sie den Bau unerbittlich voran auf Kosten der Völker in dem Gebiet Baikal-Amur.

In dem Maße, wie die Fertigstellung dieser Bahnlinie gelingt, wird sich die imperialistische Rivalität der beiden Supermächte verschärfen sowie der Konkurrenzkampf mit den anderen imperialistischen Mächten um die Beherrschung der Waren- und Kapitalmärkte des pazifischen Beckens. Die Sozialimperialisten werden weitere Versuche starten, die Völker der Dritten Welt im asiatisch-pazifischen Raum unter ihre Kontrolle zu bekommen. Die Sozialimperialisten haben vor, den ganzen pazifischen Raum mit ihren Waren zu überschwemmen sowie durch die Sicherung eines Transportmonopols im Pazifik und auf dem Landwege von und nach Europa riesige Extraprofite einzustreichen. So heißt es in der SU-Zeitschrift „Außenhandel" 5/77: „Die geografische Lage Sibiriens und des fernen Ostens ist günstig für die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen zu den Pazifik-Ländern. Die Region grenzt an China, die Mongolei und die Koreanische Volksdemokratische Republik und liegt im großen und ganzen relativ nahe an Japan, den USA und Kanada. Die Häfen von Süd-Primorje, Wostotschny, Nachodka und Wladiwostok frieren praktisch nicht zu. Für die Schaffung einer großen Hafenwirtschaft sind auch die Buchten Ajan, Ochotsk, Olga und De-Kastri geeignet, die wegen fehlender zuverlässiger Landverbindungen bisher keine ausreichende Entwicklung erfahren haben. Der Bau der Baikal-Amur-Bahn ist mit Erweiterung und Modernisierung der Hafenwirtschaft von Primorje verbunden, die den Umschlag und den Seetransport der Exportgüter Sibiriens und des fernen Ostens gewährleistet."

Verschiedene Hafenanlagen sind schon fertig. 1976 „ist ein Kai für Großcontainer (bis zu 70000 Stück im Jahr) fertiggestellt, die auf dem Transitweg über die SU in die westeuropäischen Länder gelangen." Die Erhöhung der Frachtraten im Transitverkehr dient der Sowjetunion als Mittel, für diesen insgesamt günstigen Transportweg Extraprofite einzutreiben. (Vgl. auch KVZ 31/77)

Die Sicherung von strategisch wichtigen Rohstoffen aus Sibirien ist für die Sozialimperialisten nicht ohne Probleme. Andererseits ist sie aber mit notwendige Vorausetzung für die Eroberung der Welt. So schreibt die Zeitung „Außenhandel": „Sibirien und dem fernen Osten kommt eine bedeutende Rolle bei der Deckung des Bedarfs der Volkswirtschaft an den verschiedenen Arten von Roh- und Brennstoffen zu. In diesen Regionen lagern fast drei Viertel der prognostizierten Vorräte an den wichtigsten mineralischen Ressourcen der UdSSR." Es handelt sich um Erdöl, Erdgas, Kohle, Eisenerze; z.B. wird das hundert Kilometer von der Baikal-Amur-Bahnlinie entfernt liegende Eisenerzgebiet von Jakutien auf 2,5 bis 3 Milliarden Tonnen geschätzt. Weiterhin Buntmetalle aller Art und riesige Holzvorkommen. Die Erschließung dieser Rohstoffe ist mit großen Kosten verbunden, was auf die Profitrate drückt. Riesige Anteile von konstantem Kapital in Form von den geografischen Bedingungen Sibiriens entsprechenden Maschinen sind nötig, welches natürlich den tendenziellen Fall der Profitrate beschleunigt. Ein Grund für die Sozialimperialisten, die Ausplünderung beispielsweise der Rohstoffe der RGW-Länder vorzuziehen und längere Zeit von der Ausbeutung der sibirischen Ressourcen abzusehen.

Das Streben zum Weltmonopol zwingt sie aber zu diesem Schritt. Grundlage ... schaftspläne der Sozialimperialisten. Beiderseits der Baikal-Amur-Eisenbahn soll ein Korridor entstehen, der besiedelt und industrialisiert werden soll. Vor allem sollen spezifische Großprojekte zur Förderung bestimmter Rohstoffe geschaffen werden, was für die nationalen Minderheiten in diesem Gebiet bedeutet, daß die Herausbildung einer allseitigen Wirtschaftsstrukur verhindert wird.

Die Hoffnung auf Extraprofite bei Rohstoffexporten in den pazifischen Raum stachelt die Sozialimperialisten zusätzlich an. „Es kommt hier darauf an, den Anteil der den größten Gewinn bringenden Rohstoffe zu steigern", schrieb der stellvertretende Außenhandelsminster der Sowjetunion Alchimow vor einem Jahr über Rohstoffexporte und damit verbundene Preiserhöhungen in der Sowjetunion in der Zeitschrift „Außenhandel". Transportmittel sind für diese Bestrebungen erste Voraussetzung. Gleichzeitig werden wichtige Ressourcen für die Kriegsproduktion gesichert.

Die neuen Häfen werden auch zur Aufrüstung der Pazifikflotte des Sozialimperialismus dienen.

Offizielle Zahlen über die Kosten des Projekts sind fest verschlossen. Regionale sowjetische Zeitungen berichten aber immer wieder über große Versorgungsmängel und Verzögerungen durch Fehlkalkulation und Erhöhung der Kosten. So ist die Bahn längst nicht überall im Stadium des direkten Baus, vielfach wird noch geplant, und das schon lange. Mit Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion nach der Machtergreifung des Revisionismus haben alle Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise sich wieder durchgesetzt. Heftige Konkurrenz der Unternehmen um Aufträge bei diesem auf Ausbeutung der sowjetischen Arbeiterklasse beruhenden Projekt ist vorhanden. In der sowjetischen Presse spiegelt sich das als „Planungschaos" wider. So zum Beispiel bei der Schaffung der Siedlung Nerjunguri an der Bahnlinie, bei der „mehrere Ministerien, etwa vierzig Institute und einige Dutzend Firmen jeweils für sich planten" und die Siedlung nicht vorankam. Die sowjetischen Arbeiter werden mit Sonderprämien an den Eisenbahnbau gelockt, wobei sich schnell herausstellt, daß mit dem nichts ist. So wird oftmals der doppelte Wohnraum wie die Norm in der gesamten Sowjetunion zugesagt, bekommen haben die Arbeiter aber unter 10 qm pro Person, was noch unter der allgemeinen Norm ist. Entsprechend ist die Fluktuation auf den Baustellen, die bei 50% und darüber liegt.

So stellen dann auch einen guten

Neuerliche Stärkung der Erdölreserven der Dritten Welt Die Imperialisten sind entsetzt und wollen spalten

„Für die Erdölsuche war 1976 ein Rekordjahr, schreibt die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) in ihrem Jahresbericht '76. Der Bericht schreibt, daß eine Zunahme der Erdölsuche zu verzeichnen ist, vor allem in Gebieten, in denen bisher noch nicht nach Öl gebohrt worden war. In 10 der 13 Mitgliedsstaaten der OPEC sind Neuvorkommen erschlossen worden. Die OPEC-Länder haben ihre Tagesförderung insgesamt wieder um 12,6% auf durchschnittlich 30,6 Mio. Barrel (1 Barrel: ca. 159 Liter) erhöhen können, nachdem diese 1975 um 11,5% zurückgegangen war. Nach dem Zuwachs stehen Libyen (plus 30,6%), Saudi-Arabien (plus 21,3%), Ecuador (plus 16,1%) sowie Nigeria, die Vereinigten Arabischen Emirate und Indonesien an der Spitze. Der Anteil der OPEC an der Weltproduktion stieg von knapp 51% wieder auf 53,7%.

Damit sind die Erdölreserven der Dritten Welt neuerlich gestärkt worden. Die Zunahme der Erdölsuche und auch die Förderung beschränkt sich aber keineswegs auf die Länder der Dritten Welt, die in der OPEC zusammengeschlossen sind. Ausgedehnt werden konnten die Erdölreserven auf verschiedene weitere Länder der Dritten Welt, wobei besonders der Raum des pazifischen Beckens und Südostasien eine Steigerung verzeichneten. Vielfach wurden diese im einzelnen gesehen noch kleinen Förderbeträge für den Aufbau der nationalen Wirtschaft benutzt, zum Vorantreiben der Industrialisierung, andererseits wird mit der Zunahme der Erdölförderung durch Länder der Dritten Welt und Eigenverbrauch das Erdölmonopol der beiden Supermächte, das diese zu erlangen versuchen, wirksam durchbrochen.

Zur Entwicklung in Asien schreibt die „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ): „Verglichen mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sind die Erdölvorkommen in Südostasien nicht überwältigend. Aber die Vorräte sind doch groß genug, um einigen Ländern die Selbstversorgung oder steigende Exporteinnahmen und damit Industrialisierungsmaßnahmen zu ermöglichen. Das gilt für Malaysia, für Brunei und Indonesien." Praktisch werden gegenwärtig in allen pazifisch-asiatischen Ländern Vorbereitungen für die Erdölproduktion getroffen, deren Ertrag für den Aufbau der nationalen Wirtschaft genutzt werden soll. Das sozialistische China konnte seine Erdölproduktion in den letzten Jahren verdreifachen.

Wenn zum Beispiel der Staat Trinidad und Tobago, der einzige Erdölproduzent im englisch sprechenden karibischen Raum, sein Einkommen aus Erdöl zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft und zur Beseitigung seiner landwirtschaftlichen Rückständigkeit, Ergebnis kolonialer Herrschaft in der Vergangenheit, nutzt, dann ist das direkt vor den Augen der USA-Imperialisten ein Schlag gegen die amerikanischen Erdölmonopole, die weltweit ihren immer noch großen Anteil an der Kontrolle der Erdölproduktion aufrechterhalten wollen. Gegenwärtig produziert Trinidad und Tobago jeden Tag 220000 Barrels Rohöl und raffiniert 450000 Barrels einheimischen und importierten Rohöls. Insgesamt hat sich das Rohöleinkommen um das Zehnfache gesteigert in den letzten drei Jahren. In den vergangenen Jahren erwarb die Regierung 50,1% der Aktien der Trinidad Tesoro Oil Company, verstaatlichte den lokalen Besitz der British Shell und kaufte zwei Drittel der Trimar Oil Company.

Gegenwärtig versucht das Land, die Aktienmehrheit der Texaco-Unternehmen, die im Lande sind, zu erlangen. Die OPEC bereitet gerade die Gründung einer Erdöltankerflotte sowie die Gründung von Fördergesellschaften vor, was sie von den imperialistischen Monopolen unabhängig machen soll.

Diese Entwicklung macht die Imperialisten rasend. Gegenwärtig bringt die bürgerliche Presse laufend Berichte „über die Belebung des Erdölmarktes im asiatisch-pazifischen Raum". Untereinander verschärfen die Imperialisten die Konkurrenz auf der Jagd nach dem Ölmonopol, andererseits versuchen sie, die Dritte Welt zu spalten. Sie winken mit Krediten und modernen Bohrinseln, versuchen neue Abhängigkeiten herzustellen und nutzen alte aus. Gleichzeitig rüsten sie ihre Flotten auf. Allerdings sind sie unruhig: „Aber der Schock über den Vertragsbruch im letzten Jahr, als Indonesien die Produktionsabkommen einseitig revidierte und seinen Anteil von 65% auf 85% heraufsetzte, ist in den multinationalen Konzernhauptquartieren ebenso wenig vergessen wie die nationalistischen Töne in Malaysia", schreibt die NZZ. „Warum sollen wir investieren und neues Öl finden, wenn man uns hinterher die Verträge zerreißt und die Gewinne kürzt?" fragt ein amerikanischer Experte in Singapur und wird die Kriegsflotte im Hinterkopf haben. Die Imperialisten werden nicht freiwillig auf ihre Profite verzichten, das ist sicher. Aber der Zusammenschluß der Völker der Dritten Welt und die Steigerung ihrer selbständigen Erdölförderung und ihres Verbrauchs sind Bestandteil des weltweiten Kampfes für die endgültige Vernichtung des Imperialismus. – (Z-Red.)

Australien: Sprungbrett der Imperialisten im Kampf um den Pazifik

„Die strategische Lage Australiens als eines europäisierten Landes in Südostasien ist für die westlichen Alliierten und ihren ständigen Kampf um Erhaltung des Machtgleichgewichts in der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung. Es ist ermutigend, daß die australische Regierung, nach den im Weißbuch von 1976 geäußerten Absichten :. schließen, bereit ist, ihre Verteidigungsfähigkeit und die Bemühungen um Erhaltung der Stabilität in ihrem Gebiet beizubehalten und zu vergrößern. Sie will dabei so eigenständig wie möglich vorgehen, aber gleichzeitig ihren traditionellen Freunden ein loyaler Verbündeter sein.“ (Europäische Wehrkunde 4/77)

Von entscheidender Bedeutung für die Beherrschung des Pazifik ist Australien für die Imperialisten schon, aber die Eigenständigkeit beim Vorgehen liegt dabei mehr auf seiten der Imperialisten als auf seiten Australiens. Die lange koloniale Beherrschung Australiens durch den britischen Kolonialismus und Imperialismus – heute noch kann die englische Königin die australische Regierung absetzen – hat einen raschen Aufbau der Industrie Australiens gehemmt. Die reichen Bauxit-, Eisenerz- und Uranvorkommen werden hauptsächlich exportiert an die US-Imperialisten, gefolgt von Britannien, Japan und der BRD. Die wichtigsten Güter, die Australien herstellt, sind Fleisch und Wolle. Dabei müssen sie gegenwärtig von den Einfuhrbeschränkungen und Schutzzöllen der imperialistischen Länder, insbesondere im Wollhandel – Australien ist größter Wollproduzent der Welt – heftige Einbrüche hinnehmen. Die Bedeutung des Landes für die Imperialisten mußten die Arbeiter und Volksmassen in der Geschichte bereits mehrmals erfahren. Im Zweiten Weltkrieg mußten sie für die britischen Imperialisten Krieg gegen den japanischen Imperialismus führen, der nach einem entscheidenden Sieg Australien zu Teilen kurzfristig besetzte und zum Ausgangspunkt seiner weiteren Kriegsoperationen im Pazifik machte.

Auf Grundlage des ANZUS-Pakts zwischen den USA, Neuseeland und Australien, dem die australische Bourgeoisie zugestimmt hat, wurden australische Soldaten, Arbeiter und Bauern gegen die Völker Vietnams, Koreas und Malaysias eingesetzt. Der ANZUS-Pakt beinhaltet die Verpflichtung auf gemeinsame Verteidigung der „Freiheit des Pazifik“. Mit der Verschärfung der Krise rüstet der australische Staatsapparat mit Unterstützung der imperialistischen Länder für den Krieg. Geräuschbojen mit britischem Datenverarbeitungsgerät werden zur Seeüberwachung erprobt. Drei in den USA gebaute Zerstörer sollen die Marine Australiens stärken, ebenso zwei weitere U-Boote und ein Versorgungsbegleitschiff. 100 Leopard-Panzer liefern die BRD-Imperialisten.

Die Imperialisten wie die australische Bourgeoisie stoßen jedoch bei ihren Plänen, Australien zum Stützpunkt im Kampf um den Pazifik zu machen und die australischen Arbeiter und Bauern erneut dafür einzusetzen, auf ein entscheidendes Hindernis: den Kampf der Arbeiterklasse. Aus der eigenen Erfahrung heraus findet der Kampf der Völker gegen den Imperialismus unter den Arbeitern große Unterstützung. – (Z-Red.)

dafür sind die immer rigorosere Ausbeutung der sowjetischen Arbeiterklasse und die Steigerung der Tributzahlungen der RGW-Länder an die neuen Zaren. Die sowjetische Arbeiterklasse und die verschiedenen Völker sollen bluten für die Weltherr- Teil der Streckenarbeiter Armee-Einheiten, die dorthin dienstverpflichtet sind, sowie verschiedene Jugendbrigaden, um dieses Projekt der imperialistischen Expansion und Kriegsvorbereitung überhaupt durchzuführen. – (Z-Red.)



W. Nachtwei

Namibia – von der antikolonialen Revolte zum nationalen Befreiungskampf Geschichte der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika

Sendler Verlag
192 Seiten Best.Nr. 0557 DM 6,00

Freiheit für Zimbabwe
Dokumente der ZANU bis Frühjahr 1974

(nationale befreiung 5) Sendler Verlag
98 Seiten Best.Nr. 0556 DM 4,50

Nach jahrhundertelangem heroischen Kampf wird Afrika befreit

Das Volk von Azania kämpft für die Zerschlagung des Kolonialregimes der Imperialisten

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

ca. 300 Seiten, Best.Nr. 0128, ca. 10,- DM, erscheint im Dezember

Zahllos sind die Geschichtslügen und Erfindungen über Azania, die gewoben sind, um die imperialistische Herrschaft zu erhalten bzw. sie unter dem Banner des Sozialimperialismus fortzusetzen. Sie aufzudecken ist ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung des Kampfes der afrikanischen Völker.

Der Kernpunkt der kolonialen Unterwerfung Azanias war stets, daß die afrikanischen Bauern ihres Bodens beraubt wurden. Alles folgende erledigt der stumme Zwang des Hungers: Er treibt sie als Lohnarbeiter in die Bergwerke und Fabriken der Kapitalisten. Nur äußerst grausame Despotie kann die Rückkehr der Afrikaner auf ihr Land verhindern. Denn das Land ist weit und fruchtbar.

So verwandelt die Profitgier der kapitalistischen Ausbeuter den Reichtum Azanias in einen Fluch für seine Bewohner. Erst die Revolution, die zuallererst den afrikanischen Bauern ihr Land zurückgewinnt, wird dem Volk von Azania den Reichtum seines Landes zurückgeben.



Freiheit für Zimbabwe Kinderbuch

Sendler Verlag
32 bunte Seiten
Best.Nr. 0605
DM 4,00

Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt 2

Carters Energieprogramm: Die Bergarbeiter der USA treffen den US-Imperialismus am Nerv

Eine Milliarde Tonnen Kohle soll nach den Energieplänen des Präsidenten Carter 1985 in den USA gefördert werden. 1976 wurden gerade 580 Millionen Tonnen gefördert. Carters Energieprogramm sieht also für die ersten acht Jahre des Nationalen Energieprogramms eine Steigerung von rund 60% vor. Damit man eine Vorstellung erhält: In den Jahren 1971 bis 1976 ist die Kohleproduktion in den USA von 503 Millionen Tonnen auf 580 Millionen Tonnen, d.h. um rund 15% gesteigert worden. Das entsprach einer jährlichen Steigerung von 2,5%. Bis 1985 dagegen ist eine Steigerungsrate von jährlich rund 7,5% geplant. Mit dieser Steigerung der Kohleproduktion wollen die US-Imperialisten das Bündnis der Erdölförderländer brechen, um ihnen erneut die Lieferbedingungen diktieren zu können. Die Voraussetzungen dafür sind nicht nur durchgreifende Änderungen auf dem US-amerikanischen Energiemarkt und der diesem zugrundeliegenden Struktur des Energieverbrauchs, sondern vor allem eine gewaltige Steigerung der Ausbeutung der amerikanischen Minenarbeiter. Die Erdölförderung braucht relativ wenig lebendige Arbeit. Wollen die US-Imperialisten mit Kohle in Konkurrenz treten zur Ölproduktion der OPEC-Länder, dann müssen sie nicht nur Ölpreiserhöhungen auf dem US-Ölmarkt durchsetzen, sondern die unbezahlte Mehrarbeit in der Kohleproduktion gewaltig erhöhen. Die Absicht ist, Armeen von Kohlearbeitern zu verschleißen, um die Völker der Ölförderländer der Dritten Welt in die Knie zu zwingen.

Carters Plan ist überhaupt nicht neu. Mit Carter haben sich die US-Imperialisten bloß einen neuen Verkäufer ihrer Absichten angestellt. Der Plan geht bereits auf die Regierungszeit von Nixon zurück. Carter hat die Pläne von „tricky dicky“, wie die Imperialistenpresse diesen Seelenverkäufer liebevoll nannte, bloß aufgegriffen, um sie nach dem politischen Bankrott von Nixon und Ford jetzt gegen die Volksmassen durchzusetzen. Als rechte Hand dafür hat er sich den ehemaligen Kriegsminister Schlesinger bestellt. Sein Energieprogramm hatte Carter gleich mit den Worten angekündigt, es hätte die moralische Qualität eines Krieges.

Die Bergarbeiter sollen Stoßtrupp und erstes Opfer in diesem Krieg gegen die Völker einschließlich gegen das amerikanische Volk sein. Im Standardhandbuch der westdeutschen Imperialisten von Prof. Ferdinand Friedensburg und Prof. Günter Dorstewitz „Die Bergwirtschaft der Erde“ haben diese Professoren mit der Scharfsicht des Konkurrenten 1976 aufgeschrieben: „Noch vor wenigen Jahren stellte die US-amerikanische Kohle eine ernstzunehmende Konkurrenz für die Bundesrepublik Deutschland dar. Dies hat sich inzwischen durch die erheblich gestiegenen Selbstkosten der Kohlegruben in den Vereinigten Staaten geändert.“

„Dies“ hat sich geändert, weil es den westdeutschen Imperialisten gelingen ist, unter dem Druck fortdauernder Entlassungen die Kohleproduktion pro Mann und Schicht in den letzten 20 Jahren um 150% zu steigern, während die amerikanischen Bergarbeiter in zahlreichen Streiks erfolgreiche Kämpfe gegen die Kohlekapitalisten führten. Die Bergexperten der westdeutschen Imperialisten räumen ihren US-amerikanischen Konkurrenten wenig Chancen ein, einen vergleichbaren Durchbruch in der Steigerung der Ausbeutung zustandezubringen:

„Die Zukunft des Kohlebergbaus der Vereinigten Staaten wird nach der Energiekrise und dem Besinnen auf die inländischen Energiequellen weitaus zuversichtlicher beurteilt als noch vor einigen Jahren. Von den Vorräten her ist der Kohlenbergbau zweifellos in der Lage, noch für viele Jahrhunderte einen hohen Beitrag zur Energieversorgung des Landes zu leisten. Aber die geforderte Erhöhung der Fördermenge auf 1 Mrd. t bis 1985 und die vorgesehene weitere Verdoppelung auf 2 Mrd. t im Jahre 2000 wird sich kaum verwirklichen lassen. Erstmalig konnte die Nachfrage nach Steinkohle im Jahre 1973 aus der eigenen Förderung nicht gedeckt werden. Die Fehlmenge von rund 30 Mio. t war nur aus Haldenbeständen der Rezession 1972 und durch Importe aus Kanada, Australien, Polen und der Bundesrepublik Deutschland auszugleichen. 1974 wurden 2 Mio. t Kohle vorwiegend aus den genannten Staaten eingeführt. Damit der Kohlebergbau der Vereinigten Staaten die von ihm geforderte Fördererhöhung auch nur annähernd verwirklichen kann, sind folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

1. Abkommen über Lohntarife, Arbeitsbedingungen und Sicherheitsvorkehrungen müssen zukünftig ohne Streiks abgeschlossen werden.
2. Die Bestimmungen des ‚Coal Mine Health and Safety Act‘ (des Gesetzes über Gesundheit und Sicherheit im Kohlenbergbau) sind zu lockern.
3. Den Kohlenbergbau-Transportunternehmen muß Kapitalhilfe zur Kapazitätserweiterung gewährt werden.
4. Entwicklung von Verfahren zur Entschwefelung von Rauchgasen, um weiterhin die besonders schwefelreichen Kohlen in der Appalachenregion in Kraftwerken einsetzen zu können.
5. Milderung der Bestimmungen zum Umweltschutz und zur Rekultivierung von Tagebauen. Ansonsten ist ein wirtschaftlicher Abbau der Vorkommen besonders im Westen des Landes unmöglich.
6. Preisgarantien auf die erhöhten Förderungen.

Wenn diese Forderungen annähernd erfüllt werden, ist mit einer Erhöhung der Fördermenge auf 850 Mio. t im Jahr 1985 zu rechnen. Aber diese Kohle wird teuer sein.“

Die westdeutschen Bergexperten beschreiben die Grundzüge wie die Schwierigkeiten des Kohleprogramms der US-Imperialisten soweit richtig. Die gewisse Hochnäsigkeit kommt daher, daß die westdeutschen Imperialisten glauben, bereits vieles von dem hinter sich zu haben, was die US-Imperialisten erst noch gegen die Bergarbeiter und die Volksmassen durchsetzen müssen.

Mit dem Angriff auf Gesundheit und Sicherheit der Bergarbeiter haben sie in diesem Jahr umfassend begonnen. Die Minenarbeiter haben mit Streik geantwortet. Statt einen niedrigen Tarif ohne Streik hinzunehmen, geht der Streik der Minenarbeiter gegen den Angriff auf ihre Versicherung über in den Tarifstreik und verbindet sich mit ihm. Schon im Juni hatte das „Handelsblatt“ der westdeutschen Imperialisten berichtet:

„Die amerikanischen Zechen und Washington machen sich auf einen bitteren Bergarbeiterstreik im kommenden Winter und auf weitere Verzögerungen bei der Ankurbelung der Kohleförderung gefaßt.“ Der Streik hat schon früher begonnen. Die amerikanischen Bergarbeiter haben überhaupt kein Interesse daran, den Stoßtrupp und das erste Opfer im Kampf der US-Imperialisten gegen die Völker der OPEC-Länder abzugeben. Und sie handeln nach ihren Interessen. Ob sie den Kampf erfolgreich führen können, wird nicht zuletzt von der internationalen Solidarität der Bergarbeiter und der ganzen Arbeiterklasse abhängen. Die US-Regierung jedenfalls wird alles daransetzen, den Streik zu brechen. Das Kohleprogramm hat einen zentralen Stellenwert im Rahmen ihres Nationalen Energieprogramms. Sie wird alle Hebel in Bewegung setzen, um die Bergarbeiter, die sich gegen ihren Verschleiß und gegen die Steigerung der Ausbeutung erbittert zur Wehr setzen, von der übrigen Arbeiterklasse und den Volksmassen zu isolieren. Zu diesem Zweck hatte Carter bereits im April bei Vorlage seines Energieprogramms vor Sozialchauvinismus getrieft:

„Das wichtigste Charakteristikum dieser Vorschläge besteht darin, daß die Alternativen zu ihnen einer nationalen Katastrophe gleichkämen. Jeder weitere Aufschub kann unsere Stärke und unsere Macht als Nation beeinträchtigen. Unsere Entscheidungen auf dem Energiesektor werden den Charakter des amerikanischen Volkes und die Regierungsfähigkeit des Präsidenten und des Kongresses auf die Probe stellen. Dieses schwierige Unterfangen wird das ‚moralische Äquivalent des Krieges‘ sein ' abgesehen davon, daß wir unsere Anstrengungen zusammenfassen, um aufzubauen und nicht, um zu zerstören.“

Mit dem Charakter des amerikanischen Volkes steht es ausgezeichnet, nachdem der US-Imperialismus durch die Schläge der Völker einige Schläge einstecken mußte. Das Volk wehrt sich gegen die Ausplünderungmaßnahmen, durch die das Energieprogramm gesichert und finanziert werden soll. Um die Investitionen in der Kohleindustrie und die Umstellung auf Kohle zu finanzieren, verfolgt die Regierung eine Politik der Verteuerung und wachsenden steuerlichen Belastung des Öls auf dem US-Markt. Die Volksmassen sollen nicht nur diese Preiserhöhungen bezahlen, sondern auch die durch das Energieprogramm notwendig werdenden Subventionen für die amerikanischen Kapitalisten, damit diese auf dem Weltmarkt in der Konkurrenz nicht behindert werden. Es ist wirklich wie im Krieg. Das Volk soll bluten. Aber es will nicht. Vor allem die Arbeiterklasse will nicht. „Die Streiktätigkeit ist in den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr explosionsartig gestiegen“. berichtet der „Blick durch die Wirtschaft“. Die Regierungsfähigkeit des Präsidenten aber hat schon gelitten. Eine großangelegte Auslandsreise mußte er absagen. So hat er sich von dem Haß der Völker gegen den US-Imperialismus noch nicht durch Augenschein überzeugen können, weil ihn der Haß der Arbeiterklasse zu Hause festgenagelt hat. Gute Entwicklungen in den USA. Die internationale Arbeiterklasse darf sie nicht übersehen. – (Z-Red.)

Solidaritätsresolutionen und Spendensammlungen für die streikenden Stahlarbeiter in den USA

Tarifbedingungen in der US-Stahlindustrie

Im August 1977 haben die US-Stahlkapitalisten und die reformistische Gewerkschaftsführung der Stahlarbeitergewerkschaft zum zweiten Mal im Rahmen des Zwangsschlichtungsabkommens ENA (Experimental Negotiating Agreement) für 450000 Stahlarbeiter einen Tarifvertrag mit dreijähriger Laufzeit und darüberhinaus Festlegungen bis 1983 abgeschlossen. Das erste Mal war ein solcher Tarifvertrag 1974 abgeschlossen worden; damals betrug der Durchschnittslohn eines Arbeiters im Eisenerz- und Erzbergbau 5,55 Dollar. Von 1974 bis 1977 sind die Nominallöhne insgesamt um 1,19 Dollar „gestiegen", einschließlich der vierteljährlichen „Anpassungen an die von der Regierung vorgelegten Preissteigerungsraten". Sie blieben damit weit selbst nur hinter den offiziellen Preissteigerungsraten zurück.

Verbraucherpreis
(1967 gleich 100)

	1960	1965	1970	1974	1975
Lebensmittel	88,0	94,4	114,9	161,7	175,4
Miete	91,7	96,7	110,1	130,6	137,3
Kleidung	89,6	93,7	116,1	136,2	142,3
Benzin	95,5	98,3	107,6	150,2	167,8
Verkehr	89,6	95,9	112,7	137,7	150,6
Wert des Dollar (1967: 1)	1,13	1,06	0,86	0,68	0,62

Drastische Lohnsenkung also das Ergebnis dieses ersten dreijährigen Tarifvertrages. Eine noch gewaltigere Lohnsenkung beinhaltet der neue Tarifvertrag.

Zum 1. Mai und zum 1. August sind die Grundlöhne der Stahlarbeiter um je 20 Cents die Stunde erhöht worden. Um jeweils 10 weitere Cents sollen sie zum 1. Februar 1978, zum 1. August 1978, zum 1. Februar 1979 und zum 1. August 1979 steigen. Abgerundet wird dieser schandbare Lohnraubtarifvertag durch weiteres Auseinanderklaffen der bestehenden 30 Lohnklassen: Der Abstand zwischen den einzelnen Klassen wird in drei Stufen um 1 Cent pro Stunde erhöht, so daß die Spanne zwischen ihnen jetzt jeweils 11,7% beträgt. Dadurch steigt der Nominallohn des durchschnittlichen Stahlarbeiters in den nächsten drei Jahren um 88 Cents, der Arbeiter in den unteren Lohnklassen um 80 oder 81 Cents, der in den höheren entsprechend mehr.

„Somit schützt der Tarifvertrag für die Stahlindustrie von 1977 die Arbeitnehmer in der Stahlgrundstoffindustrie vor den verheerenden Auswirkungen der Inflation und führt über einen Zeitraum von drei Jahren zu einer über 10prozentigen Erhöhung des Realverdienstes", lügt der reformistische Führer der Stahlarbeitergewerkschaft McBride seine gewissenlose Lohnpolitik zurecht und erklärt: „Die Anpassung an die steigenden Lebenshaltungskosten sowie eine Lohnerhöhung von mindestens 3% sind Zusicherungen, die bereits in den Tarifvertrag von 1980 aufgenommen wurden." Zusicherungen einer reformistischen Gewerkschaftsführung an die in schweren Konkurrenzkämpfen stehenden US-Stahlkapitalisten. Für die Arbeiter hat dieser McBride nur einige Verhöhnungen übrig: „Mit der Verlängerung von ENA haben die Stahlarbeiter die Garantie, daß der Tarifvertrag für 1980–83 diesen Lohnschutz und diese Lohnerhöhungen für weitere drei Jahre fortsetzen wird, ohne die Notwendigkeit von Streiks ..." Einige Wochen, nachdem McBride dieses sprach, begannen die 18000 Stahlarbeiter der Erzgruben von Minnesota und Nord-Michigan ihren Streik. Sie streiken bei Erscheinen dieser Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung fast fünf Monate. Kein Wunder bei diesen Löhnen und dem vertraglich auf sechs Jahre festgelegten Lohnraub, daß sie trotz eines Streikgeldes von lediglich 35 Dollar die Woche so hartnäckig kämpfen.

Hamburg. Die große Funktionärsversammlung der IG Metall Hamburg verabschiedet eine Solidaritätsresolution und fordert den IGM-Vorstand auf, die Unterstützung für die streikenden US-Stahlarbeiter zu organisieren. 14 Arbeiter der Hamburger Aluminiumwerke unterschreiben eine Solidaritätsadresse; Spendensammlung: 104 DM. Spendensammlung bei Lumoprint, Endmontage am Band 1, Ergebnis 12 DM. Die Jugendvertretung AEG NY fordert im Brief an die „Metall" auf, über den Streik zu berichten, um aus den Erfahrungen zu lernen. Lehrlinge von AEG spenden 7,95 DM. Lehrerreferendare der Betriebsgruppe des Hauptseminars II-77-1 sammeln 115,81 DM. Spendensammlung auf der Jugenddemonstration des DGB am 8.12. und anschließender Veranstaltung von KJB und KJVD: 87 DM. 40 Studenten verabschieden auf einer Veranstaltung eine Solidaritätsresolution und spenden 90,10 DM. Weitere Spendenergebnisse an der Hamburger Universität: Seminar Bermbach im Soz-Pol-Bereich – 17 DM; Juristenbereich – 6 DM; Pädagogisches Institut – 29,50 DM; Wittschier-Seminar am Romanistikbereich – 10 DM.

Bremen. Die Vertrauensleuteversammlung der Klöcknerhütte Bremen beschließt am 13.12. bei 168 Anwesenden mit Mehrheit eine Solidaritätsresolution. 34 Klöckner-Arbeiter unterstützen mit ihrer Unterschrift den Aufruf der US-Stahlarbeiter; die Spendensammlung bei Klöckner ergibt bis Redaktionsschluß 113 DM. Die Vertrauenskörperleitung der ÖTV an der Universität beschließt ein Solidaritätstelegramm an die Demonstration der US-Stahlarbeiter am 17.12. Weitere Spendensammlungen: Initiative gegen den § 218 – 21 DM; KBW-Veranstaltung gegen das imperialistische Energieprogramm – 550 DM; KBW-Zellen und GUV – 847 DM; SRK-Veranstaltung in Osterholz-Scharmbeck – 75 DM.

Syke. Die Bürgerinitiative Umweltschutz beschließt Solidaritätserklärung und spendet 160 DM.

Emden. Die Teilnehmer einer SRK-Veranstaltung verabschieden eine Solidaritätserklärung und spenden 69 DM.

Westberlin. Klinikum Charlottenburg: Brief von 21 Kollegen an die US-Stahlarbeiter, Spendensammlung 122 DM. Kirchliche Krankenhäuser: Solidaritätsbrief von 10 Angestellten, Spendensammlung 86,50 DM. AEG-Brunnenstraße: Solidaritätstelegramm von sieben Arbeitern, davon drei Betriebsräten einer oppositionellen Liste. Bezirksamt Reinickendorf: Solidaritätstelegramm der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Sozialarbeit; Spende von 93,40 DM. Die Projektgruppe Ärzte in Westberlin schickt einen Solidaritätsbrief und eine Spende von 109 DM. Technische Universität: Studentenvollversammlung verabschiedet mehrheitlich eine Solidaritätserklärung, Spendensammlung 13 DM. Weitere Spendenergebnisse: eine Lehrerin – 300 DM; eine Lehrerin – 30 DM; GEW-Mitgliederversammlung Spandau – 37,50 DM; ein Lehrer – 11 DM; Kollegen des Wenckebachkrankenhauses – 80,70 DM; GUV Kreuzberg – 50 DM; Stadtteilzelle Schlesisches Tor – 480 DM; GUV Neukölln Süd – 280 DM. Korrektur zu KVZ 50: 15 Mitglieder der Jugendgruppe der HBV und 29 Mitglieder der Fachgruppe Buchhandel verabschiedeten eine Solidaritätserklärung.

Braunschweig. Solidaritätsresolution von 11 Angestellten der Stadtverwaltung, Spendensammlung 60,30 DM, der DGB-Kreisvorstand wird zur Unterstützung der streikenden US-Stahlarbeiter aufgefordert. Schüler eine Chemieschule spenden 10 DM. Weitere Spendenergebnisse: Vier Bewohner eines Hauses – 30 DM; Vollversammlung der TU Braunschweig – 7,66 DM; weitere – 21 DM. Fünf Bewohner der Ludwigstraße unterzeichnen Solidaritätsbrief und spenden 10 DM. 19 Einwohner der Stadtteils Madamenweg unterschreiben Solidaritätserklärung.

Peine. 16 Menschen, darunter mehrere Arbeiter von Peine und Salzgitter, unterzeichnen eine Solidaritätserklärung und fordern die IGM zur Unterstützung auf. Spendensammlung: 32,20 DM.

Wolfsburg. 11 Arbeiter der Halle 12, Schicht 1 bei VW unterstützen in einem Solidaritätsbrief den Streik und fordern die IGM ebenfalls zur Unterstützung auf, Spendensammlung ergibt 73 DM. Das Komitee gegen den § 218 erklärt seine Solidarität und spendet 100 DM.

Seesen. 30 Metallarbeiter senden den US-Stahlarbeitern eine Solidaritätserklärung.

Wolfenbüttel. Auf der Veranstaltung des Komitees „Kein Atommüll in die Asse und anderswohin" werden 21,90 DM gesammelt. Unter einen Solidaritätsbrief werden 21 Unterschriften gesammelt, Spende 18,50 DM.

Göttingen. Drei Fernmeldelehrlinge spenden 10 DM. Spendensammlung am Fachbereich Medizin der Universität: 26 DM.

Herzberg. Solidaritätserklärung von vier Krankenhausbeschäftigten. Eine weitere Solidaritätsresolution mit 11 Unterschriften. Spende 80 DM.

Osnabrück. Solidaritätsadresse der Kreisabteilung Sozialarbeit in der ÖTV. Auf der Aktionseinheitsveranstaltung „gegen Kontaktsperre und Republikschutzgesetz", getragen von Basisgruppen und Fachbereichsgruppen an Universität und Hochschule, der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, der Kommunistischen Aufbaugruppe und dem Kommunistischen Bund Westdeutschland wurden 300 DM zur Unterstützung der amerikanischen Stahlarbeiter gesammelt.

Hannover. Veranstaltung des KBW „Energie für Expansion und Krieg": 315,45 DM. Spendensammlung nach der VV an der TU Hannover: 15,65 DM. Auf einer Veranstaltung gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz am 15.12. und an einem Büchertisch an der TU Hannover hat die KHG insgesamt 75,46 DM zur Unterstützung der streikenden amerikanischen Stahlarbeiter gesammelt.

Kiel. Die Fachschaftsgruppenvollversammlung verabschiedet eine Solidaritätsresolution. An verschiedenen Bereichen der Universität werden Spendensammlungen beschlossen.

Dortmund. Die Fachschaftsvollversammlung Raumplanung verabschiedet eine Grußadresse an die Demonstration am 17.12. und spendet 11 DM. Arbeitsgruppe des Projekts F 16 76/77 verabschiedet Grußadresse, Spende 13 DM.

Rüsselsheim. Auf der Betriebsversammlung Opel mit 5000 Teilnehmern wurde unter großen Beifall eine Solidaritätsresolution verlesen, aber nicht abgestimmt.

Mannheim. Solidaritätsbrief von fünf Arbeitern von Daimler Benz. Ein Vertrauensmann von John Deere spendet 50 DM.

Heidelberg. Solidaritätsadresse von sechs Arbeitern der Apparate- und Rohrheizungsbau, sowie von fünf Arbeiterinnen und Arbeitern von Hain. Spendensammlung an der Zentralmensa: 18,50 DM.

Stuttgart. Der AStA der Fachhochschule Bibliothekswesen verabschiedet Solidaritätsresolution. 10 Arbeiter in Feuerbach unterzeichnen Solidaritätsresolution.

Kempten. KVZ-Stammtisch sendet Solidaritätsbrief.

Fürth. Solidaritätsbrief von 11 Arbeitern im Zentrallager von Siemens und Bosch.

Kein Silberstreif der Morgenröte – Die dunklen Wolken des Handelskrieges ziehen sich enger zusammen

Eine aufschlußreiche Einschätzung der Lage gab der Repräsentant der japanischen Imperialisten Fukuda nach der Regierungsumbildung vor Journalisten: „Die Situation in Japan erinnert an den Vorabend vor dem Zweiten Weltkrieg." Mit süß-saurem Lächeln hat er eine verhüllte Begründung für seine Einschätzung mitgeliefert: Japan werde seinen Handelsbilanzüberschuß von in diesem Jahr 17 bis 18 Mrd. Dollar aus „Verantwortung gegenüber der freien Welt" abbauen, die Einfuhren aus den USA erhöhen und für ca. 300 Produkte die Zölle senken.

Vorausgegangen war der Besuch einer von Carter nach Japan entsandten US-Delegation. Diese hatte den japanischen Ministerpräsidenten gebeten, doch bitteschön innerhalb der nächsten drei Wochen öffentlich Zollsenkungen und Einfuhrerhöhungen bekanntzugeben, andernfalls würden japanische Einfuhren in die USA zukünftig mit 15 Prozent Steuern belegt. Flugs drei Tage nach diesem freundschaftlichen Gespräch hatte das Bonner Wirtschaftsministerium japanische Regierungsvertreter geladen, um über Verbesserungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu verhandeln. Anderthalb Wochen darauf hat Jenkins, Vorsitzender der EG-Kommission, im Auftrag der EG-Staaten an die japanischen Imperialisten telegrafiert, daß noch vor Weihnachten Gespräche zwischen EG und Japan stattfinden müßten, um den Abbau japanischer Handelsüberschüsse von in diesem Jahr 6 Mrd. DM abzuklären. Eine „Feuermission", wie Jenkins dies Treffen tituliert hat. Wo brennt es bei den Imperialisten? Entbrannt sind zwischen ihnen die Handelskriege, deren Flammen bereits so hoch schlagen, daß Fukuda schon die Brandbomben des dem Handelskrieg folgenden militärischen Krieges erkennt.

Die Imperialisten sind nicht in der Lage, die wirtschaftliche Krise zu überwinden. „Stabiler Aufschwung nicht in Sicht ... Trotz des erneuten konjunkturpolitischen Anlaufs in den USA, in Japan, der Bundesrepublik, den Niederlanden, Frankreich und Belgien", so und ähnlich lauten die Feststellungen westdeutscher Wirtschaftsinstitute und der bürgerlichen Presse.

Das Bruttosozialprodukt in diesen Ländern ist in diesem Jahr zwar nicht gesunken, aber nur noch um halb so viel angestiegen wie im Vorjahr. „Je stärker in den Industrieländern sich das Wachstum verlangsamt, desto lauter wird der Ruf nach Protektion". „Immer häufiger fällt in Washington das Wort Handelskrieg", „Die Handelsrestriktionen konzentrieren sich in den letzten Jahren auf Fertigwaren wie Stahl, Textil, Kugellager und elektronische Erzeugnisse", heucheln die bürgerlichen Zeitungsschreiber Erstaunen, als wenn Zollerhebungen, Einfuhrbeschränkungen u.ä. eine völlig „neue Erscheinung" wären, wo in Wirklichkeit das Gatt-Abkommen und die EG-Vereinbarungen nichts anderes im wesentlichen regeln als gerade das. Die US-Imperialisten und die EG-Staaten sind gerade übereingekommen, in den abschließenden Gatt-Verhandlungen Mitte Januar 1978 zum Beispiel den Artikel 19 zu verändern dahingehend, daß Zollerhebungen, Einfuhrbeschränkungen usw., die bisher, wenn sie erhoben wurden von einem Staat, für alle Länder gleich galten, jetzt gegenüber einzelnen Ländern erhoben werden sollen.

Neu ist nicht, daß die Konkurrenz, die unter den Imperialisten um die Beherrschung von Absatzmärkten bei anhaltender Stagnation der Produktion und gleichzeitig überfüllten Märkten in Kanonenbootpolitik endet, sich zunächst im gegenseitigen heftigen Beschuß durch Beschränkungen und Zölle darstellt.

1976 wurden von den unten aufgeführten imperialistischen Staaten u.a. folgende Zölle und Einfuhrbeschränkungen festgelegt:

USA: Beschränkung des Fleischimports gegenüber Kanada, Einfuhrbeschränkungen für rostfreien Stahl und legierten Stahl. Vom obersten Gerichtshof wurde ein über 100 Jahre altes Gesetz aufgehoben, das die Möglichkeiten der einzelnen Staaten, selbständig Einfuhrbeschränkungen festzulegen, eingeschränkt hatte.

Japan: Exportbeschränkungen von Stahl gegenüber der EG, die 1975 festgelegt wurden und denen eine 35prozentige Erhöhung der Stahlausfuhren in die USA folgte, werden verlängert. Abkommen mit den EG-Staaten über die Beschränkung des Textilhandels.

Großbritannien: Die Nahrungsmitteleinfuhren werden um 20% gesenkt. Importe von Textilien aus Portugal werden auf Null festgelegt; Einfuhrbeschränkungen von Fernsehgeräten; Importkontrolle von elektronischen Rechnern; Quotenfestlegung für Herrenanzüge aus der CSSR, Rumänien und der DDR; Abkommen mit einer Reihe von Ländern über die Beschränkung von Garnimporten.

Frankreich: Einfuhrbeschränkungen für Schuhe und Ledersandalen; Zollerhebung auf italienische Weine; Einfuhrbeschränkungen für Phosphatdünger und Wolltextilien; Auslandsanleihen werden verboten.

BRD: Importkontrollen für Kleidungsstücke; Einfuhrbeschränkungen für Garne.

Italien: Quotenfestlegung für Import von Synthetic-Fasern, Anzügen und Hosen aus Rumänien.

„Schlimmeres konnte bisher verhindert werden, weil die Erinnerungen an die Folgen eines rasch eskalierenden Handelskrieges immer noch wach sind. Die Stellen, wo in den 30er Jahren der Damm brach, werden daher immer noch sorgfältig überwacht", schreibt das Reaktionsblatt „Die Zeit". Die Imperialisten verhindern nicht, sondern sie treiben den Handelskrieg voran, und die „Überwachung der Stellen" – gemeint ist die Erhebung von zig Schutzzöllen – ändert nichts an ihrem Streben, möglichst viele kapitalschwächere Kapitalisten totzuschlagen und sich einzuverleiben und gleichzeitig Maßnahmen zu treffen, daß es nicht umgekehrt geht.

Nachdem die US-Delegation aus Japan zurückgekehrt war, hat Carter ein Programm zur Stützung der Stahlindustrie bekanntgegeben. Es legt einen Mindestpreis für Stahl auf dem US-Markt fest; gleichzeitig sollen mit 100 Mio. Dollar den US-Stahlkapitalisten Subventionen und billige Kredite gezahlt werden. Der Stahlimport der US-Imperialisten soll von derzeit 20 auf 14 Prozent gesenkt werden, was nichts anderes heißt als Verdrängung anderer Kapitalisten, insbesondere der japanischen, vom US-Stahlmarkt. Bundeskanzler Schmidt hat sich im Zeichen der Zeit und in Erwartung stärkeren Drucks von japanischem Stahl auf den bundesdeutschen Markt für diese Woche mit Vertretern der westdeutschen Stahlkapitalisten verabredet. Um 400 Mio. Subventionen für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit westdeutschen Stahls soll es dabei gehen. Innerhalb der EG werden Erleichterungen von Zollerhebungen für Stahl der einzelnen Mitgliedsstaaten beraten. Spanien ist aufgefordert, bereits vor Beitritt in die EG den Mindestpreis einzuhalten. „Der Mindestpreis selbst soll erhöht werden", so jedenfalls wollen es die französischen Imperialisten, die, falls keine Erhöhung beschlossen wird, einen Allein-

Wie Augstein und seine Leute dem Ehrenberg-Programm einen Weg zu bereiten versuchen

Das „150 Milliarden-Rentenloch“ des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“

Verdächtige Stille gab es eine Zeitlang um das Ehrenberg-Ministerium. Damit ist jetzt Schluß. Nach dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und den Rentenkürzungen in diesem Jahr hat Ehrenberg mit der öffentlichen Vorstellung seines Programms '78 begonnen: Das Augenmerk gilt der Vorbereitung von Beitragserhöhungen zur Rentenversicherung und weiteren Kürzungen bei den Renten.

Als Blatt, das sich geehrt fühlt, weil ihm ein Staatssekretär bescheinigt, daß es „zumindest ... Meinungsträger in weiten Bereichen der Öffentlichkeit erfaßt“, übernimmt „Der Spiegel“ in seinem Leitartikel vom Montag letzter Woche die Schrittmacher- und Wegbereiterdienste für die Annoncierung dieses reaktionären Programms. Die Spiegel-Redaktion tischt für die sozial-liberale Reaktion die Veröffentlichung „neuester Horrorzahlen“ aus dem Ehrenberg-Ministerium auf:

„Als dem Computer jüngst realistische Zahlen über Lohnentwicklung und Beschäftigung eingegeben wurden, spuckte die Maschine Horrorzahlen aus: In den nächsten 15 Jahren fehlen danach der Rentenversicherung weit über 150 Mrd. Mark.“

Den Rahmen, in dem diese Zahlen ihren „Horror“ bewirken sollen, bildet eine ganze Serie von Beschönigungen, Verdrehungen und Lügen über die Rentenversicherung.

Das Ehrenberg-Programm '77 „Flickschusterei“?

Mit dieser Behauptung beginnt die Spiegel-Redaktion. Die früheren Arbeiter und Angestellten, die jetzt in Rente leben und das Ehrenberg-Programm '77 am eigenen Leibe zu spüren bekommen, wissen, daß dies Programm für sie und ihre Lage alles andere als „Flickschusterei“ bedeutet.

Es geht an ihre Existenz: angefangen bei 1 DM Rezeptgebühr; dann die Aussetzung der Rentenerhöhung, ihre Verschiebung um ein halbes Jahr auf Januar '79 mit der Ankündigung der Kürzung verbunden; schließlich die Heraufsetzung des Mindestbeitrags von 18 DM auf 38 DM 1978 und 72 DM 1979 und die Einführung eines selber zu zahlenden Krankenversicherungsbeitrags für alle, die sich aufgrund des Rentengesetzes 1972/73 freiwillig oder nachträglich versichert hatten, also vor allem die in den Ruin getriebenen oder davor stehenden Bauern und Handwerker, weiter Frauen, die neben dem Haushalt arbeiten oder die früher gearbeitet hatten usw.

Bei 685 DM *durchschnittlich* ausgezahlter Rente für die etwa 7,1 Mio. Alters-, Erwerbsunfähigkeits- und Berufsunfähigkeitsrenten im Juli '76 – 3,8 Mio. Rentner kamen noch nicht einmal auf diesen Betrag – sind die Maßnahmen des Ehrenberg-Programms '77 bereits zu einer bitteren Erfahrung geworden. 29 Milliarden „Einsparungen“ ist die offizielle Schätzung über den Ertrag dieses Raubes an den Mitteln zum Lebensunterhalt der Rentner.

Dazu kommen weitere 32 Milliarden DM geschätzte „Minderausgaben“ durch Streichung der Zuschüsse aus der Rentenversicherung für die Krankenversicherung der Rentner.

Der „Sachverständigenrat“, der in seinem vor drei Wochen vorgelegten Gutachten vom Standpunkt der Kapitalistenklasse bilanziert, stellt befriedigt fest:

„Alles in allem erwartet die Bundesregierung bei der Rentenversicherung für die Jahre 1977 bis 1980 aus dem Sozialpaket eine Entlastung von mehr als 60 Mrd. DM.“

6 Milliarden im September „aus der Kasse des Finanzministers“?

„Schon im September“, bringen die Spiegel-Redakteure weiter vor, „als die Schätzungen über Lohn und Beschäftigung nach unten korrigiert wurden, (mußte) Bonn erneut eingreifen – diesmal mit über 6 Milliarden aus der Kasse des Finanzministers Hans Apel.“

Die Selbstverständlichkeit, mit der die Spiegel-Redakteure die erklärte Absicht der Regierung vermerken, bei der Lohndrückerei ihr Werk zu verrichten, ist schon beachtenswert. Aber zunächst zu dem „6 Milliarden-Beweis“ für den Umfang des „Rentenlochs“. Der Betrag, von dem die Spiegel-Redakteure sprechen, entstammt der „mittelfristigen Finanzplanung“, und seine Verausgabung soll sich bis 1980 erstrecken.

Von den 1978 vorgesehenen 2,7 Milliarden DM „aus der Kasse des Finanzministers“ sind 1,25 Mrd. DM direkt *Rückzahlungen* an die Rentenversicherung für 1975, von der Regierung sich selber gestundete Darlehen, also Geld der *Rentenversicherung*. Die weiteren 1,45 Milliarden DM sind Erstattungen an die Bundesanstalt für Arbeit für die von dieser zu leistenden Beiträge an die Rentenversicherung. Ab Juli '78 sollen die Beiträge für die Arbeitslosen bezahlt werden, wie es das Ehrenberg-Programm '77 vorsieht.

Die „Spiegel“-Redakteure gehen offensichtlich vom Standpunkt der Kapitalistenklasse aus, die Versicherungsgelder als *ihre* Gelder zu behandeln, und es schmerzt sie, daß Ehrenberg nicht schon '77 in seinem Programm diese Rückzahlung ihnen ersparen und Beitragserhöhungen für die Arbeitslosenversicherungen durchsetzen konnte.

Das „150 Milliarden-Loch“ – Strafe für „Verschwendung“ vergangener Jahre?

Auf den Betrug mit der „Öffnung der Rentenversicherung“ 72/73, dem sich die „Spiegel“-Redakteure unter diesem Stichwort zuwenden, sind wir bereits oben eingegangen. Ehrenberg hat schon dafür gesorgt, daß die aufgrund dieser Gesetze nachträglich oder freiwillig Versicherten jetzt ihren Krankenversicherungsbeitrag selbst zu zahlen haben und daß der Mindestbeitrag auf 72 DM bis 1979 so angehoben wird, daß z.B. in einem Arbeiterhaushalt noch nicht einmal die Hälfte von dem Lohn übrig bleibt, den die Frau erhält, wenn sie 8 Stunden jede Woche neben dem Haushalt noch zum Putzen gehen muß.

Den „Spiegel“-Redakteuren, die diesen Betrug natürlich verschweigen, langt es bei weitem nicht: Klargestellt werden soll,

„... daß es mit den Wachstumsraten vergangener Jahre vorbei ist; mit jenen Wohlstandszuwächsen, auf die Regierung und Opposition gemeinsam für alle Zukunft bauten ...“

Von der „Quick“-Redaktion erhält der „Spiegel“ bei seiner Konstruktion des „Rentenlochs“ hilfreiche Unterstützung:

„100 Pflichtversicherte müssen 58 Rentner *ernähren*“.

Man merkt diesen Bourgeois-Journalisten an, daß sie nach den Rentengeldern gieren und dem Arbeiter kein Lebensjahr länger gönnen, als er nützlich ist für die Ausbeutung durch einen Kapitalisten. 23 Rentner mehr als 1958 auf 100 Pflichtversicherte: es muß größeres unternommen werden, ist der Schlachtruf dieser Journalisten der sozial-liberalen Reaktion.

Das „150-Milliarden-Loch“: dreifacher Betrug der Kapitalistenklasse

Hinter all den Beschönigungen, Verdrehungen und Lügen über die Rentenpolitik der herrschenden Klasse steht das „150 Milliarden-Loch“. Die „Entdeckung“ dieses „Lochs“ ist weder eine „Errungenschaft“ des Ehrenberg-Ministeriums noch der Leitartikel-Verfasser des „Spiegel“: Es ist dreifacher Betrug, und die Methode dieser Betrügerei hat der „Sachverständigenrat“ in seinem vor drei Wochen veröffentlichten „Gutachten“ ersonnen:

„Die Bundesregierung hat nach ihren Angaben die Konsolidierung der Rentenfinanzen an einer erwarteten mittelfristigen Lohnsteigerungsrate von 7 vH ausgerichtet. Unterschreitet die Lohnsteigerungsrate diesen Wert nicht nur 1978, ... dann wird eine erneute Konsolidierungsaktion für die Rentenversicherung notwendig sein ...“

Bei der „Steuerschätzung 1978“ hat die Bundesregierung gegenüber den 7% vom Sommer inzwischen vor zwei Wochen von einer „Bruttolohnsteigerung von 5,5%“ gesprochen. Die Auswirkungen dieser geplanten Lohndrückerei auf die Beitragseinnahmen der Rentenversicherung sind leicht zu berechnen:

Das „Rentenloch '78“

„15-Jahre-Hochrechnung“ nach der Methode des Rentenberichts '77 der Bundesregierung für 7% und 5,5% Lohnerhöhung (in Milliarden DM)

Jahr	Beitragseinnahmen bei 5,5% Lohnerhöhung	Beitragseinnahmen bei 7% Lohnerhöhung	Differenz	Veränderung der Rücklagen
76	82,6	82,6	–	35,8
77	87,1	88,4	– 1,2	34,6
78	91,9	94,6	– 2,6	31,9
79	97,0	101,2	– 4,2	27,7
80	102,3	108,3	– 5,9	21,8
81	108,0	115,9	– 7,9	. 13.9
82	113,9	124,0	–10,1	3,8
83	120,2	132,6	–12,5	– 8,7
84	126,8	142,0	–15,2	– 23,8
85	133,7	151,9	–18,1	– 41,9
86	141,1	162,5	–21,4	– 63,3
87	148,9	173,9	–25,0	– 88,3
88	157,0	186,0	–28,9	–117,3
89	165,7	199,1	–33,4	–150,7
90	174,8	213,0	–38,2	–188,9

Die erklärte Absicht der Kapitalistenklasse, den Lohn zu drücken, bildet also den Ausgangspunkt dieses Betrugs. Sodann erstellen die Kapitalisten auf Basis dieser weiteren Lohndrückerei die neue „Hochrechnung“.

Weil zweitens die Rentenhöhe – zumindest bei der gegenwärtig noch gültigen Berechnung – ebenfalls von der Lohnerhöhung abhängt, werden mit der Lohndrückerei auch gleich die Renten gedrückt. Und schließlich sollen im Ergebnis die Lohnabhängigen, die die Beiträge aufbringen müssen, nach Lohnsenkung und Rentenkürzungen durch höhere Beiträge das „Loch“ stopfen. Das ist die Ausbeuterlogik, die der „Spiegel“ unter der Masche „Horrorzahlen“ unter den „Meinungsträgern“ an den Mann zu bringen versucht, um der von Ehrenberg geplanten Fortsetzung der reaktionären Gesetze für 1978 den Weg zu bereiten.

Dieses ganze betrügerische „Milliardenloch“ fällt sogleich in sich zusammen, wenn sich die Arbeiter auf die Absicht der herrschenden Klasse, den Lohn zu drücken, nicht einlassen, sondern für eine Erhöhung von 220 DM sich zusammenschließen; wenn die verrenteten Lohnabhängigen ebenso eine entsprechende Erhöhung ihrer Renten verlangen und wenn alle Lohnabhängigen gegenüber solchen Betrügereien verstärkt den Kampf führen für die Kontrolle der Sozialversicherungen durch die Versicherten und ihre vollständige Finanzierung durch die Kapitalistenklasse.

Erkämpfte Beschlüsse in der ÖTV und anderen Gewerkschaften für die Kontrolle der Versicherungen durch die Versicherten und ihre Finanzierung durch die Kapitalisten wirken bereits jetzt als starke Befestigung gegen diese heimtückischen Spaltungs- und Betrugsversuche der Kapitalistenklasse. – (Z-Red.)

gang angekündigt haben.

Der zunehmende Einfluß der Sozialimperialisten auf den Stahlmarkt verschärft die Handelskriege um ein Weiteres: „Die Gemeinschaft klagt aber gerade über zunehmende ‚wilde' Stahleinfuhren aus den Comecon-Staaten. Bis zu 40% billiger würde der ‚rote' Stahl in den Gemeinschaftsländern angeboten.“ (Handelsblatt, 30.11.77)

Während die US-Imperialisten ihren neuen Stahlpreis bekanntgegeben haben, ließen sie gleichzeitig den Dollar sinken. Sie versprechen sich davon einen erheblichen Aufschwung ihres Warenexports durch Druck auf ausländische Märkte durch billigere Exporte.

Wie die US-Stahlkapitalisten nach der Verabschiedung von Carters Programm nach eigener Darstellung „Morgenluft wittern“, verbreitet hier die Presse: „Konjunkturhimmel hellt sich wieder auf.“

Befinden sich die Imperialisten auf dem Weg aus der Krise? Solche Meldungen speisen sich gegenwärtig hauptsächlich aus einigen Großaufträgen, um die sie untereinander einen heftigen Kampf führen, und aus der Kapitalistenbegeisterung über staatliche Subventions- und Sanierungsprogramme.

Krupp, Klöckner und Salzgitter werden in der UdSSR eine Großanlage zur Rohölverarbeitung von 6 bis 7 Mrd. DM bauen. In den Statistiken hat sich dieser Auftrag als Zunahme der Investitionsgüterproduktion niedergeschlagen. An der Krise der Kapitalisten ändert sich dadurch nichts. Krüpers, Leiter der Wirtschaftsabteilung der IG Chemie, tritt direkt als Sachwalter des Monopolkapitals auf und erklärt angesichts der Tatsache, daß die SU-Imperialisten den Bau mit den Produkten aus dieser Anlage bezahlen werden: „Damit ist aber die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes überfordert. So steht schon heute einer Äthylen-Kapazität von 3,6 Mio. t ein Bedarf von lediglich 2,1 Mio. t gegenüber. Dieser Entwicklung können die Arbeitnehmer der chemischen Industrie und die IG Chemie nicht tatenlos zusehen.“ (Handelsblatt, 26.11.)

Die britischen Imperialisten haben mit Polen einen Vertrag über den Bau von 24 Schiffen abgeschlossen. Sie konnten sich nur deshalb das von allen umkämpfte Projekt unter den Nagel reißen, weil die britische Regierung den Bau der Schiffe zu einem Fünftel subventioniert. In Brüssel liegt ein Rationalisierungsprogramm für die Werftindustrie vor, für die „Modernisierung und den Abbau von Kapazitäten in der Werftindustrie“, nach dem „für 60000 Werftarbeiter in den kommenden drei bis fünf Jahren neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen.“ Subventionen aus Steuergeldern, Mehrarbeit der Arbeiter durch Rationalisierung und Lohnsenkungen erhellen den düsteren Konjunkturhimmel der Kapitalisten. Mit Aufschwung aus der Krise oder gar Fortschritt der Produktion hat das gar nichts zu tun. – (Z-Red.)

Volker Brauns „Guevara oder Der Sonnenstaat“ im Nationaltheater Mannheim

Revisionistischer Haß eines DDR-Schriftstellers auf die Befreiungskämpfe der Völker

Der Regisseur des Stücks Jürgen Bosse am 10.12. in einem Rundfunkinterview: „Wir haben das Stück bewußt jetzt auf den Spielplan gesetzt, um zu zeigen, daß wir Künstler und Intellektuellen uns so ein brisantes Thema wie die Gewalt nicht verbieten lassen.“ Er hat das große Maul eines winselnden Hundes, der von seinem Herrn getreten worden ist. Dem Hund hat die westdeutsche Bourgeoisie immerhin das Nationaltheater in Mannheim zur Verfügung gestellt, die neue Bourgeoisie in der DDR mußte das Stück nach Protest der kubanischen Botschaft absetzen. Zu viele Schläge der Völker haben die Revisionisten und Sozialimperialisten in letzter Zeit schon einstecken müssen, sie haben die Aufführung also lieber sein lassen.



Die Bauern Südamerikas, meist Indios, sind die Hauptkraft im antiimperialistischen Befreiungskampf.

Dem Volker Braun, Schriftsteller aus der DDR, geht es um eine „rückläufige Häufung der Beweise für die ‚Notwendigkeit' der berühmten und berüchtigten Aktion Guevaras, aber dergestalt, daß alle Szenen zunehmend die Unmöglichkeit, den Irrsinn seines Kampfes zeigen und sich gerade der Umschlag ergibt: Es ist so schwierig zu kämpfen, daß er am Schluß nur noch kämpfen kann.“ Diesen „Beweis“ führt er mit „erfundenen Figuren“, „das Stück ist nicht dokumentarisch“. Die Markierung des Ereignisses, um das es ihm geht, ist aber ganz eindeutig. Bei der „berühmten und berüchtigten Aktion“ handelt es sich um den Verdern ein böser Vater ist, während Fidel Castro, ein heute gehätschelter Zögling des Sozialimperialismus, mit ihnen lieber Ball spielen geht.

Revisionisten sind nicht ehrlich, sie können es nicht sein, ohne nicht auch noch des bißchen Hauches von Revolution, der aus früheren Zeiten sie unverdienterweise noch umschwebt, verlustig zu gehen. Um die Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt und die breite Solidarität, die dieser Kampf in den Metropolen des Imperialismus unter den Volksmassen gefunden hat, ideologisch zu zersetzen und schließlich praktisch vernichten zu können, hat sich Braun Guevara ausgesucht. Treffen wollte er die erfolgreichen Revolutionen in Vietnam unter der Führung Ho Tschi Minhs und in China unter der Führung Mao Tsetungs. Heimlicher Wunsch ist nicht Che Guevara als Hampelmann, sondern Ho Tschi Minh und Mao als Hampelmänner. Che Guevara ist nicht nur gescheitert, er mußte scheitern, weil er gegen die imperialistische *Unterdrückung* rebellierte, die sozialen Widersprüche, die die imperialistische *Ausbeutung* hervorbringt, aber nicht zur Grundlage des Kampfes machte. Leicht ist er so vom Revisionisten Braun angreifbar, indem er das Prinzip „Aus den Massen schöpfen, in die Massen hineintragen“ reformistisch verbiegt:

Und läßt einem Bauern die einzige, auch noch kranke Kuh erschießen aus Rache dafür, daß sein Sohn ihn vielleicht an das Militär verraten haben könnte.

Der Lehrer im Dorf schwingt sich zum Sprecher der Bauern auf, die zu blöde sind zum Sprechen. Der Lehrer, die taktische Verkleidung des Pfaffen, als Vormund:

Was meint ihr, Herr. Sie haben eignes Land
zum erstenmal seit dreihundert Jahren.
Die Landreform des letzten Präsidenten.
Sie haben keine Hand frei auf dem Feld.

Ach, wie vernünftig klingt das doch. Die Bauern sind zu beschäftigt mit produktiver Tätigkeit, sie haben keine Zeit, sich mit Revolution zu befassen, sie haben keine Zeit zu sprechen, sie haben ein bißchen Land, *sie sind zufrieden!* Ein Bösewicht der, der diese Idylle stört. Ein Kenner der Massen und mit ihnen verbunden der, der sie vor den bösen unruhigen Geistern schützt.

Und warum hatten die Bauern keine Zeit und keine Hand frei? „Die Landreform des letzten Präsidenten“, das war die des Präsidenten Paz Estenssoro. Sie brachte den Indiobauern so kleine Parzellen, daß sie nicht einmal eine einzige Kuh darauf halten konnten, und wo sie etwas größer waren, fehlten die Düngemittel und Maschinen, so daß trotz Knochenarbeit der

Bolivien ist ein vom Imperialismus ausgebeutetes und unterdrücktes Land

Das heutige Bolivien gehörte, bevor es die Spanier im 16. Jahrhundert ihrer kolonialen Herrschaft unterwarfen, zum Reich der Inka, einem Indianerstamm im Gebiet des heutigen Südkolumbien, Ecuador, Peru, Bolivien und Nordwestargentinien. Die Inkas kannten kein Privateigentum an Land und Produktionsmitteln und keine Ausbeutung. Das Land wurde vom Volk kollektiv bebaut, die Produkte in drei Teile geteilt: ein Drittel dem Sonnengott Inti, ein Drittel für den Inka, den Sohn des Sonnengottes und Stammeshäuptling, ein Drittel dem Volk. Die ersten beiden Drittel dienten als Reserve für Notzeiten und zur Verteilung in Gebiete mit schlechter Ernte. Von den spanischen „Entdeckern“ Amerikas wurde die Kultur der Inkas zerstört, die Indianer der grausamsten Ausbeutung auf den ausgedehnten Ländereien der Kolonialherren und in den Silberminen unterworfen.

1780 erhoben sich die Indios unter der Führung von Tupac Amaru II. (nach ihm benannten sich die „Tupamaros“ in Uruguay), um sich ihr Land zurückzuholen. Sie konnten von den spanischen Kolonialherren erst nach drei Jahren blutig niedergeschlagen werden. Der Aufstand der Indios entzündete die Fackel des Kampfes für nationale Unabhängigkeit, der von der Bourgeoisie spanischer Abstammung (den Kreolen) angeführt wurde und zu Beginn des 19. Jahrhunderts Venezuela, Kolumbien, Peru und Teile des heutigen Argentinien erfaßte. Er führte 1824 zur Gründung des Staates Bolivien. Der erste Präsident war der Führer der südamerikanischen Befreiungskämpfe Simon Bolivar. Für die Indios hatte sich durch die Lostrennung von Spanien nichts an der feudalen Ausbeutung auf dem Land geändert.

Seit Anfang dieses Jahrhunderts konzentrierte sich das Interesse der Imperialisten auf die reichen Zinnvorkommen Boliviens. Zinn wird für die Herstellung von Weißblechen (Büchsen, Tuben) und Stanniol benötigt. 1972 wurden 30400 t in Bolivien gefördert (13% der Weltproduktion), aber nur 6300 t in Bolivien selbst verhüttet. Zur Zeit beträgt die Förderung noch 20000 t, nachdem der Zinnpreis 1975 einen absoluten Tiefstand von 2,83 Dollar pro amerikanisches Pfund erreicht hatte. Da 35% des gesamten Exports aus Zinn besteht, ist das Land extrem abhängig von den Schwankungen des Weltmarktpreises, von denen die Im-

2% der großen Masse der Indios, die 54% der Bevölkerung ausmachen (15% Weiße und 31% Mestizen, daß sind weiß-indianische Mischlinge). Die Parzellen waren so winzig, daß eine Indianerfamilie unmöglich davon leben konnte und viele gezwungen waren, sich als Hilfsarbeiter in den Zinnminen zu verkaufen, wo die Lebenserwartung heute noch nur 36 Jahre beträgt.

Mit dem Programm „Den Boden dem, der ihn bebaut“ und „Verstaatlichung der Minen“ gelang es dem MNR 1952 unter Führung von Paz Estenssoro und mit Unterstützung von Teilen der Armee, die Herrschaft des Großgrundbesitzes zu brechen, eine Regierung aus Vertretern der Arbeiter, der Bauern und der nationalen Bourgeoisie zu bilden und die Landreform einzuleiten. Diesen und weitere Versuche des bolivianischen Volkes haben die US-Imperialisten immer wieder vereiteln können.



Das entscheidende Hindernis für einen erfolgreichen nationalen Befreiungskampf war das Fehlen einer kommunistischen Partei, die eine einheitliche nationale Front unter Führung der Arbeiterklasse mit den Bauern als Hauptkraft zu bilden gehabt hätte. Die bestehende Kommunistische Partei Boliviens war revisionistisch entartet und zum Hindernis im antiimperialistischen Kampf geworden. Das führte immer wieder zur Isolierung der Bauern, die 65% der Bevölkerung ausmachen, von der Arbeiterklasse und verhinderte eine nationale Front gegen den Imperialismus.

Seit 1971 wird Bolivien durch den mit